

WISO

Januar 2012

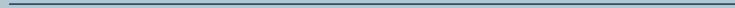
Diskurs

Experten und Dokumentationen
zur Wirtschafts- und Sozialpolitik



Soziales Wachstum durch produktive Kreisläufe





Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts-
und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

Soziales Wachstum durch produktive Kreisläufe

Kai Gramke
Reinhard Schüssler
Markus Matuschke

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Abbildungs- und Tabellenverzeichnis | 4 |
| Vorbemerkung | 6 |
| Zusammenfassung | 7 |
| 1. Einleitung | 10 |
| 2. Die sozialen Dienstleistungen im Spektrum der Wirtschaftsbereiche | 14 |
| 2.1 Wachstum, Beschäftigung und Arbeitsproduktivität | 14 |
| 2.2 Außenwirtschaftliche Verflechtung | 22 |
| 2.3 Arbeitsmärkte | 22 |
| 2.4 Lohnniveaus nach Branchen | 25 |
| 2.5 Einkommens- und Preiselastizitäten der Nachfrage | 27 |
| 3. Potenziale für soziales Wachstum | 29 |
| 3.1 Mengengerüste für die untersuchten Bereiche | 29 |
| 3.1.1 Künftiger Personalbedarf in der Pflege | 29 |
| 3.1.2 Entwicklung des Marktes für haushaltsnahe Dienstleistungen | 32 |
| 3.1.3 Ausbau der formellen Kinderbetreuung bei unter Dreijährigen | 35 |
| 3.2 Finanzielles Gerüst | 39 |
| 3.2.1 Pflege | 39 |
| 3.2.2 Hauswirtschaftliche Leistungen | 43 |
| 3.2.3 Betreuung der unter Dreijährigen | 45 |
| 3.3 Zusammenfassung | 46 |

Diese Expertise wird von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht. Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autoren in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

| | |
|--|----|
| 4. Auswirkungen auf die Höhe und Verteilung der Bruttolöhne und -gehälter und der Haushaltsnettoeinkommen | 50 |
| 4.1 Methodik | 50 |
| 4.2 Auswirkungen auf die Verteilung der Bruttolöhne und -gehälter | 52 |
| 4.3 Auswirkungen auf die Höhe der Haushaltsnettoeinkommen | 53 |
| 4.4 Auswirkungen auf die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen | 54 |
| 4.5 Indirekte Effekte | 55 |
| 5. Einschub: Der Zusammenhang zwischen der Struktur der Produktion und der Verteilung der Einnahmen und Ausgaben | 56 |
| 6. Auswirkungen auf die Salden der Einnahmen und der Ausgaben der Sektoren | 65 |
| 7. Auswirkungen auf die Sparquote und den Konsum der Privaten Haushalte | 72 |
| 7.1 Auswirkungen der zusätzlichen Ausgaben für soziale Dienstleistungen | 73 |
| 7.2 Auswirkungen der Erhöhung und Veränderung der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen | 74 |
| 7.3 Integration der beiden Wirkungen | 77 |
| 8. Auswirkungen höherer Einkommen auf das Wachstum | 80 |
| Anhang: Das mikroökonomische Simulationsmodell der Prognos AG | 82 |
| Die Autoren | 84 |

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

| | |
|---|----|
| Abbildung 2-1: Zeitliche Entwicklung des realen Produktionswertes, der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden und der Arbeitsproduktivität | 16 |
| Abbildung 2-2: Zeitliche Entwicklung der realen Produktionswerte nach Wirtschaftsbereichen | 17 |
| Abbildung 2-3: Zeitliche Entwicklung der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden | 18 |
| Abbildung 2-4: Zeitliche Entwicklung der Arbeitsproduktivität | 19 |
| Abbildung 2-5: Verteilung der Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer nach Branchen | 26 |
| Abbildung 2-6: Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten der preisbereinigten Konsumausgaben der Privaten Haushalte und deren Preisentwicklung 1991-2009 | 28 |
| Abbildung 3-1: Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer 2008 bis 2025 nach Bildungsbereichen | 37 |
| Abbildung 3-2: Verteilung der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter 2008 nach Branchen | 49 |
| Abbildung 4-1: Zahl der Arbeitnehmer nach Größenklassen des Einkommens aus nicht selbstständiger Tätigkeit (ohne Beamte) | 52 |
| Abbildung 4-2: Veränderung der Zahl der Arbeitnehmer nach Größenklassen des Einkommens aus nicht selbstständiger Tätigkeit (ohne Beamte) | 53 |
| Abbildung: Struktur und Funktionsweise des Prognos-Mikrosimulationsmodells | 83 |
| | |
| Tabelle 2-1: Indikatoren der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland nach Wirtschaftsbereichen von 1991 bis 2009 | 15 |
| Tabelle 2-2: Absolut- und Relativwerte für Wirtschaftsbereiche 2008 | 20 |
| Tabelle 2-3: Verhältniszahlen für Wirtschaftsbereiche | 21 |
| Tabelle 2-4: Anteile der Wirtschaftsbereiche an den Teilarbeitsmärkten 2004 | 23 |
| Tabelle 2-5: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer und Zahl der Arbeitnehmer in den Wirtschaftsbereichen der sozialen Dienstleistungen 2008 | 26 |
| Tabelle 2-6: Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten der Ausgaben der Privaten Haushalte für soziale Dienstleistungen | 27 |
| Tabelle 3-1: Vorausschätzung der Zahl der Pflegebedürftigen im Jahr 2025 nach Pflegearrangement und Pflegestufe | 30 |
| Tabelle 3-2: Vorausschätzung der Zahl der mit Pflegedienstleistungen (nur SGB XI-Leistungen) Beschäftigten | 32 |
| Tabelle 3-3: Haushalte mit Haushaltshilfen nach Ergebnissen des SOEP; Durchschnitt über die Jahre 2005 bis 2008 | 34 |
| Tabelle 3-4: Modellrechnungen zu Haushalten mit Haushaltshilfen | 35 |
| Tabelle 3-5: Ergebnisse einer Vorausrechnung der Teilnehmerzahlen bei unter Dreijährigen unter speziellen Annahmen | 38 |
| Tabelle 3-6: Arbeitnehmerentgelt der zusätzlichen Beschäftigung im Bereich der Pflege | 40 |
| Tabelle 3-7: Vollkosten der stationären Pflege (Gesamtheimentgelt) und Finanzierungsstruktur 2007 | 41 |

| | | |
|----------------|---|----|
| Tabelle 3-8: | Umsätze aus stationärer Pflege nach Kostenelementen und Finanzierungsbeiträgen, in Mio. € | 42 |
| Tabelle 3-9: | Umsätze aus ambulanter Pflege nach Finanzierungsbeiträgen, in Mio. € | 43 |
| Tabelle 3-10: | Auswirkungen einer Ausdehnung der Beschäftigung im Bereich der Haushaltshilfen | 45 |
| Tabelle 3-11: | Auswirkungen einer Ausdehnung der Betreuung, Bildung und Erziehung von unter Dreijährigen | 46 |
| Tabelle 3-12: | Zusammenstellung der Ergebnisse aus Kapitel 3 | 47 |
| Tabelle 4-2: | Übergang von den zusätzlichen Bruttolöhnen und -gehältern zum zusätzlichen Haushaltsnettoeinkommen der Privaten Haushalte | 54 |
| Tabelle 4-3: | Veränderung der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen auf Grund der zusätzlichen Beschäftigung | 54 |
| Tabelle 4-4: | Direkte und indirekte Effekte der in Kapitel 3 modellierten Impulse | 55 |
| Tabelle 5-1: | Identität von Aufkommen und Verwendung für ausgewählte Produktionsbereiche 2007 | 57 |
| Tabelle 5-2: | Einnahmen und Ausgaben der Sektoren aus dem Produktionsbereich Erziehungs- und Unterrichtsdienstleistungen 2007 | 59 |
| Tabelle 5-3: | Einnahmen und Ausgaben der Sektoren aus dem Produktionsbereich Dienstleistungen des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens 2007 | 61 |
| Tabelle 5-4: | Einnahmen und Ausgaben der Sektoren aus dem Produktionsbereich Dienstleistungen der Privaten Haushalte 2007 | 63 |
| Tabelle 7-1: | Gesamtwirtschaftliche Einkommen der Privaten Haushalte, private Konsumausgaben nach Arten und Ersparnis | 72 |
| Tabelle 7-2: | Gesamtwirtschaftliches Einkommen der Privaten Haushalte, private Konsumausgaben nach Arten und Ersparnis unter Einbeziehung der zusätzlichen Ausgaben für soziale Dienstleistungen | 73 |
| Tabelle 7-3: | Ergebnisse der EVS 2008 nach Haushaltsnettoeinkommen | 74 |
| Tabelle 7-4: | Zusammensetzung der Konsumausgaben der Privaten Haushalte nach Größenklassen des Haushaltsnettoeinkommens; Unterschied gegenüber der durchschnittlichen Konsumstruktur in %-Punkten | 75 |
| Tabelle 7-5: | Veränderung des Sparens und der Konsumausgaben aufgrund der Veränderungen im Niveau und in der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen | 77 |
| Tabelle 7-6: | Veränderung der Einnahmen und der Ausgaben der Privaten Haushalte unter verschiedenen Annahmen | 78 |
| Übersicht 4-1: | Stichprobenplan für die Auswahl zusätzlicher Beschäftigter in % | 51 |
| Übersicht 6-1: | Ausgaben und Einnahmen der Sektoren nach dem ersten Impuls | 65 |
| Übersicht 6-2: | Einnahmen, Ausgaben und Salden nach Sektoren | 67 |
| Übersicht 6-3: | Buchungssätze zur Ableitung von Übersicht 6-2 aus Tabelle 3-12 | 68 |
| Übersicht 6-4: | Die Ergebnisse von Übersicht 6-2 in Matrixdarstellung | 69 |
| Übersicht 6-5: | Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssalden nach Sektoren mit Integration des indirekten Impulses | 70 |
| Übersicht 6-6: | Die Ergebnisse von Übersicht 6-5 in Matrixdarstellung | 71 |

Vorbemerkung

Der heutige (ökonomische) Wohlstand basiert zu einem wesentlichen Teil auf der Steigerung der Wertschöpfung, die seit der Industriellen Revolution stattgefunden hat. Dabei hat sich in der Politik und Gesellschaft mitunter die Vorstellung verfestigt, dass Wertschöpfung nur im Industriesektor erfolgt. Dienstleistungen gelten dagegen häufig nicht als wertschöpfend. Vor allem soziale Dienstleistungen werden oftmals als eine Belastung für die Wirtschaft betrachtet, deren Kosten von anderen, „wirklich“ produktiven Wirtschaftszweigen zu tragen wären. Nur dank der Wertschöpfung im Industriesektor könne man sich daher den „Luxus“ sozialer Dienstleistungen leisten.

Andererseits sind es die Dienstleistungen, die schon seit längerem den größten Teil der gesamtwirtschaftlichen Produktion und Beschäftigung in den entwickelten Volkswirtschaften ausmachen. Und in der Tat nimmt ihre Bedeutung im Zuge steigender Pro-Kopf-Einkommen, veränderter Haushaltsstrukturen oder einer neueren, effizienteren Angebotsgestaltung immer mehr zu. Im internationalen Vergleich weist Deutschland allerdings bei den Dienstleistungen eine deutliche Produktions- und Beschäftigungslücke auf. Insbesondere bei den sozialen Dienstleistungen, z. B. im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich bestehen noch erhebliche ungedeckte gesellschaftliche Bedarfe und damit grundsätzlich weitere Wachstums- und Beschäftigungspotenziale.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat vor diesem Hintergrund einen Forschungsauftrag an die Prognos AG in Basel vergeben, um herauszufinden, ob mehr Wachstum und Wohlstand durch den Ausbau insbesondere sozialer Dienstleistungen erzielt werden können. Die Ausweitung sozialer Dienstleistungen in den Bereichen Pflege, Kinderbetreuung und hauswirtschaftliche Dienstleistungen führt in ihren Berechnungen bis zum Jahr 2025 zu einem zusätzlichen Wachstumsimpuls von etwa einem Prozent des Bruttoinlands-

produkts und 667.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Diese Dienstleistungsexpansion ist auch bezahlbar; sie finanziert sich quasi von selbst, da die zusätzlichen Ausgaben durch die höhere Beschäftigung wiederum zu mehr Einkommen der privaten Haushalte und mehr Einnahmen der öffentlichen Hand und der Sozialversicherungen führen. Produktivitätssteigerungen im Bereich der sozialen Dienstleistungen, die aus einem höheren Kapitaleinsatz und einer effizienteren Organisation, aus einer besseren Qualifizierung der Arbeitskräfte und/oder aus einer gestiegenen gesellschaftlichen Wertschätzung dieser Tätigkeiten resultieren können, würden zu einer weiteren Steigerung der Einkommen und damit zu noch höherem Wachstum und Wohlstand führen.

Die Studie liefert damit wichtige Erkenntnisse für die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland. Soziales Wachstum mit mehr sozialen Dienstleistungen ist möglich und finanzierbar. Man muss dafür nicht „den Gürtel enger schnallen“ oder auf Wachstum und Wohlstand verzichten. Die Politik sollte daher bei aller Bedeutung, die der Industriesektor hat, den unaufhaltsamen Strukturwandel hin zu den Dienstleistungen aktiv steuern und unterstützen. Ziel muss eine Stärkung der Investitionen in und der Nachfrage nach hochwertigen privaten und öffentlichen sozialen Dienstleistungen sein. Hierzu ist analog zur Industriepolitik eine neue, innovative Dienstleistungspolitik notwendig, die nahezu alle Politikbereiche – von der Bildungs- über die Familien- bis hin zur Lohn- und Steuerpolitik – umfasst. Nur so können die gesamtwirtschaftlichen Kreisläufe für soziales Wachstum in Gang kommen und ein Wohlstandspfad in die Dienstleistungsgesellschaft erfolgreich besritten werden.

Markus Schreyer

Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Zusammenfassung

In Deutschland besteht wie in anderen Industrieländern ein genereller, überwiegend bedarfsgetriebener Trend der Zunahme des Anteils der Wertschöpfung und Beschäftigung bei marktbestimmten und nicht marktbestimmten Dienstleistungen. In Zukunft wird insbesondere die professionelle Pflege pflegebedürftiger Menschen den Arbeitsmarkt stark beanspruchen. Aber auch bei anderen sozialen Dienstleistungen wie beispielsweise der Kinderbetreuung (unter Dreijährige) und bei den hauswirtschaftlichen Dienstleistungen ist mit einer Zunahme der Beschäftigung zu rechnen. Die zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich der sozialen Dienstleistungen sind hoch willkommen, denn sie gleichen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht einen Teil des Beschäftigungsabbaus aus, der sich im Produzierenden Gewerbe ereignet. All das stellt die Fortsetzung eines seit langem bestehenden Strukturwandels dar, der sich in einem abnehmenden Anteil der Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe und in einem steigenden Anteil des Dienstleistungsbereichs niederschlägt.

In der vorliegenden Studie werden bestimmte Aspekte dieses Strukturwandels näher untersucht. Angestoßen wird der Strukturwandel durch höhere Ausgaben der Privaten Haushalte und des Staates für die nicht marktbestimmten Dienstleistungen, weil höhere Bedarfe bestehen. Die höheren Ausgaben führen in den entsprechenden Branchen zu mehr Beschäftigung und zu einer höheren Lohnsumme. Im Kreislaufzusammenhang ergeben sich für den Staat durch höhere Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge einerseits sowie geringere Ausgaben für Sozialleistungen andererseits im Ganzen Rückflüsse, die die höheren Ausgaben für den Kauf sozialer Dienstleistungen gegenfinanzieren. Die erhöhten Ausgaben einerseits sowie die erhöhten Einnahmen andererseits betreffen jedoch überwiegend jeweils unterschiedliche Teilsektoren des Staates. Auch für die Privaten Haushalte ergibt sich im

Ganzen ein ausgeglichener Finanzierungssaldo: Den höheren Ausgaben für soziale Dienstleistungen stehen höhere Einnahmen aufgrund der zusätzlichen Beschäftigung gegenüber. Allerdings sind es unterschiedliche Haushalte, denen die höheren Einnahmen zufließen, und die die höheren Ausgaben tragen.

Der Strukturwandel hin zu den sozialen Dienstleistungen hat zur Folge, dass gesamtwirtschaftlich die Arbeitsproduktivität (die wirtschaftliche „Ergiebigkeit“ der Arbeit) immer langsamer zunimmt. Das kommt zustande, indem Branchen mit stark steigender Arbeitsproduktivität, also (bisher) solche aus dem Produzierenden Gewerbe, gesamtwirtschaftlich an Gewicht verlieren und Branchen mit schwach steigender Arbeitsproduktivität, das sind (bisher) solche aus dem Bereich der sozialen Dienstleistungen, an Gewicht gewinnen. Auch die Löhne sind in den sozialen Dienstleistungen im Durchschnitt niedriger als im Produzierenden Gewerbe. Das hat zur Folge, dass im Zuge des Strukturwandels für das Erarbeiten einer bestimmten Lohnsumme immer mehr Arbeitszeit aufgewendet werden muss.

Der Anstieg der Arbeitsproduktivität im Bereich der sozialen Dienstleistungen kann beschleunigt und das Abflachen des Wachstums der (realen) Arbeitsproduktivität im gesamtwirtschaftlichen Maßstab kann gebremst werden, indem bei der Produktion der sozialen Dienstleistungen qualitativ höherwertige Arbeit eingesetzt wird. Damit verbessert sich die Qualität des Produktionsergebnisses, und die verbesserte Qualität wird als Bestandteil des „realen“ Wachstums verbucht. Eine verbesserte Qualität der eingesetzten Arbeit ist nur wachstumswirksam, wenn sie zu höheren Einnahmen der Dienstleister führt. Er wachsen daraus höhere Löhne, dann führt das bei den Haushalten, die durch die höhere Beschäftigung begünstigt werden, zu (noch) höheren Einnahmen. Bei den Haushalten, die die sozialen Dienstleistungen kaufen, ist die verbesserte

Qualität des Produktes mit (noch) höheren Ausgaben verbunden.

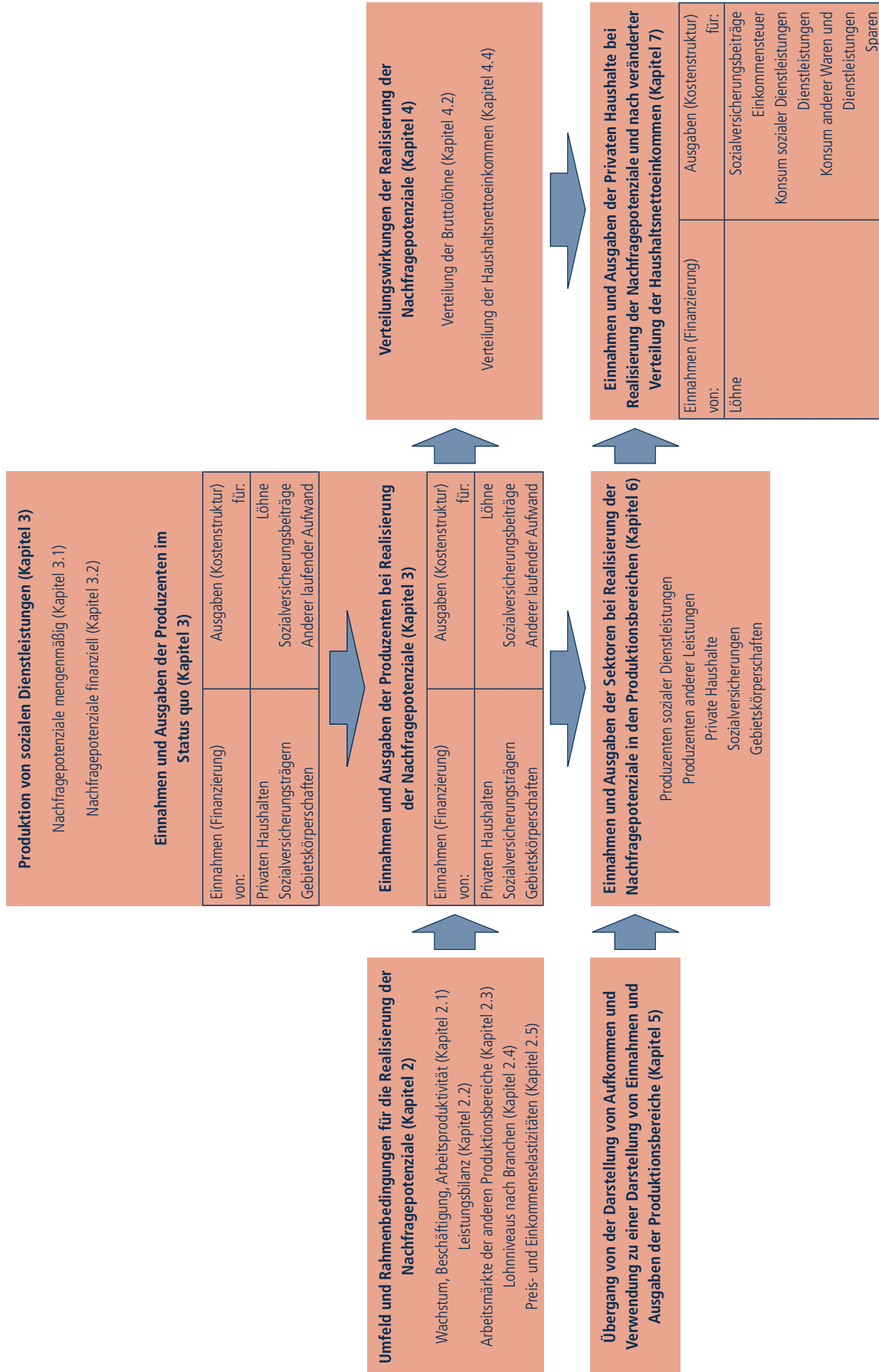
Der originäre Beitrag der Studie besteht in dem Nachweis der Verteilungswirkungen, die durch die beschriebenen Prozesse ausgelöst werden. Insbesondere die Verteilung der Bruttolöhne und die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen verändern sich. In einer Verknüpfung von mikroökonomischen, mesoökonomischen und makroökonomischen Analysemethoden werden die Auswirkungen der untersuchten Veränderungen einerseits auf der individuellen Ebene der einzelnen Person bzw. des einzelnen Haushalts, dann auf der Ebene der Branche bzw. Gütergruppe und zuletzt auf gesamtwirtschaftlicher Ebene erstmals dargestellt. Originär ist ferner die Darstellung der von der Expansion der Ausgaben für soziale Dienstleistungen ausgelösten Einnahmen und Ausgaben in der Gliederung nach Produktionsbereichen, Sektoren und Einnahme- bzw. Ausgabearten. Mit dieser Art der Darstellung werden die angestoßenen Änderungen in den gesamtwirtschaftlichen Kreislaufzusammenhang eingebettet. Die Art der Untersuchung ist partial und komparativ-statisch in dem Sinne, dass außer den explizit modellierten Veränderungen keine weiteren Anpassungsprozesse thematisiert werden.

Im Einzelnen werden in Kapitel 3 Potenziale für eine Expansion der Nachfrage nach einigen sozialen Dienstleistungen dargestellt. In Kapitel 4 werden die Auswirkungen der Expansion der Nachfrage auf die Löhne und deren Verteilung dargestellt, sowie auf die Haushaltsnettoeinkommen und deren Verteilung. In Kapitel 6 wird untersucht, wie sich die zusätzlichen Ausgaben für soziale Dienstleistungen und die zusätzlichen Einnahmen, die aus der höheren Beschäftigung resultieren, sowie die Finanzierungssalden darstellen, wenn die involvierten Wirtschaftseinheiten nach Sektoren gegliedert werden. Dabei werden fünf Sektoren gebildet, nämlich Private Haushalte, Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen, Unternehmen, die die sozialen Dienstleistungen produzieren, andere Unternehmen. Kapitel 6 zeigt auf, dass die Finanzierungssalden aller Sektoren nach der Expansion der Nachfrage nach den sozialen Dienstleistungen weitgehend ausgeglichen sind.

In Kapitel 7 werden die Auswirkungen der erhöhten Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen auf die Zusammensetzung des Konsums der privaten Haushalte und ihre Ersparnis untersucht. Die Zusammensetzung des Konsums der privaten Haushalte ändert sich mit der Expansion der Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen deutlich, wohingegen die Ersparnis und die Sparquote sich absolut und relativ nur geringfügig verändern. Letzteres ist auf das Ineinanderverwirken verschiedener Einflüsse zurückzuführen: (1) höherer Konsum der sozialen Dienstleistungen und verminderte Ersparnis bei zunächst gleich hohem Haushaltsnettoeinkommen, (2) erhöhtes Haushaltsnettoeinkommen auf Grund erhöhter Beschäftigung ermöglicht es, die Ersparnis, mit deren Verminderung der höhere Konsum zunächst finanziert wurde, annähernd auf ihr vorheriges Niveau zurückzuführen, die Sparquote sinkt leicht.

Kapitel 5 unternimmt zur Vorbereitung der Darstellungsweise nach „Sektoren“ in Kapitel 6 eine exemplarische Darstellung, wie die Kategorien und Daten der bekannten Input-Output-Tabelle in eine (unvollständige) Einnahmen-Ausgaben-Rechnung nach Sektoren für einzelne Produktionsbereiche umgesetzt werden können. Kapitel 2 enthält verschiedene Kennziffern zu den Wirtschaftszweigen, in denen soziale Dienstleistungen produziert werden, und positioniert die sozialen Dienstleistungen im Spektrum aller Wirtschaftszweige.

Unabhängig von dem zuvor Gesagten kann eine Expansion der sozialen Dienstleistungen aus Gründen wachstumswirksam sein, die jenseits der kreislaufmäßigen Zusammenhänge liegen. Dazu zählt etwa der unter dem Fachbegriff „Marketization“ untersuchte Zusammenhang, dass erhöhte Beschäftigung im Bereich der sozialen Dienstleistungen Erwerbspotenziale freisetzt, die sich unter der Voraussetzung, dass entsprechende Arbeitsplätze bestehen, die anderweitig nicht besetzbar sind, in zusätzlich erhöhter Beschäftigung umsetzen. Auch von einer verbesserten Erziehung und Bildung, die durch den erhöhten Einsatz von professioneller Arbeit bei deren „Produktion“ zustande kommt, können positive Wachstumswirkungen ausgehen. Beide Argumente werden etwa für den Ausbau der Kinderbetreuung vorgebracht. Diese Aspekte sind hier nicht untersucht worden.



1. Einleitung

Wie eine richtige, dem Wachstum förderliche, zumindest aber nicht schädliche Mischung der Branchenstruktur der wirtschaftlichen Aktivitäten eines Landes aussehen sollte, darüber wird in der wissenschaftlichen Literatur und in der Politik heftig gerungen. Mit dem tatsächlichen Branchenmix sind einerseits Besorgnisse verbunden und andererseits Hoffnungen.

In England beispielsweise, das viele Jahre für die enorme Dynamik seiner Finanzdienstleistungen gerühmt und als Vorbild für andere Länder angesehen wurde, werden unter dem Stichwort De-Industrialisierung verstärkt Bedenken vorgebracht, ob die Einnahmen aus Exporten erzielt werden können, die erforderlich sind, um die Importe zu finanzieren. Das (zu) schwache Produzierende Gewerbe müsste dafür die Exporterfolge erzielen, die erforderlich sind, um die mit der Weltwirtschaftskrise sichtbar gewordene Anfälligkeit des Finanzsektors auszugleichen, um die mit dem absehbaren Rückgang der Einnahmen aus dem Nordsee-Öl verbundene Reduktion der Einnahmen kompensieren zu können (Rowthorn und Coutts 2004; Coutts und Rowthorne 2010; Alford 1997).¹

Für die USA, die nach dem Urteil von vielen mit ihrem weltweit höchsten Anteil an Dienstleistungen an der Wirtschaftsstruktur als Vorbild für die wirtschaftliche Struktur anderer Länder angesehen werden, sehen Coutts und Rowthorn eine noch wesentlich weniger nachhaltige wirtschaftliche Position. Dort sei es – anders als in

England – über die bestehende Exportschwäche des Produzierenden Gewerbes hinaus bisher nicht gelungen, mit anderen Einnahmen das Einnahmedefizit der Leistungsbilanz auszugleichen.

In Deutschland ist unter dem Stichwort „Basarökonomie“ diskutiert worden, inwieweit sich eine Entwicklung der Art identifizieren lässt, dass innerhalb des Produzierenden Gewerbes die Fertigungstiefe zurückgeht, indem „pro aus Exporten erzielt Euro ein immer geringerer Anteil auf Wertschöpfung in Deutschland selbst beruht“ (Sachverständigenrat 2004²). Zudem ging es um die Frage, inwieweit eine solche Entwicklung, wenn sie besteht, als pathologische Fehlentwicklung oder als normaler Ausdruck des Strukturwandels zu interpretieren ist.

Vielfach wird als nationale Wachstumsstrategie für Deutschland das Fördern der Produktion von Branchen mit Hoch- und Höchsttechnologien angesehen.³ „High-level and cutting-edge technologies have been the drivers behind Germany’s macroeconomic performance for years now. Their growth outperformed other industries by far right into 2008. Since 2007 Germany has also been the largest gross and net exporter of R&D-intensive goods in the world.“⁴

Demgegenüber untersucht die Friedrich-Ebert-Stiftung seit mehreren Jahren wirtschaftspolitische Ansätze zur Förderung eines eher sozialen und binnenwirtschaftlich statt außenwirtschaftlich orientierten Wirtschaftswachstums. Von ihr veranlasste Studien haben aufgezeigt,

1 Rowthorn und Coutts 2004: De-Industrialisation and the balance of payments in advanced economies, *Cambridge Journal of Economics*, Vol 28, S. 767 - 790. Siehe aktuell auch dieselben: Prospects for the UK Balance of Payments (Civitas: Institute for the Study of Civil Society), March 2011 sowie aus historischer Perspektive: Alford, Bernard 1997: De-Industrialisation, <http://www.ehs.org.uk/ehs/refresh/assets/Alford25b.pdf>.

2 Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2004: Jahresgutachten 2004, Tzn. 465 - 468, hier Tz. 466.

3 Vgl. aktuell die Studie „Germany: High-level and Cutting-edge Technology after the Crisis“, *DIW Economic Bulletin* 2/2011, August 2011.

4 Ebenda, S. 3.

dass Deutschlands geringes Wirtschaftswachstum in den vergangenen 20 Jahren mit einer niedrigen Produktivität seines Dienstleistungssektors und einem schwachen Binnenkonsum einhergeht. Die folgenden beiden Zitate geben die Erkenntnisse aus diesen Studien wieder, die den Ausgangspunkt für die vorliegende Untersuchung bilden:

„In der verarbeitenden Industrie gingen viele hoch produktive und daher gut entlohnte Jobs verloren, während die Produktivität in diesem Sektor weiterwuchs. Aber vor allem den USA gelang es, dies durch ein starkes Wachstum, und zwar sowohl der Beschäftigung als auch der Produktivität im Dienstleistungssektor, zu kompensieren. In Deutschland stieg dagegen zwar die Beschäftigung, ... aber das Produktivitätswachstum der Dienstleistungen war ... sogar rückläufig.“^{5, 6}

„Der vergleichsweise kleine Dienstleistungsbereich Deutschlands, der zugleich ein sehr geringes und zuletzt sogar negatives Wachstum der Produktivität aufweist, (ist) ein Hauptgrund für die schwache Wachstumsperformance Deutschlands.“⁷

„Die im Vergleich zur produzierenden Industrie geringe Entwicklung der Arbeitsproduktivität des europäischen Dienstleistungsbereichs geht vor allem auf ein geringeres Wachstum der Multifaktorproduktivität zurück.“ Im Vergleich dazu sind „die Unterschiede, die aus der Verbesserung

der Qualifikation der Arbeitnehmer und dem verstärkten Kapitaleinsatz resultieren, im Ländervergleich (als Einflussfaktoren) eher zu vernachlässigen.“⁸

Mit geeigneten Reformen und Maßnahmen seien für Deutschland – das ist die Schlussfolgerung, die aus den vorliegenden Erkenntnissen gezogen wird – durch eine verbesserte Produktivitätsentwicklung im Bereich der persönlichen und sozialen Dienstleistungen ein höheres gesamtwirtschaftliches Wachstum mit mehr Beschäftigung und darüber hinaus auch ausgeglichenerer Einkommensverteilung erreichbar.

Die Hoffnung ist dabei, dass es Deutschland gelingen möge, „sein in der Industrie erfolgreiches Modell (der Produktivitätssteigerung) auf den Dienstleistungssektor in breiter Front zu übertragen.“⁹ Es besteht aus einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung mit hohen Raten des Produktivitäts-, Einkommens-, Nachfrage- und Beschäftigungswachstums. Der „virtuous circle“, der dieser Entwicklung zu Grunde lag, bestand aus hohen Produktivitätssteigerungen im Verarbeitenden Gewerbe, die zu steigenden Einkommen führten, die wiederum eine hohe Steigerung der Nachfrage nach Produkten des Verarbeitenden Gewerbes bewirkten. Befürchtet wird dagegen mancherorts, dass genau das Gegenteil eintritt, nämlich eine Verlagerung der Nachfrage hin zu den sozialen Dienstleistungen, die nur eine ge-

5 Wohlstand durch Produktivität – Deutschland im internationalen Vergleich. Deutschsprachige Zusammenfassung einer Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO Diskurs März 2009: 4.

6 Generell wären bei Vergleichen zwischen Ländern, hier zwischen den USA einerseits und europäischen Ländern andererseits, verschiedene Aspekte zu berücksichtigen. Beispielsweise wäre der Einfluss des durch wachsende Verschuldung der privaten Haushalte und die entsprechende Nachfrage getriebenen Wachstums in den USA zu beachten: „Demand growth has been the major source of employment growth, offset by job losses though labour productivity gains. ... In the United States stronger demand growth has brought more job creation, while weaker productivity gains have been less job-destroying than in the European countries. These are the major factors that have opened up the employment gap“. Zitiert nach: Gregory, Salverda und Schettkatt (2007): Introduction. In dieselben (Hrsg.): Services and Employment – Explaining the U.S. – European Gap, Princeton University Press, hier S. 11. Ein zweiter Aspekt sind die unterschiedlichen institutionellen Arrangements, unter denen bestimmte Dienstleistungen erbracht werden. „The level and composition of private household expenditures are strongly influenced by institutional arrangements involving public against private provision, for example in the health and education sectors. When a household purchases a product, this is classified as household consumption. If the government buys or provides the same product, this is classified as government or public consumption. In Europe the public sector is frequently an important provider of services for consumption that are provided privately in the United States. Differing institutional arrangements are most prominent in health care, where public provision is the norm in Europe while private purchase has a major role in the United States. Other sectors where public provision is more commonly found in Europe than in the United States include child and elderly care, parts of education and housing, and income insurance, including pensions. Zitiert nach: Salverda und Schettkat: The U.S.-European Gap in Service Employment and Demand: The research agenda, in: Gregory, Salverda, Schettkat, a.a.O., hier S. 26.

7 Wohlstand durch Produktivität, a.a.O., S. 22.

8 Wohlstand durch Produktivität, a.a.O., S. 25.

9 Wohlstand durch Produktivität, a.a.O., S. 5.

ringe Steigerung der Produktivität aufweisen und nur eine geringe Steigerung der Löhne zulassen.¹⁰

Die vorliegende Studie nimmt diese Ansätze auf und konkretisiert sie weiter. Ziel ist es, die Chancen und Bedingungen einer Strategie der forcierten Expansion der sozialen Dienstleistungen aufzuzeigen. Eine dem Wandel der Nachfrage folgende Entwicklung der sozialen Dienstleistungen wird in den nächsten Jahren vermutlich ohnehin zu einer erheblichen Ausweitung der Beschäftigung in den Wirtschaftsbereichen führen, in denen soziale Dienstleistungen produziert werden. Da es sich um Wirtschaftsbereiche mit bisher im gesamtwirtschaftlichen Vergleich niedrigen Einkommen und niedriger Produktivität handelt, führt deren wachsende Bedeutung an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung – wenn es bei den niedrigen Einkommen und der niedrigen Produktivität bleibt – zu einem im Vergleich gebremsten Anstieg der durchschnittlichen realen Arbeitsproduktivität. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes wird von dieser Entwicklung voraussichtlich weder positiv noch negativ tangiert, denn die vergleichsweise schnellere Expansion der Beschäftigung und die vergleichsweise langsamere Expansion der Arbeitsproduktivität kompensieren sich.

Unter gewissen Bedingungen kann eine Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Produktionsbereichen der sozialen Dienstleistungen erreicht werden, indem die Qualität und die Bezahlung der eingesetzten Arbeitskräfte erhöht werden. Eine rein mengenmäßige Steigerung des Produktionsergebnisses je Beschäftigten, wie sie im produzierenden Gewerbe vielfach durch den Einsatz verbesserter Produktionsverfahren erzielt werden konnte, scheidet in den untersuchten Bereichen (Pflege, Betreuung der unter Dreijährigen, Haushaltshilfen) von vornherein aus. Die genannten Bedingungen werden in Kapitel 8 entwickelt.

Zentrale Annahme ist, dass der Wandel hin zu einer Expansion der sozialen Dienstleistungen von der Nachfrageseite ausgeht. Es wird angenommen, dass die privaten Haushalte ihre Präferenzen so ausrichten, dass sie mehr soziale Dienstleistungen erwerben wollen und bereit sind, die höheren Ausgaben zu tragen. Ihre höheren Ausgaben für soziale Dienstleistungen gehen dabei nur anteilig, aber nicht absolut zu Lasten anderer Konsumgüter. In der Summe über die Haushalte halten sich die zusätzlichen Einkommen aus der vermehrten Beschäftigung bei der Produktion sozialer Dienstleistungen und die zusätzlichen Ausgaben für soziale Dienstleistungen die Waage. Da der Staat mit einer ausgeprägten Regulierungsdichte den Rahmen gestaltet, innerhalb dessen die Produktion sozialer Dienstleistungen stattfindet, ist der Rahmen so anzupassen, dass die Präferenzen der privaten Haushalte sich im Marktgeschehen realisieren können.

Gegenstand der Studie sind mit anderen Worten die Auswirkungen eines gedanklichen Beschäftigungsimpulses. Er entsteht, indem private Haushalte, Gebietskörperschaften und einzelne Zweige der Sozialversicherungen aus den verschiedensten Gründen, die in Kapitel 3 dargelegt sind, ihre Ausgaben für einige soziale Dienstleistungen erhöhen. Es wird unterstellt, dass sie ihre anderen Ausgaben dabei nicht einschränken, sondern dass sie zunächst ihre Ersparnis vermindern. Die erhöhte Nachfrage nach den sozialen Dienstleistungen bewirkt im Vergleich zum Status quo in den Branchen, in denen die Dienstleistungen produziert werden, ein höheres Produktionsniveau und eine höhere Beschäftigung.

Die Produktivität, d.h. die Leistung pro Beschäftigten(-stunde) in den entsprechenden Branchen bleibt mit Ausnahme der Darstellung in Kapitel 8 annahmegemäß gleich, es entstehen keine Produktivitätszuwächse, beispielsweise durch economies of scale.¹¹ Das erhöhte Beschäf-

10 Lutz, Burkart 1984: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt am Main (Campus). Vgl. auch die Beiträge in dem Sammelband „Nach dem „Kurzen Traum“ – Neue Orientierungen in der Arbeitsforschung“, herausgegeben von Altmann und Böhle 2010; Berlin (Edition Sigma), sowie Doering-Manteufel und Raphael 2010: Nach dem Boom: Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht).

11 Da die Branchen, in denen soziale Dienstleistungen produziert werden, eine unterdurchschnittliche wirtschaftliche Leistung pro Beschäftigten aufweisen, vermindert sich die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, indem Branchen mit geringer Produktivität ein höheres Gewicht erhalten.

tigungsniveau bewirkt höhere Lohneinnahmen bei den Privaten Haushalten. Daraus resultieren höhere Steuereinnahmen, höhere Einnahmen der Sozialversicherungen und geringere Transferleistungen des Staates an die Privaten Haushalte. Die Auswirkungen der als zusätzlich realisiert unterstellten Beschäftigung und der höheren Lohnsumme auf die Verteilung der Erwerbseinkommen und der verfügbaren Einkommen der Privaten Haushalte werden auf mikroökonomischer Ebene untersucht und dargestellt (Kapitel 4).

Die Einnahmen, die Ausgaben und die Salden der Privaten Haushalte, der Sozialversicherungsträger und der Gebietskörperschaften, die aus dem auslösenden Impuls resultieren, werden in Kapitel 6 zusammenfassend unter verschiedenen Prämissen dargestellt.

Die erhöhten Ausgaben für bestimmte soziale Dienstleistungen verändern die Zusammensetzung der privaten Konsumausgaben. Darüber hinaus bewirken die erhöhten Lohneinnahmen bei den Privaten Haushalten Veränderungen des Niveaus und der Verteilung der verfügbaren Einkommen. Letztere haben Auswirkungen auf die Zusammensetzung des von den Privaten Haushalten nachgefragten Konsums und auf die Höhe des Sparens. Dieser Wirkungskette wird in Kapitel 7 nachgegangen.

Im Ergebnis führt die Realisierung des Impulses zu einem dauerhaft höheren Niveau der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung und Beschäftigung, angestoßen durch eine Reduktion des Sparens der Privaten Haushalte. Damit beschleunigt sich unter sonst gleichen Umständen auch das Wachstum. Die höhere Nachfrage „finanziert“ sich weitestgehend selbst, sie führt zu höheren Löhnen, erhöhten Transferleistungen der Privaten Haushalte an die Sozialversicherungsträger, höheren Steuererträgen und höheren verfügbaren Einkommen der Privaten Haushalte (Kapitel 6). Höhere verfügbare Einkommen würden für sich genommen eine bestimmte Verände-

rung der einzelnen Konsumausgaben nach sich ziehen, die hier unterstellte höhere Nachfrage nach den spezifischen sozialen Dienstleistungen lässt dafür jedoch keinen Raum (Kapitel 7).

Eine über die zu erwartende Expansion der Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen hinausgehende forcierte Expansion würde eine Verbesserung der Qualität der eingesetzten Arbeit erfordern. Das würde die Produktivität der Arbeit in diesen Wirtschaftsbereichen erhöhen, dem langfristigen Trend abnehmender Produktivitätszuwächse entgegenwirken und sich kreislaufmäßig in gleicher Weise neutral verhalten wie die nicht forcierte Expansion, die den Hauptteil der Untersuchung bildet.

Mit zu diesem Szenario gehört, dass die Expansion der Beschäftigung im Bereich der sozialen Dienstleistungen nicht zu einer Verminderung des Außenbeitrages führt. Diese Annahme kann als weitgehend erfüllt angesehen werden. In Kapitel 2 werden neben anderen Aspekten, die die sozialen Dienstleistungen gegenüber den anderen Produktionsbereichen auszeichnen, auch die außenwirtschaftliche Verflechtung im Bereich der sozialen Dienstleistungen und die mittelbare Verbindung mit den anderen Produktionsbereichen, die über den gemeinsamen „Zugriff“ auf Teile des Arbeitsmarktes besteht, dargestellt.

Worunter Soziale Dienstleistungen zu verstehen sind, ist zunächst unbestimmt. Es besteht keine Konvention hinsichtlich der Verwendung des Begriffes. Eine mögliche Interpretation besteht darin, darunter alle Dienstleistungs-Branchen zu fassen, die nicht zu den „Market Services“¹² gehören. Dies sind in deutscher Terminologie die Wirtschaftsbereiche „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“, „Erziehung und Unterricht“, „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“, „Sonstige öffentliche und private Dienstleister“ sowie „Häusliche Dienste“. Dieser Vorgehensweise wird hier gefolgt.

12 Die OECD versteht unter „Market Services“ die Branchen Wholesale and retail trade, restaurants and hotels, transport, storage and communications, finance, real estate and business services. Vgl. Koske und Wörgötter 2010: Germany's Growth Potential, Structural Reforms and Global Imbalances, OECD Economics Department Working Papers, No. 780, S. 2, Fn. 2.

2. Die sozialen Dienstleistungen im Spektrum der Wirtschaftsbereiche

In diesem Kapitel werden einige wirtschaftliche Kennziffern der sozialen Dienstleistungen im Vergleich zu denen des Produzierenden Gewerbes und der marktbestimmten Dienstleistungen in Deutschland dargestellt. Im ersten Abschnitt werden das Niveau und die zeitliche Entwicklung von Produktion, Beschäftigung und Produktivität entsprechend den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgestellt. Es wird deutlich, dass die Anteilsgewinne der nichtmarktbestimmten Dienstleistungen am gesamtwirtschaftlichen Produktionswert wegen ihrer bisher geringeren Produktivitätszuwächse zu einer Reduktion des durchschnittlichen, gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachses beitragen. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit dem außenwirtschaftlichen Zusammenhang der sozialen Dienstleistungen, den Einfuhren und den Ausfuhren. Es wird deutlich, dass bei den nichtmarktbestimmten Dienstleistungen nur wenig Austausch mit der übrigen Welt stattfindet. Gegenstand des dritten Abschnittes ist die Rolle der sozialen Dienstleistungen auf dem Arbeitsmarkt. Es wird deutlich, dass die Arbeitsmärkte für die nichtmarktbestimmten Dienstleistungen sich mit den Arbeitsmärkten für marktbestimmte

Dienstleistungen und für das Produzierende Gewerbe nur teilweise überlappen. Die Darstellung dient als Rahmen, der die Aussagen zu den Auswirkungen einer Expansion der sozialen Dienstleistungen einerseits einordnet und andererseits plausibilisiert.

2.1 Wachstum, Beschäftigung und Arbeitsproduktivität

Seit dem Jahr 1991 bis zum Jahr 2009 ist die am realen Produktionswert¹³ gemessene gesamte Wirtschaftsleistung um durchschnittlich 1,6 Prozent p. a. gewachsen (vgl. Tabelle 2-1). Im gleichen Zeitraum ist die geleistete Arbeitszeit um 0,4 Prozent p. a. gesunken; im Jahr 2009 lag die durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen um 158 Stunden unter dem Niveau des Jahres 1991. Die Arbeitsproduktivität – gemessen als realer Produktionswert je Arbeitsstunde – erhöhte sich um 1,9 Prozent p. a. Der zeitliche Verlauf der Indikatoren ist durch die Wirtschaftskrise und den Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität im Jahr 2009 geprägt (vgl. Abbildung 2-1).

13 Zur Berechnung „realer“ Größen in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Methoden der Preis- und Volumenmessung (Fachserie 18, Reihe S. 24), Wiesbaden, 2003.

Tabelle 2-1:

Indikatoren der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland nach Wirtschaftsbereichen von 1991 bis 2009

| Wirtschaftsgliederung | Produktionswert real | Arbeitsstunden der Erwerbstätigen | Arbeitsproduktivität: Produktionswert real je Arbeitsstunde | Arbeitsproduktivität: Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen | Arbeitsstunden je Erwerbstätigen |
|--|----------------------|-----------------------------------|---|---|----------------------------------|
| | | | | | |
| Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 0,9 | -3,4 | 4,4 | 3,7 | -94 |
| Produzierendes Gewerbe | 0,8 | -2,3 | 3,1 | 1,9 | -113 |
| Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden | -5,8 | -7,3 | 1,6 | 1,1 | 129 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 0,9 | -2,5 | 3,6 | 2,3 | -151 |
| Energie- und Wasserversorgung | 2,3 | -2,6 | 5,1 | 4,3 | -119 |
| Baugewerbe | -0,4 | -1,4 | 1,0 | -0,6 | -14 |
| Dienstleistungsbereiche | 2,2 | 0,7 | 1,5 | 1,4 | -171 |
| Market Services | 2,1 | 0,8 | 1,3 | 1,0 | -190 |
| Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern | 1,1 | -0,3 | 1,4 | 1,7 | -158 |
| Gastgewerbe | 0,1 | 1,2 | -1,1 | -0,8 | -319 |
| Verkehr und Nachrichtenübermittlung | 3,3 | -1,3 | 4,7 | 4,2 | -214 |
| Kredit- und Versicherungsgewerbe | 3,3 | -0,5 | 3,9 | 1,8 | -118 |
| Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister | 2,7 | 4,0 | -1,2 | -0,9 | -190 |
| Nonmarket Services | 1,7 | 0,7 | 1,0 | 0,8 | -148 |
| Öff. Verw., Verteidigung, Sozialversicherung | 0,9 | -1,4 | 2,3 | 1,9 | -106 |
| Erziehung und Unterricht | 1,3 | 1,3 | -0,1 | -0,6 | -72 |
| Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen | 3,8 | 1,8 | 2,0 | 2,4 | -164 |
| Sonstige öff. und priv. Dienstleister | 1,3 | 1,0 | 0,2 | -0,5 | -235 |
| Häusliche Dienste | 1,3 | 1,5 | -0,2 | -0,2 | -83 |
| Alle Wirtschaftsbereiche | 1,6 | -0,4 | 1,9 | 1,6 | -158 |

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, detaillierte Ergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.4, Mai 2011; eigene Berechnungen.

Abbildung 2 - 1:

Zeitliche Entwicklung des realen Produktionswertes, der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden und der Arbeitsproduktivität

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, detaillierte Ergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.4, Mai 2011; eigene Berechnungen.

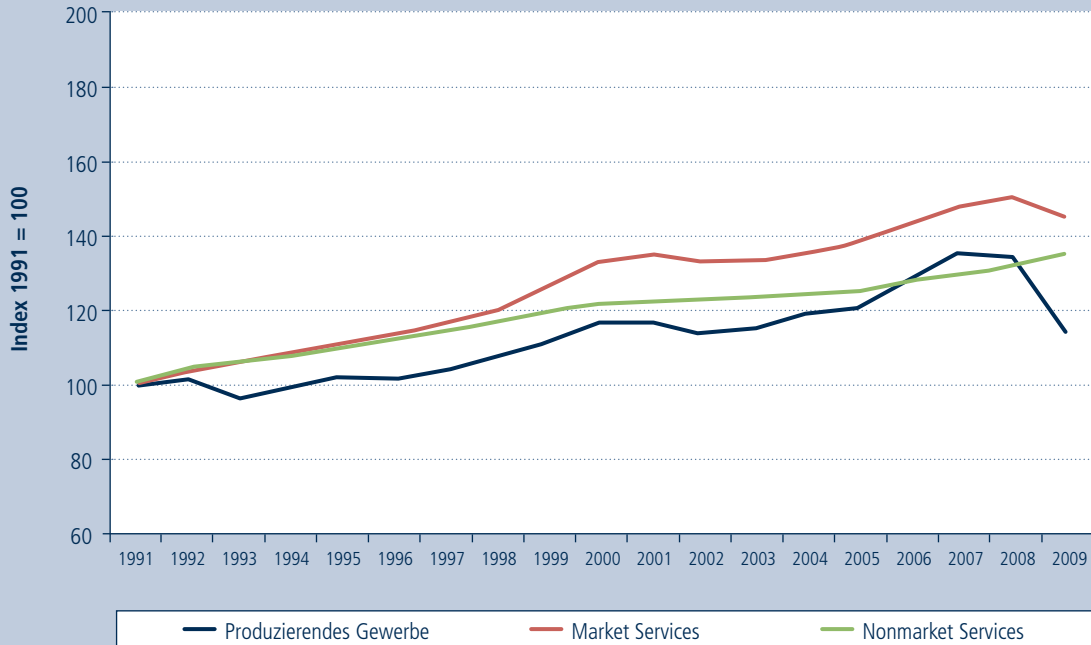
Die Entwicklungen verliefen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. Die reale Produktion des Produzierenden Gewerbes ist mit 0,8 Prozent p. a. nur unterdurchschnittlich gewachsen, das reale Wachstum der marktorientierten Dienstleistungen war mit einer Wachstumsrate von 2,1 Prozent deutlich ausgeprägter, und auch das Wachstum der nicht marktbestimmten Dienstleistungen war stärker. Das ungünstige Abschneiden des Wachstums der Produktion im Produzierenden Gewerbe ist vor allem auf den Wirtschaftseinbruch im Jahr 2009 zurückzuführen (vgl. Abbildung 2-2).

In Tabelle 2-2 werden die Wachstumsraten für zwei unterschiedliche Maße für die Arbeitsproduktivität gezeigt, einmal bezogen auf die (reale) Produktion und einmal auf die (reale) Bruttowertschöpfung. Die Wachstumsraten der auf die Bruttowertschöpfung bezogenen Arbeitsproduktivität sind generell niedriger als die auf den Produktionswert bezogenen. Der Unterschied zwischen den beiden Maßen zeigt im Produzierenden Gewerbe den Einfluss steigender Vorleistungsquoten im Verhältnis zu den Produktionswerten und Unterschiede in der Preisentwicklung zwischen den Produktionswerten und den Vorleistungen an.

Abbildung 2 - 2:

Zeitliche Entwicklung der realen Produktionswerte nach Wirtschaftsbereichen

Produktionswert real im Produzierenden Gewerbe, den Market Services und den Nonmarket Services 1991 - 2009

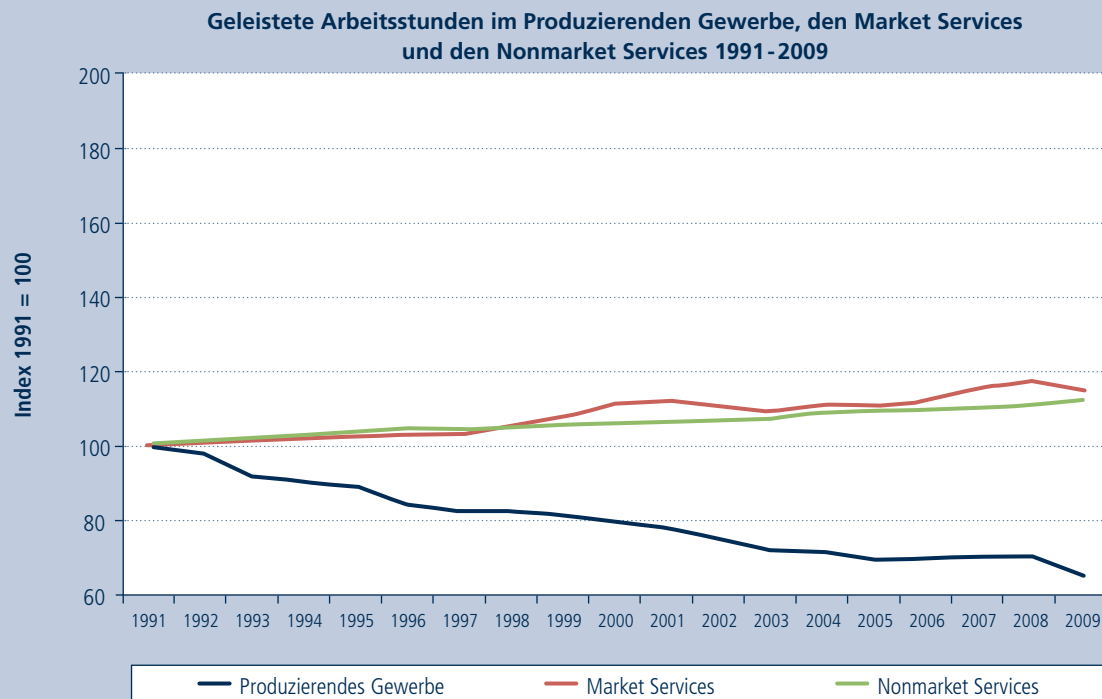


Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, detaillierte Ergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.4, Mai 2011; eigene Berechnungen.

Die Zahl der Arbeitsstunden hat sich im Produzierenden Gewerbe – ebenfalls krisenbedingt, jedoch stärker einem langfristigen Trend folgend (vgl. Abbildung 2-3) – jährlich um 2,3 Prozent vermindert. Demgegenüber erhöhte sich das in

Stunden gemessene Arbeitsvolumen sowohl bei den marktbestimmten Dienstleistungen als auch bei den nicht marktbestimmten Dienstleistungen um 0,7 bis 0,8 Prozent p. a.

Abbildung 2 - 3:

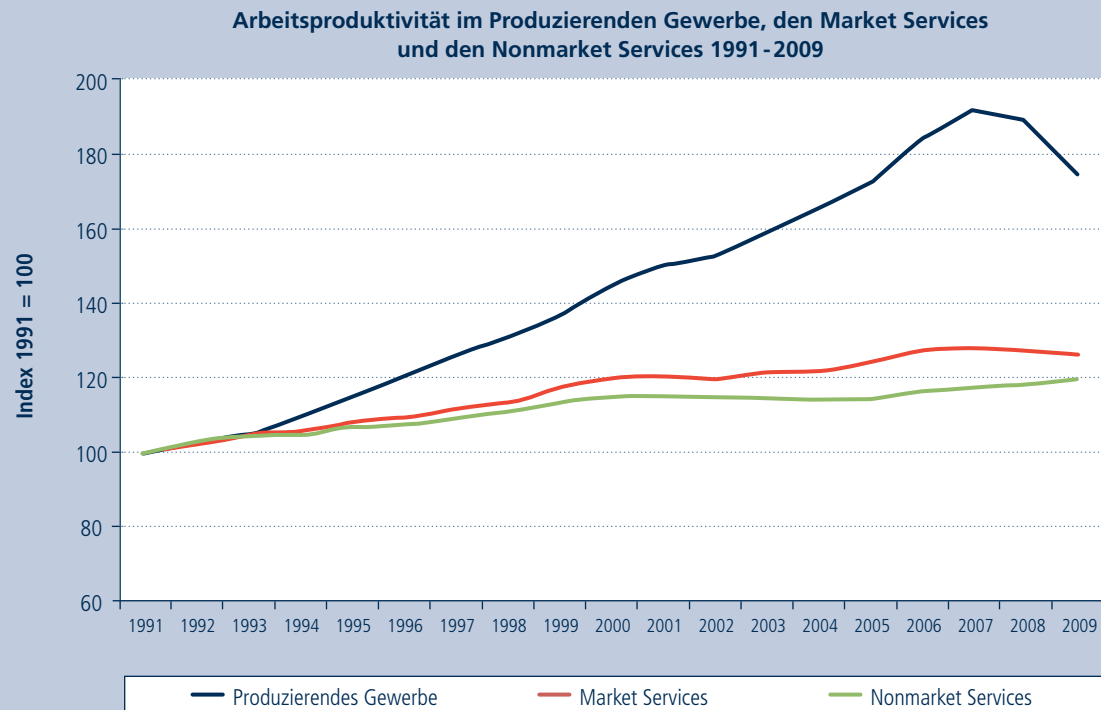
Zeitliche Entwicklung der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, detaillierte Ergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.4, Mai 2011; eigene Berechnungen.

Das Produktionsergebnis je Arbeitsstunde hat sich im Ergebnis der beiden oben beschriebenen Entwicklungen im Produzierenden Gewerbe mit 3,1 Prozent p.a. stark erhöht, aber auch bei

den Dienstleistungen sind mit 1,3 Prozent und 1,0 Prozent namhafte Steigerungen der Arbeitsproduktivität zu verzeichnen (Abbildung 2-4).

Abbildung 2 - 4:

Zeitliche Entwicklung der Arbeitsproduktivität

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, detaillierte Ergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.4, Mai 2011; eigene Berechnungen.

Im Ergebnis weisen die Market Services im Jahr 2009 an dem gesamten realen Produktionswert einen Anteil von 38,7 Prozent auf, und an den geleisteten Arbeitsstunden von 42,3 Prozent. Dementsprechend liegt das Niveau der Arbeitsproduktivität in diesem Wirtschaftsbereich mit 95 Prozent leicht unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Die marktbestimmten Dienstleistungen sind in sich sehr heterogen. Zu ihnen gehört mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe der Wirtschaftsbereich mit der zweithöchsten und mit dem Gastgewerbe der Wirtschaftsbereich mit der zweitniedrigsten Arbeitsproduktivität.

Die nicht marktbestimmten Dienstleistungen haben am realen Produktionswert einen An-

teil von rd. 15 Prozent und an den Arbeitsstunden von rd. 28 Prozent (Tabelle 2-3, Spalten 1 und 2); das Niveau der Arbeitsproduktivität ist in allen einzelnen zugehörigen Wirtschaftsbereichen geringer als der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt (Tabelle 2-3, Spalten 3 und 4). Das Verhältnis von Wertschöpfung zu Produktionswert (die Vorleistungsquote) ist im Produzierenden Gewerbe deutlich geringer als in den Dienstleistungsbereichen (Tabelle 2-2, Spalte 3). Auch die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen ist im Produzierenden Gewerbe höher als in den Dienstleistungsbereichen, zwischen den beiden Dienstleistungsbereichen bestehen bei diesem Merkmal nur geringe Unterschiede.

Tabelle 2 - 2:

Absolut- und Relativwerte für Wirtschaftsbereiche 2008

| Wirtschaftsgliederung | Produktionswert real | Bruttowertschöpfung real | Bruttowertschöpfung real zu Produktionswert real | Arbeitsstunden | Erwerbstätige | Arbeitsstunden je Erwerbstätigen |
|---|----------------------|--------------------------|--|----------------|---------------|----------------------------------|
| | Mrd. € | Mrd. € | % | Stunden | Personen | Stunden |
| Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 51 | 22 | 42,3 | 1.502 | 860 | 1.747 |
| Produzierendes Gewerbe | 1.826 | 599 | 32,8 | 15.273 | 10.219 | 1.495 |
| Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden | 10 | 4 | 35,8 | 130 | 81 | 1.605 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 1.533 | 482 | 31,4 | 11.042 | 7.664 | 1.441 |
| Energie- und Wasserversorgung | 93 | 39 | 41,5 | 415 | 281 | 1.477 |
| Baugewerbe | 189 | 75 | 39,6 | 3.686 | 2.193 | 1.681 |
| Dienstleistungsbereiche | 2.348 | 1.463 | 62,3 | 40.675 | 29.197 | 1.393 |
| Market Services | 1.635 | 969 | 59,3 | 24.325 | 17.055 | 1.426 |
| Handel, Instandh. und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern | 375 | 236 | 62,9 | 8.387 | 5.979 | 1.403 |
| Gastgewerbe | 61 | 32 | 52,3 | 2.505 | 1.842 | 1.360 |
| Verkehr und Nachrichtenübermittlung | 299 | 133 | 44,5 | 3.326 | 2.224 | 1.496 |
| Kredit- und Versicherungsgewerbe | 210 | 77 | 36,4 | 1.759 | 1.179 | 1.492 |
| Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister | 738 | 528 | 71,6 | 8.348 | 5.831 | 1.432 |
| Nonmarket Services | 655 | 451 | 68,8 | 16.348 | 12.142 | 1.346 |
| Öff. Verw., Verteidigung, Sozialversicherung | 176 | 118 | 67,0 | 3.807 | 2.639 | 1.443 |
| Erziehung und Unterricht | 108 | 82 | 76,6 | 3.327 | 2.397 | 1.388 |
| Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen | 225 | 163 | 72,5 | 5.700 | 4.223 | 1.350 |
| Sonstige öff. und priv. Dienstleister | 151 | 90 | 59,4 | 2.907 | 2.176 | 1.336 |
| Häusliche Dienste | 6 | 6 | 100 | 607 | 707 | 859 |
| Alle Wirtschaftsbereiche | 4.225 | 2.085 | 49,3 | 57.450 | 40.276 | 1.426 |

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, detaillierte Ergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.4, Mai 2011; eigene Berechnungen.

Tabelle 2-3:

Verhältniszahlen für Wirtschaftsbereiche

| Wirtschaftsgliederung | Produktionswert real | Arbeitsstunden der Erwerbstätigen | Arbeitsproduktivität: Produktionswert real je Arbeitsstunde | Arbeitsproduktivität: Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen |
|--|--|-----------------------------------|---|---|
| | Anteil an allen Wirtschaftsbereichen 2008 in % | | Verhältnis zum Wert für alle Wirtschaftsbereiche 2008 in % | |
| Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 1,2 | 2,6 | 46,5 | 39,9 |
| Produzierendes Gewerbe | 43,2 | 26,6 | 162,5 | 108,1 |
| Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden | 0,2 | 0,2 | 106,3 | 77,1 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 36,3 | 19,2 | 188,8 | 120,3 |
| Energie- und Wasserversorgung | 2,2 | 0,7 | 304,4 | 256,3 |
| Baugewerbe | 4,5 | 6,4 | 69,8 | 56,0 |
| Dienstleistungsbereiche | 55,6 | 70,8 | 78,5 | 99,1 |
| Market Services | 38,7 | 42,3 | 91,4 | 109,8 |
| Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern | 8,9 | 14,6 | 60,9 | 77,6 |
| Gastgewerbe | 1,4 | 4,4 | 32,9 | 34,9 |
| Verkehr und Nachrichtenübermittlung | 7,1 | 5,8 | 122,1 | 110,2 |
| Kredit- und Versicherungsgewerbe | 5,0 | 3,1 | 162,6 | 120,1 |
| Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister | 17,5 | 14,5 | 120,2 | 174,4 |
| Nonmarket Services | 15,5 | 28,5 | 54,5 | 76,0 |
| Öff. Verw., Verteidigung, Sozialversicherung | 4,2 | 6,6 | 62,9 | 85,4 |
| Erziehung und Unterricht | 2,5 | 5,8 | 44,0 | 68,3 |
| Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen | 5,3 | 9,9 | 53,8 | 79,0 |
| Sonstige öff. und priv. Dienstleister | 3,6 | 5,1 | 70,7 | 85,0 |
| Häusliche Dienste | 0,2 | 1,1 | 14,5 | 29,3 |
| Alle Wirtschaftsbereiche | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, detaillierte Ergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.4, Mai 2011; eigene Berechnungen.

Zusammenfassend bestätigt der Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen 19 Jahre in Deutschland die aus den in der Einleitung genannten internationalen Studien gewonnenen Erkenntnisse: Starkes Produktivitätswachstum im Produzierenden Gewerbe, verbunden mit einer Reduktion des Beschäftigungsumfanges; teilweise starkes Produktivitätswachstum bei den marktbezogenen Dienstleistungen (insbesondere Kre-

dit- und Versicherungsgewerbe sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung) mit gleichzeitiger Ausweitung der Beschäftigung sowie schwaches Produktivitätswachstum bei den nicht marktbestimmten Dienstleistungen und ebenfalls zunehmender Beschäftigung.

Würden alle diese Trends in die Zukunft fortgeschrieben, dann würde wegen des unterdurchschnittlichen Wachstums des Produktionswertes

im Produzierenden Gewerbe dessen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität immer mehr zurückgehen, und es würde die Produktivitätsentwicklung in den beiden Dienstleistungsbereichen immer stärker das gesamtwirtschaftlich erreichbare Ausmaß bestimmen. Dies würde sich günstig auf die Beschäftigung auswirken.

2.2 Außenwirtschaftliche Verflechtung

Für die hier behandelte Fragestellung ist es relevant, dass die nicht marktorientierten Dienstleistungen sich von anderen Gütern und Dienstleistungen abheben, indem sie – abgesehen von geringfügigen Ausnahmen wie etwa den Unterhaltungs-Dienstleistungen – weder über Importe gleichartiger Güter noch über Exporte ihrer Güter mit der übrigen Welt in Austausch stehen.¹⁴

Eine Ausweitung der Nachfrage nach nicht marktbestimmten Dienstleistungen hat daher – wenn es dabei bleibt – insbesondere auf die Importe, die Leistungsbilanz und den Außenbeitrag keinen unmittelbaren Einfluss. Mit der Aktivität der anderen inländischen Branchen sind die nicht marktbestimmten Dienstleistungen im Wesentlichen nur durch die gemeinsame Nutzung des verfügbaren Ressourcenpools, den Arbeitskräften und den für Investitionen aufgewendeten Mitteln, verbunden.

2.3 Arbeitsmärkte

Für eine fachliche Gliederung des Arbeitsmarktes in Deutschland wird im Folgenden die Gliederung nach Tätigkeiten und Qualifikationsstufen verwendet. Sie liegt beispielsweise der Prognosestudie zu den Arbeitslandschaften 2030 zugrunde. Das Argument läuft darauf hinaus zu zeigen, dass die fachlichen Arbeitsmärkte für die sozialen Dienstleistungen mit den Arbeitsmärkten für die marktbestimmten Dienstleistungen und für das Produzierende Gewerbe nur schwach verbunden

sind. Mit dem Argument wird begründet, dass Lohnerhöhungen im Bereich der sozialen Dienstleistungen nur schwach auf die anderen Arbeitsmärkte ausstrahlen werden.

Der Tabelle 2-4 liegt eine Aufgliederung des gesamten deutschen Arbeitsmarktes nach der Art der ausgeübten Tätigkeit (20 Tätigkeiten) zugrunde, weiter aufgegliedert nach dem Qualifikationsniveau der Beschäftigten (vier Qualifikationsniveaus). Für jeden der 80 Teilarbeitsmärkte ist angegeben, wie sich die Beschäftigung auf die drei Wirtschaftsbereiche „Produzierendes Gewerbe“ (einschl. Landwirtschaft), „marktorientierte Dienstleistungen“ und „nicht-marktorientierte Dienstleistungen“ verteilt. Zusätzlich ist in der letzten Spalte angegeben, wie groß der Anteil des jeweiligen Teilarbeitsmarktes am gesamten Arbeitsmarkt ist.

Im Ganzen ist in jedem der drei Wirtschaftsbereiche etwa ein Drittel der Beschäftigten tätig. Es wird deutlich, dass für die meisten Teilarbeitsmärkte ausgeprägte Schwerpunkte in einem der drei Wirtschaftsbereiche bestehen. Die schattierten Flächen markieren Anteile von über 50 Prozent eines Wirtschaftsbereiches an dem gesamten (Teil-)Arbeitsmarkt.

Die Tätigkeiten, bei denen kein ausgeprägter Schwerpunkt eines Wirtschaftsbereiches besteht, sind „Reinigen, Abfall beseitigen, Recycling“ sowie „Ausführen von Schreib-, Rechen- und DV-Arbeiten/Buchen, Erstellen von Zeichnungen“. Nimmt man noch die vier Arbeitsmärkte hinzu, bei denen der Anteil der nicht marktbestimmten Dienstleistungen in der Spanne zwischen unter 80 Prozent und über 20 Prozent liegt, dann besteht bei sechs Arbeitsmärkten eine gewisse Überlappung der Ausschöpfung durch die drei Wirtschaftsbereiche. In der Summe über die sechs Arbeitsmärkte entfallen auf den Wirtschaftsbereich der sozialen Dienstleistungen elf Prozent der gesamten Beschäftigung. Im Ergebnis ist nicht zu befürchten, dass überdurchschnittliche Lohnerhöhungen im Bereich der sozialen Dienstleistungen stark auf die Löhne in den beiden anderen Wirtschaftsbereichen ausstrahlen.

¹⁴ Nach den Ergebnissen der Input-Output-Rechnung 2007 beträgt der Anteil der Importe gleichartiger Güter am Güteraufkommen (Produktionswert) 0,81 Prozent, und der Anteil der Importe an der Verwendung der Güter 0,33 Prozent der gesamten Güterverwendung. Die Gegenpole der Verteilung der Anteile sind auf der Seite der Importe gleichartiger Güter die Gewinnung von Erdöl und Erdgas mit 1690 Prozent Importanteil und auf der Seite der Exporte die Schifffahrtsleistungen mit 72 Prozent Exportanteil.

Tabelle 2 - 4:

Anteile der Wirtschaftsbereiche an den Teilarbeitsmärkten 2004

| | Produzierendes Gewerbe und Landwirtschaft | Markt-orientierte Dienstleistungen | Nicht markt-orientierte Dienstleistungen | Anteil am gesamten Arbeitsmarkt in % |
|--|---|------------------------------------|--|--------------------------------------|
| | Anteil pro Arbeitsmarkt in % | | | |
| Maschinen, techn. Anlagen oder Geräte einrichten, steuern, überwachen, warten | 80 | 13 | 6 | 7,8 |
| Ohne Ausbildung | 80 | 12 | 7 | 1,5 |
| Lehre | 81 | 13 | 6 | 5,3 |
| Meister, Techniker | 78 | 14 | 8 | 0,7 |
| Fachhochschule/Universität | 66 | 23 | 11 | 0,3 |
| Anbauen, Züchten, Hegen, Ernten, Fischen | 87 | 3 | 10 | 2,0 |
| Ohne Ausbildung | 83 | 3 | 14 | 0,4 |
| Lehre | 87 | 3 | 10 | 1,2 |
| Meister, Techniker | 92 | 2 | 6 | 0,3 |
| Fachhochschule/Universität | 81 | 7 | 12 | 0,1 |
| Abbauen/Fördern, Rohstoffe gewinnen | 82 | 8 | 10 | 0,2 |
| Ohne Ausbildung | 72 | 15 | 13 | 0,0 |
| Lehre | 87 | 6 | 7 | 0,1 |
| Meister, Techniker | 80 | 2 | 18 | 0,0 |
| Fachhochschule/Universität | 67 | 12 | 20 | 0,0 |
| Fertigen, Be- und Verarbeiten – Bauen/Ausbauen, Installieren, Montieren | 86 | 8 | 6 | 10,0 |
| Ohne Ausbildung | 79 | 8 | 13 | 2,3 |
| Lehre | 88 | 8 | 4 | 6,4 |
| Meister, Techniker | 89 | 8 | 3 | 1,0 |
| Fachhochschule/Universität | 77 | 16 | 6 | 0,2 |
| Einkaufen/Verkaufen, Vermitteln, Kassieren | 17 | 80 | 3 | 10,5 |
| Ohne Ausbildung | 14 | 82 | 4 | 1,7 |
| Lehre | 16 | 81 | 3 | 7,3 |
| Meister, Techniker | 26 | 71 | 3 | 0,7 |
| Fachhochschule/Universität | 27 | 69 | 4 | 0,8 |
| Reparieren, Renovieren, Instandsetzen, Ausbessern | 48 | 38 | 15 | 3,8 |
| Ohne Ausbildung | 45 | 39 | 15 | 0,6 |
| Lehre | 49 | 35 | 16 | 2,5 |
| Meister, Techniker | 47 | 44 | 9 | 0,6 |
| Fachhochschule/Universität | 44 | 40 | 15 | 0,1 |
| Ausführen v. Schreib-, Rechen- und DV-Arbeiten/Buchen, Erstellen v. Zeichnungen | 27 | 44 | 29 | 14,2 |
| Ohne Ausbildung | 25 | 48 | 27 | 1,7 |
| Lehre | 27 | 44 | 28 | 9,7 |
| Meister, Techniker | 37 | 37 | 26 | 1,1 |
| Fachhochschule/Universität | 26 | 40 | 34 | 1,8 |
| Messen, Prüfen, Erproben, Kontrollieren nach vorgegebenen Verfahren | 52 | 28 | 20 | 2,5 |
| Ohne Ausbildung | 57 | 26 | 17 | 0,3 |
| Lehre | 55 | 27 | 18 | 1,2 |
| Meister, Techniker | 53 | 25 | 22 | 0,4 |
| Fachhochschule/Universität | 40 | 34 | 26 | 0,5 |
| Forschen, Entwerfen, Konstruieren, Gestalten von Produkten, Plänen, Programmen | 46 | 39 | 15 | 4,1 |
| Ohne Ausbildung | 34 | 47 | 19 | 0,3 |
| Lehre | 50 | 39 | 11 | 0,9 |
| Meister, Techniker | 67 | 27 | 7 | 0,5 |
| Fachhochschule/Universität | 42 | 40 | 18 | 2,4 |
| Werben, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit/PR | 26 | 57 | 17 | 1,6 |
| Ohne Ausbildung | 22 | 60 | 18 | 0,2 |
| Lehre | 26 | 61 | 13 | 0,7 |
| Meister, Techniker | 28 | 55 | 17 | 0,1 |
| Fachhochschule/Universität | 27 | 51 | 22 | 0,5 |





| | Produzierendes Gewerbe und Landwirtschaft | Markt-orientierte Dienstleistungen | Nicht markt-orientierte Dienstleistungen | Anteil am gesamten Arbeitsmarkt in % |
|--|---|------------------------------------|--|--------------------------------------|
| | Anteil pro Arbeitsmarkt in % | | | |
| Management-, Leitungs- und Führungstätigkeiten | 38 | 44 | 19 | 3,9 |
| Ohne Ausbildung | 32 | 51 | 17 | 0,1 |
| Lehre | 30 | 56 | 14 | 1,3 |
| Meister, Techniker | 53 | 34 | 14 | 0,6 |
| Fachhochschule / Universität | 38 | 38 | 24 | 1,8 |
| Bewirten, Beherbergen, Speisen bereiten | 8 | 72 | 19 | 3,9 |
| Ohne Ausbildung | 7 | 76 | 18 | 1,4 |
| Lehre | 8 | 71 | 21 | 2,2 |
| Meister, Techniker | 24 | 58 | 18 | 0,2 |
| Fachhochschule / Universität | 3 | 81 | 16 | 0,1 |
| Gesetze /Vorschriften/Verordnungen anwenden, auslegen, Beurkunden | 3 | 27 | 70 | 2,6 |
| Ohne Ausbildung | 3 | 31 | 66 | 0,1 |
| Lehre | 3 | 22 | 75 | 1,0 |
| Meister, Techniker | 4 | 26 | 71 | 0,2 |
| Fachhochschule / Universität | 3 | 30 | 67 | 1,3 |
| Erziehen, Ausbilden, Lehren | 2 | 2 | 96 | 5,6 |
| Ohne Ausbildung | 3 | 4 | 93 | 0,3 |
| Lehre | 3 | 4 | 93 | 1,2 |
| Meister, Techniker | 4 | 2 | 94 | 0,8 |
| Fachhochschule / Universität | 0 | 1 | 98 | 3,3 |
| Beraten, Informieren | 9 | 64 | 27 | 3,8 |
| Ohne Ausbildung | 6 | 64 | 30 | 0,3 |
| Lehre | 8 | 71 | 21 | 1,9 |
| Meister, Techniker | 15 | 60 | 25 | 0,4 |
| Fachhochschule / Universität | 9 | 54 | 37 | 1,2 |
| Gesundheitlich /sozial helfen, pflegen, medizinisch /kosmetisch behandeln | 1 | 3 | 96 | 9,0 |
| Ohne Ausbildung | 1 | 2 | 97 | 1,1 |
| Lehre | 2 | 3 | 96 | 4,5 |
| Meister, Techniker | 2 | 2 | 96 | 1,7 |
| Fachhochschule / Universität | 1 | 4 | 95 | 1,7 |
| Künstlerisch, journalistisch, unterhaltend tätig sein | 16 | 18 | 66 | 1,0 |
| Ohne Ausbildung | 15 | 17 | 68 | 0,2 |
| Lehre | 17 | 23 | 60 | 0,3 |
| Meister, Techniker | 11 | 21 | 67 | 0,1 |
| Fachhochschule / Universität | 17 | 15 | 68 | 0,5 |
| Fahrzeuge führen, Packen, Beladen, Verladen, Sortieren, Zustellen | 29 | 61 | 10 | 6,3 |
| Ohne Ausbildung | 34 | 55 | 11 | 1,8 |
| Lehre | 28 | 63 | 9 | 4,2 |
| Meister, Techniker | 26 | 63 | 11 | 0,2 |
| Fachhochschule / Universität | 18 | 67 | 15 | 0,2 |
| Reinigen, Abfall beseitigen, Recycling | 10 | 45 | 45 | 3,9 |
| Ohne Ausbildung | 10 | 48 | 43 | 1,8 |
| Lehre | 11 | 42 | 47 | 1,9 |
| Meister, Techniker | 12 | 40 | 48 | 0,1 |
| Fachhochschule / Universität | 14 | 43 | 43 | 0,1 |
| Sichern, Schützen, Be- / Überwachen, Verkehr regeln | 5 | 20 | 75 | 2,2 |
| Ohne Ausbildung | 4 | 16 | 80 | 0,4 |
| Lehre | 5 | 23 | 72 | 1,4 |
| Meister, Techniker | 6 | 18 | 76 | 0,2 |
| Fachhochschule / Universität | 1 | 16 | 83 | 0,2 |
| Insgesamt | 33 | 36 | 31 | 100,0 |
| Ohne Ausbildung | 34 | 39 | 27 | 16,8 |
| Lehre | 36 | 39 | 26 | 55,8 |
| Meister, Techniker | 37 | 26 | 37 | 10,2 |
| Fachhochschule / Universität | 20 | 29 | 51 | 17,2 |

Quelle: Mikrozensus 2004; eigene Berechnungen.

2.4 Lohnniveaus nach Branchen

Die durchschnittlichen Löhne (gemessen durch das sogenannte Arbeitnehmerentgelt, das die Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen einschließt) liegen in den sozialen Dienstleistungen häufig unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Eine Ausweitung der Beschäftigung in den sozialen Dienstleistungen wird bei gleichbleibenden Lohnrelationen zwischen den Branchen den gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt tendenziell senken. Eine Ausweitung der Beschäftigung in den sozialen Dienstleistungen, die mit einer Erhöhung der Löhne einhergeht, wird den gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt kaum verändern.

Mit dieser Argumentation wird Befürchtungen entgegengetreten, die eine Schwächung der außenwirtschaftlichen Stärke Deutschlands durch eine Expansion der sozialen Dienstleistungen verursacht sehen.

Für die Beurteilung der Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft werden oftmals die sogenannten Lohnstückkosten herangezogen. Sie haben nach diesem Argumentationsmuster einen ungünstigen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit, wenn die durchschnittlichen Lohnkosten (je Arbeitnehmer bzw. je Arbeitnehmerstunde) sich schneller erhöhen als die Arbeitsproduktivität (je Erwerbstätigen bzw. je Erwerbstätigenstunde). Eine Expansion der sozialen Dienstleistungen, die nicht mit einer realen Lohnerhöhung in diesem Wirtschaftsbereich verbunden ist, würde beide Durchschnitte – die durchschnittlichen Lohn-

kosten und die durchschnittliche Produktivität – reduzieren und die Relation zwischen den beiden Größen unverändert lassen.

Eine mit einer Lohnerhöhung, die durch eine Verbesserung der Qualität der eingesetzten Arbeitskraft zustande kommt, verbundene Expansion der Beschäftigung in den sozialen Dienstleistungen würde nicht nur die Lohnkosten, sondern auch die Produktivität erhöhen und die Relation zwischen beiden Größen ebenfalls nicht beeinflussen (vgl. zur Wachstumswirkung von Lohnerhöhungen Kapitel 8).

In Abbildung 2-5 ist die Verteilung der Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer über die Branchen dargestellt; die roten Punkte sind die Wirtschaftsbereiche der sozialen Dienstleistungen, die blauen Punkte sind alle anderen Wirtschaftsbereiche. Welche Wirtschaftsbereiche im Einzelnen zu den nicht marktbestimmten Dienstleistungen gehören und wie sie sich in der Abbildung 2-5 in die generelle Verteilung einreihen, ist in Tabelle 2-5 dargestellt. Die geringsten Arbeitnehmerentgelte weisen die „Häuslichen Dienste“ auf, gefolgt von den „Sonstigen Dienstleistern“ und dem „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“.

Drei der acht mit 45 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu den sozialen Dienstleistungen gehörende Wirtschaftsbereiche weisen ein durchschnittliches Arbeitnehmerentgelt auf, das über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegt. Der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt beträgt 34.110 Euro je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer und Jahr und bildet in der Abbildung die horizontale Achse.

Tabelle 2 - 5:

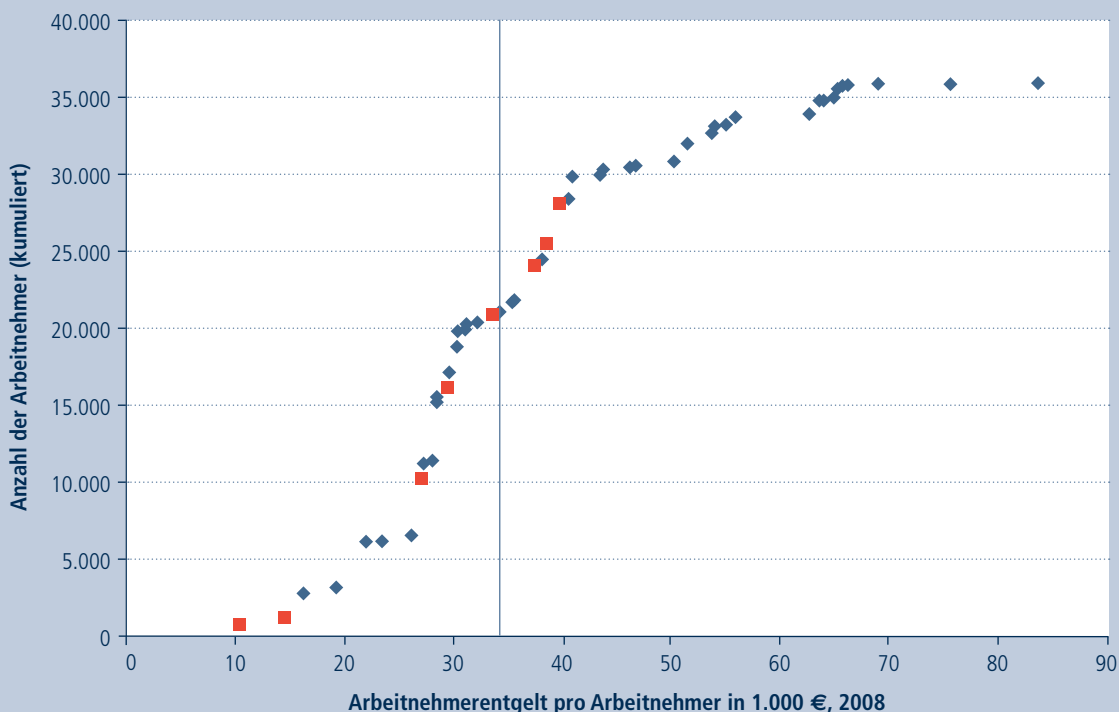
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer und Zahl der Arbeitnehmer in den Wirtschaftsbereichen der sozialen Dienstleistungen 2008

| Wirtschaftsbereiche der Nicht-marktorientierten Dienstleistungen | Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in 1.000 € | Arbeitnehmer in 1.000 |
|--|--|-----------------------|
| Häusliche Dienste | 10,3 | 707 |
| Sonstige Dienstleister | 14,4 | 451 |
| Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen | 27,0 | 3.796 |
| Kultur, Sport und Unterhaltung | 29,4 | 634 |
| Interessenvertr., kirchl. und sonst. Vereinigungen | 33,5 | 489 |
| Erziehung und Unterricht | 37,4 | 2.256 |
| Erbringung von Entsorgungsleistungen | 38,5 | 132 |
| Öff. Verw., Verteidigung, Sozialversicherung | 39,7 | 2.639 |

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, detaillierte Ergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.4, Mai 2011; eigene Berechnungen.

Abbildung 2 - 5:

Verteilung der Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer nach Branchen



Die Position der Nicht-marktorientierten Dienstleistungen in der Verteilung ist durch die rot eingefärbten Quadrate kenntlich gemacht, ihre Reihenfolge in der Abbildung von links nach rechts entspricht der Reihenfolge in Tabelle 2-4 von oben nach unten. Die Rhomben stellen die anderen Wirtschaftsbereiche dar.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, detaillierte Ergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.4, Mai 2011; eigene Berechnungen.

2.5 Einkommens- und Preiselastizitäten der Nachfrage

Wie in der Einleitung beschrieben, ist der Wunsch der nachfragenden Sektoren nach einer Ausdehnung ihrer Käufe sozialer Dienstleistungen der gedankliche Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung. Der Wunsch resultiert aus einer Veränderung der entsprechenden Bedarfe und führt dazu, dass Käufe anderer Waren und Dienstleistungen anteilig (nicht absolut) vermindert werden. Im Folgenden wird flankierend dargestellt, wie sich in einem nachfragenden Sektor, den Privaten Haushalten, in der Vergangenheit die Käufe sozialer Dienstleistungen verändert haben, wenn sich das Verfügbare Einkommen¹⁵ und die relativen Preise der einzelnen Konsumgüter verändert haben.

Die nominalen Ausgaben der Privaten Haushalte für soziale Dienstleistungen haben sich in den vergangenen 19 Jahren (1991 bis 2009) sämt-

lich überdurchschnittlich erhöht (vgl. Tabelle 2-6). Bei einigen Dienstleistungen kam das überdurchschnittliche nominale Wachstum zustande, obwohl die preisbereinigten Ausgaben unterdurchschnittlich gewachsen sind (Wachstumsrate kleiner als der Durchschnitt). Für die sozialen Dienstleistungen mit unterdurchschnittlichen Wachstumsraten der realen Ausgaben ist mithin für die Vergangenheit eine negative „Einkommens“-Elastizität festzustellen. Die preisbereinigten Ausgaben sind langsamer gestiegen als der Durchschnitt, so dass fallende Anteile resultierten. Die Entwicklung der Preise lag dagegen in allen Bereichen der sozialen Dienstleistungen, die von Privaten Haushalten gekauft werden, überdurchschnittlich hoch. Mit anderen Worten haben die Privaten Haushalte ihre Ausgaben für die sozialen Dienstleistungen erhöht, obwohl deren Preise überdurchschnittlich stark gestiegen sind.

Tabelle 2-6:

Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten der Ausgaben der Privaten Haushalte für soziale Dienstleistungen

| | Ausgaben in jeweiligen Preisen | Ausgaben preisbereinigt | Preisentwicklung |
|---|--------------------------------|-------------------------|------------------|
| DL der öffentl. Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung | 3,6 | 0,9 | 2,7 |
| Erziehungs- und Unterrichts-DL | 4,8 | 0,6 | 4,1 |
| DL d. Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesens | 6,7 | 4,7 | 1,9 |
| Abwasser-, Abfallbeseitigung und sonst. Entsorgungsleistungen | 4,8 | 1,3 | 3,4 |
| DL von Interessenvertretungen, Kirchen u.ä. | 4,6 | 1,9 | 2,6 |
| Kultur-, Sport- und Unterhaltungs-DL | 2,9 | 0,5 | 2,4 |
| Sonstige DL | 3,7 | 1,1 | 2,6 |
| DL privater Haushalte | 3,6 | 1,3 | 2,3 |
| Alle Konsumausgaben | 2,6 | 1,1 | 1,5 |

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, detaillierte Ergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.4, Mai 2011; eigene Berechnungen.

¹⁵ Tatsächlich wird der gesamte Konsum betrachtet, und die Anteile der einzelnen Konsumgüter daran. Vereinfachend wird jedoch vom Verfügbaren Einkommen gesprochen.

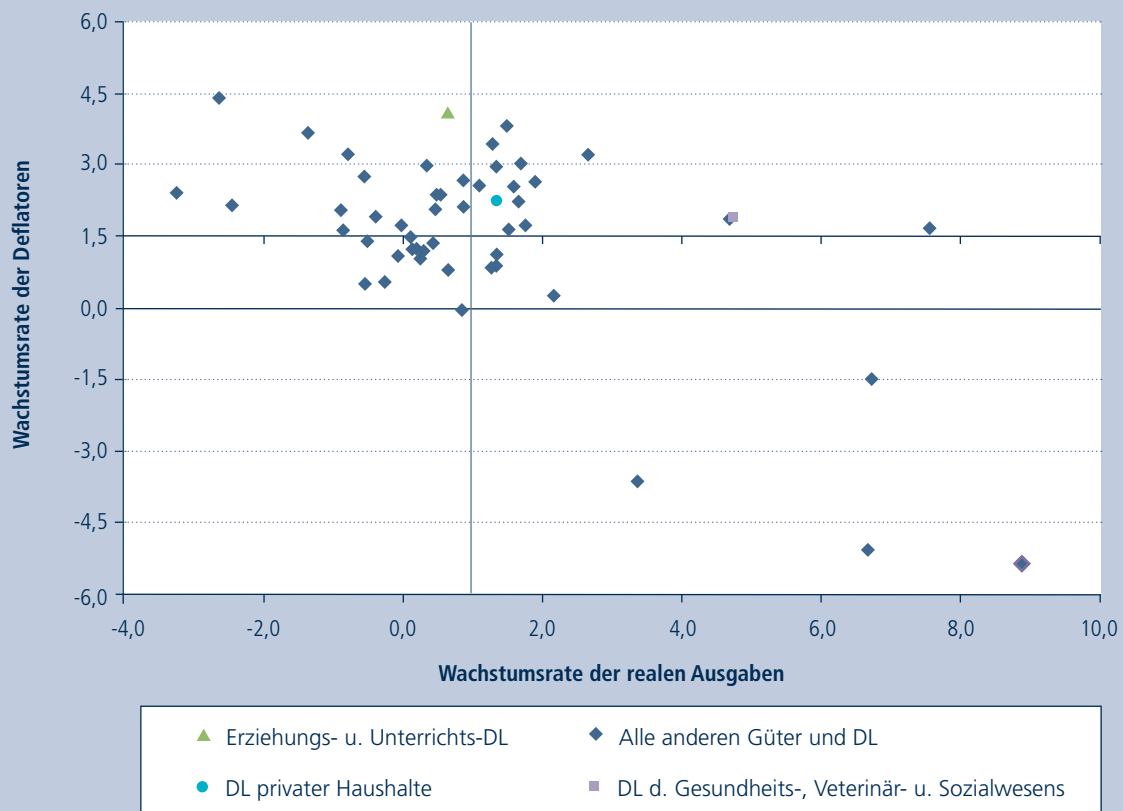
Die gleichen Zusammenhänge sind für alle einzeln ausgewiesenen Konsumarten in der Abbildung 2-6 dargestellt. Jeder Punkt repräsentiert eine Ausgabenkategorie. Die Lage des Koordinatenkreuzes ist in Abbildung 2-6 so eingezeichnet, dass sie den Durchschnitt über alle Konsumausgaben entspricht; Konsumausgaben mit überdurchschnittlicher realer Entwicklung befinden sich links von der Y-Achse, Konsumausgaben mit überdurchschnittlicher Preisentwicklung befinden sich oberhalb der X-Achse. Die Wertepaare für die sozialen Dienstleistungen „Erziehungs- und Unterrichtsdienstleistungen“, „Gesundheits-,

Veterinär- und Sozialwesen“ sowie „Häusliche Dienste“ sind gesondert gekennzeichnet, um ihre Lage in dem Koordinatenkreuz sichtbar zu machen.

Die Entwicklung der Ausgaben der Privaten Haushalte für soziale Dienstleistungen in der Vergangenheit lässt mithin den Schluss zu, dass die Annahme einer weiteren, bedarfsbedingten Expansion der Ausgaben nicht unrealistisch ist. Das gilt insbesondere für die sozialen Dienstleistungen mit überdurchschnittlicher realer Entwicklung.

Abbildung 2 - 6:

Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten der preisbereinigten Konsumausgaben der Privaten Haushalte und deren Preisentwicklung 1991 - 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, detaillierte Ergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.4, Mai 2011; eigene Berechnungen.

3. Potenziale für soziales Wachstum

Im Folgenden wird für einige exemplarische Bereiche untersucht, welche Potenziale für die Beschäftigung und die Wertschöpfung bestehen. Es handelt sich um Bereiche, bei denen der Bedarf und seine Expansion gesellschaftlich weitgehend unbestritten sind. An diesen Bereichen werden die Auswirkungen einer erhöhten Beschäftigung auf andere wirtschaftliche Größen exemplarisch aufgezeigt. Darüber hinaus existieren weitere Bereiche, die Potenziale für zusätzliche Beschäftigung und Wertschöpfung bieten, bei denen jedoch ein schwächerer gesellschaftlicher Konsens über die Wünschbarkeit und Nützlichkeit einer Expansion besteht.¹⁶ Für diese, hier nicht untersuchten Bereiche gelten die exemplarisch aufgezeigten Wirkungszusammenhänge in analoger Weise.

Für die untersuchten Bereiche wird zunächst ein „Mengengerüst“ entwickelt, das vom Bedarf ausgehend die Beschäftigungsmöglichkeiten in Personen- und Beschäftigtenzahlen quantitativ ausdrückt. In dem darauf folgenden Abschnitt 3.2 wird das Mengengerüst in finanzielle Auswirkungen übersetzt. Finanzielle Auswirkungen entstehen, indem die zusätzlich Beschäftigten Löhne erhalten. Finanzielle Auswirkungen entstehen, indem den Unternehmen und Einrichtungen, die die Beschäftigten beschäftigen, höhere Kosten entstehen. Die höheren Kosten werden von den Kunden und anderen Finanziers der Aktivitäten getragen.

3.1 Mengengerüste für die untersuchten Bereiche

Im Folgenden werden für drei ausgewählte Bereiche sozialer Dienstleistungen die dort entsprechend der absehbaren Entwicklung des Bedarfs sich künftig ergebenden zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten herausgestellt. Die zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten, die sich in der Zukunft voraussichtlich ergeben werden, werden für den Zweck der vorliegenden Untersuchung gedanklich in die Gegenwart „vorgezogen“ und in die anderen, ansonsten unverändert bleibenden gegenwärtigen Verhältnisse eingebettet. Zweck dieses gedanklichen Experimentes ist es, die Auswirkungen, die durch eine bedarfsbedingte Ausweitung der Beschäftigung bei sozialen Dienstleistungen auf andere wirtschaftliche Größen entstehen, möglichst isoliert von anderen Einflüssen herauszupräparieren.

3.1.1 Künftiger Personalbedarf in der Pflege

Die Zahl der pflegebedürftigen Personen wird in Deutschland künftig stark zunehmen. Berücksichtigt man die demografische Veränderung, also die künftig zunehmende Zahl älterer Personen, und lässt die heutigen Anteile pflegebedürftiger Personen an der Bevölkerung (nach Alter, Geschlecht, Pflegeart und Pflegestufe differenzierte Pflegehäufigkeiten des Jahres 2007) konstant, dann ergeben sich für das Jahr 2025 rd. 900.000 zusätzliche pflegebedürftige Personen.¹⁷

¹⁶ Eine Sammlung von Bereichen mit Potenzialen für soziales Wachstum enthält die Studie „Szenarioanalyse zur Zukunft des sozialen Deutschland“ von Klaus Bartsch unter Mitarbeit von Gerhard Leithäuser und Claudia Temps, erschienen im WISO Diskurs vom April 2009.

¹⁷ Zwischenzeitlich hat das Statistische Bundesamt vergleichbare Projektionen vorgelegt, die zu ähnlichen Ergebnissen kommen. Siehe: Demografischer Wandel in Deutschland: Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern, Heft 2, Ausgabe November 2010, Wiesbaden.

Gegenwärtig (2007) werden gut eine Million Pflegebedürftige in der Form gepflegt, dass sie Pflegegeld erhalten. Die Pflege erfolgt in diesem Fall durch Angehörige oder andere dem oder der Pflegebedürftigen nahestehende Pflegepersonen. Diese Form der Pflege wird hier „informell“ genannt, weil sie nicht auf einem formellen Beschäftigungsverhältnis beruht. Darüber hinaus werden gut 500.000 Personen zwar „zu Hause“ gepflegt, aber zu einem mehr oder weniger starken Ausmaß von Externen, den ambulanten Pflegediensten, versorgt. Zudem werden knapp 700.000 weitere Personen stationär betreut.

Da das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Pflegebedürftigen und dem Potenzial an „informellen“ Pflegepersonen sich künftig aus verschiedenen Gründen verändern wird, kommt es

tendenziell zu einer verstärkten „Vermarktlichung“ der Pflege. Die Tätigkeit in dem Bereich der Pflege, der durch Pflegekräfte geleistet wird, die in einem formellen Beschäftigungsverhältnis stehen, sei es als Mitarbeiter oder Mitarbeiterin eines ambulanten Pflegedienstes oder eines Heimes, wird steigen. Infolgedessen entstehen in diesem Tätigkeitsbereich neue formelle Beschäftigungschancen, die über das hinausgehen, was alleine aus demografischen Gründen als Steigerung der Beschäftigung zu erwarten wäre. Die sich unter diesen Annahmen einstellende Verteilung der Pflegebedürftigen auf die drei Pflegearrangements (Pflegegeld, ambulante Pflege, stationäre Pflege) sind in der Vorausrechnung von Tabelle 3-1 bereits berücksichtigt.

Tabelle 3-1:

Vorausschätzung der Zahl der Pflegebedürftigen im Jahr 2025 nach Pflegearrangement und Pflegestufe

| Art der Pflege | Pfleigestufe | Pflegebedürftige | | | |
|----------------|--------------|------------------|----------|---------------------------------|-------|
| | | 2007 | 2025 | Veränderung 2025 gegenüber 2007 | |
| | | in 1.000 | in 1.000 | in 1.000 | in % |
| Pflegegeld | Eins | 639 | 609 | -30 | -4,7 |
| | Zwei | 309 | 288 | -21 | -6,8 |
| | Drei | 85 | 73 | -13 | -14,7 |
| | Zusammen | 1.033 | 970 | -63 | -6,1 |
| Ambulant | Eins | 265 | 627 | 362 | 137,0 |
| | Zwei | 179 | 379 | 200 | 112,1 |
| | Drei | 61 | 114 | 53 | 86,2 |
| | Zusammen | 504 | 1.119 | 615 | 122,0 |
| Stationär | Eins | 253 | 380 | 127 | 50,1 |
| | Zwei | 300 | 454 | 154 | 51,5 |
| | Drei | 145 | 212 | 67 | 46,2 |
| | Zusammen | 698 | 1.047 | 348 | 49,9 |
| Zusammen | Eins | 1.157 | 1.616 | 459 | 39,7 |
| | Zwei | 787 | 1.121 | 333 | 42,3 |
| | Drei | 292 | 399 | 107 | 36,7 |
| | Zusammen | 2.236 | 3.136 | 900 | 40,3 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2007 und eigene Berechnungen. Ohne Pflegebedürftige, die noch keiner Pflegestufe zugeordnet waren.

Maßgeblich für die absehbar stärkere Vermarktlichung der Pflegetätigkeiten ist nicht nur die Veränderung im zahlenmäßigen Verhältnis zwischen Pflegebedürftigen und informellen Pflegepersonen, sondern auch die künftig erhöhte Beschäftigungschance der potenziellen Pflegepersonen. Die Bereitschaft potenzieller informeller Pflegepersonen, die Pflege zu leisten, wird sich verringern, weil ihre Erwerbchancen künftig deutlich zunehmen werden. Dieser Aussage liegen die folgenden Überlegungen zu Grunde: Sofern es im Familien- und Haushaltskontext der pflegebedürftigen Person eine potenzielle (familiäre) Pflegeperson gibt, entscheiden die Beteiligten nach den Umständen des Einzelfalles, ob und in welchem Ausmaß die potenzielle Pflegeperson die Pflege übernimmt. Dabei werden sie berücksichtigen, dass die „Opportunitätskosten“ der informellen Pflege für die potenzielle Pflegeperson sehr hoch sein können. Soweit die potenzielle Pflegeperson sich in einem Alter befindet, in dem die Erwerbsbeteiligung üblicherweise hoch ist, gehört zu den Opportunitätskosten, dass die Wahl der Rolle als Pflegeperson ihre Erwerbsbeteiligung in Form von geleisteter Arbeitszeit einschränken und/oder bei gleicher Arbeitszeit die Höhe des Erwerbseinkommens beeinträchtigen wird, jeweils im Vergleich zu einer Situation, in der die Pflegeleistung (überwiegend) von externen, „formellen“ Diensten erbracht wird. Die hohen Opportunitätskosten der Pflege führen in einer Situation, in der die potenzielle Pflegeperson im Erwerbsleben steht, in den meisten Fällen zu einer Entscheidung zugunsten einer Aufrechterhaltung der Erwerbstätigkeit, verbunden mit

der Inanspruchnahme der Leistungen externer, marktförmiger Dienste.

Bei künftig zunehmenden Arbeitsmarktchancen wird sich demnach der Anteil potenzieller, im Erwerbsleben stehender Pflegepersonen erhöhen. Auch aus diesem Grund wird sich die Wahl des Pflegearrangements künftig zugunsten der ambulanten Pflege und zu Lasten des Pflegegeldes verschieben.¹⁸ Mit dem Pflegegeld, das grundsätzlich dem Pflegebedürftigen zusteht und von ihm verwendet werden kann, wird der Pflegebedürftige in die Lage versetzt, die Opportunitätskosten seiner (privaten) Pflegepersonen (teilweise) kompensieren zu können.¹⁹

Die steigende Zahl der Pflegebedürftigen insgesamt sowie die Verschiebung von informell erbrachten zu ambulanten Pflegeleistungen wirken sich in einer erheblichen Steigerung der Zahl der Beschäftigten in den Pflegedienstleistungen aus (vgl. Tabelle 3-2). Bei etwa gleichbleibenden Verhältnissen zwischen der Zahl der Pflegebedürftigen und dem in Vollzeitäquivalenten gemessenen Pflegepersonal und etwa gleich bleibenden Verhältnissen zwischen Vollzeitäquivalenten und der Zahl der Beschäftigten wird die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich insgesamt voraussichtlich um rd. 440.000 Personen zunehmen. Absolut gesehen wird die Zunahme vor allem im stationären Bereich stattfinden, relativ gesehen wird jedoch die Beschäftigung im ambulanten Bereich stärker wachsen. Sie wird sich unter Berücksichtigung des Zugewinns aus der informellen Pflege gegenüber 2007 bis 2025 mehr als verdoppeln.^{20, 21}

18 Ein weiterer sozio-demografischer Einfluss auf die Wahl des Pflegearrangements geht von der Verfügbarkeit potenzieller Pflegepersonen aus. Durchschnittlich geringere Kinderzahlen, viele Personen ohne Kinder, zunehmende räumliche Entfernung zwischen den Wohnorten der Kinder und den Wohnorten der pflegebedürftigen Eltern sowie möglicherweise geringere Anteile Pflegebedürftiger mit belastbaren Partnerbeziehungen vermindern die Zahl der potenziellen Pflegepersonen. Dieser Einfluss wird hier nicht explizit berücksichtigt. Er wirkt jedoch tendenziell zugunsten der stationären Pflege.

19 Informelle Pflegepersonen erhalten unter gewissen Voraussetzungen als Leistung der Pflegekassen Beitragszahlungen zur gesetzlichen Rentenversicherung (§ 44 SGB XI). Die Beiträge sind nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit und nach dem wöchentlichen Zeitaufwand für die Pflege gestaffelt. Pflegezeiten seit dem 1.4.1995 gelten als Pflichtbeitragszeiten (§ 3 Nr. 1a SGB VI). Sie sind somit den „normalen“ Beitragszeiten gleichgestellt. Pflegetätigkeiten führen dann zu einer Erhöhung einer monatlichen Rente, wenn (einschließlich der Pflegezeit) die üblichen Bedingungen für den Bezug einer Altersrente, insbesondere die Mindestversicherungszeit von 60 Monaten, erfüllt sind (eventuell zusammen mit Kindererziehungszeiten), und wenn die Pflegeperson nicht bereits eine Altersrente bezieht. In dem zuletzt genannten Fall ist sie versicherungsfrei. Ein Monat Pflegetätigkeit erhöht die monatliche Rente, wenn alle Voraussetzungen gegeben sind, um 0,58 Euro bis 1,74 Euro.

20 Zwischenzeitlich hat auch das Statistische Bundesamt ähnliche Projektionen der Beschäftigten vorgelegt. Siehe Afentakis und Maier 2010: Projektion des Personalbedarfs und -angebots in Pflegeberufen bis 2025, Wirtschaft und Statistik, Heft 11/2010: 990-1002.

21 Eine zwischenzeitlich in anderem Zusammenhang durchgeführte Abschätzung des Pflegepersonals auf der Grundlage der Ergebnisse der Pflegestatistik 2009 führt zu einem etwas höheren zusätzlichen Personalbedarf.

Tabelle 3-2:

Vorausschätzung der Zahl der mit Pflegedienstleistungen (nur SGB XI-Leistungen) Beschäftigten

| | 2007 | 2015 | 2020 | 2025 | Veränderung 2025 gegen- über 2007 |
|---------------------|--------------------------------|---------|---------|-----------|---|
| | ambulante Pflege (nur SGB XI) | | | | |
| Vollzeitäquivalente | 104.000 | 142.000 | 182.000 | 221.000 | 117.000 |
| Beschäftigte | 157.000 | 216.000 | 276.000 | 336.000 | 179.000 |
| | stationäre Pflege (nur SGB XI) | | | | |
| Vollzeitäquivalente | 379.000 | 459.000 | 513.000 | 568.000 | 189.000 |
| Beschäftigte | 517.000 | 626.000 | 699.000 | 774.000 | 257.000 |
| | Zusammen | | | | |
| Vollzeitäquivalente | 483.000 | 601.000 | 695.000 | 789.000 | 306.000 |
| Beschäftigte | 674.000 | 842.000 | 975.000 | 1.110.000 | 436.000 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2007 und eigene Berechnungen.

3.1.2 Entwicklung des Marktes für haushaltsnahe Dienstleistungen

Gegenwärtig nehmen etwa 10 Prozent aller Haushalte regelmäßig oder gelegentlich die Leistungen einer Putz- oder Haushaltshilfe in Anspruch. Das ergeben entsprechende Auswertungen des Sozio-ökonomischen Panels.²² Besonders hoch ist der Anteil solcher Haushalte unter den

- alleinstehenden Älteren (über 65 Jahre);
- Paaren von Älteren;
- Paaren mit drei und mehr Kindern, bei denen beide Erwachsenen erwerbstätig sind.

Bei den genannten Haushaltstypen liegt der Anteil derer, die Haushaltshilfen in Anspruch nehmen, weit über dem Median für alle Gruppen. Ähnlich wie bereits bei anderen Untersuchungen führt die Analyse zu dem Ergebnis, dass die In-

anspruchnahme solcher Dienstleistungen im Wesentlichen von zwei unterschiedlichen Motiven geprägt ist: dem Bedarfsmotiv, das insbesondere bei Älteren²³ und bei Haushalten mit vielen Kindern vorherrscht, und dem „Luxus“-Motiv des „sich leisten Könnens“, wobei das Bedarfs-Motiv gemessen an der Anzahl der Haushalte vermutlich weit überwiegt. Im Durchschnitt über die Jahre handelt es sich um rd. vier Millionen Haushalte, die regelmäßig oder gelegentlich solche Hilfen in Anspruch nehmen.

Nach den Ergebnissen einer weiteren Befragung²⁴ liegt der Anteil der Haushalte mit Beschäftigung von Haushaltshilfen mit 18 Prozent deutlich über den Ergebnissen aus dem sozio-ökonomischen Panel. Wenn diese Ergebnisse zutreffen, dann weisen gegenwärtig nicht vier Millionen, sondern etwa sieben Millionen Haushalte solche

22 Die Auswertungen stellen Durchschnitte über die Jahre (SOEP-Wellen) 2005 bis 2008 dar.

23 Hilfebedarf bei Tätigkeiten der Haushaltsführung führt als solcher nicht zur Pflegebedürftigkeit. Wenn jedoch Pflegebedürftigkeit besteht, umfassen die Leistungen der Pflegekassen neben der Grundpflege auch die Haushaltsführung. Es ist jedoch zu vermuten, dass insbesondere pflegebedürftige Personen der Pflegeart „Pflegegeld“, aber auch solche der Pflegeart „ambulant“, zusätzlich solche Dienstleistungen einkaufen. Insofern ist der hohe Anteil Älterer unter den Nutzern von Haushaltshilfen möglicherweise auch auf Personen zurückzuführen, die pflegebedürftig sind.

24 Minijobzentrale – Deutsche Rentenversicherung Knappschaft Bahn See (2009): Haushaltsreport: Minijobs und Schwarzarbeit in Privathaushalten, Bochum.

Beschäftigungsverhältnisse auf. Diese Ergebnisse werden hier jedoch nicht weiter verfolgt.

Mangels anderer Kenntnisse wird angenommen, dass eine Haushaltshilfe zwischen fünf und sechs Haushalte versorgt. Unter dieser Annahme sind gegenwärtig rd. 700.000 Personen als Haushaltshilfen – meist in Schwarzarbeit – tätig. Die genannte Zahl entspricht den Angaben zur Zahl der Arbeitnehmer des Wirtschaftszweiges „Häusliche Dienste“ in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und wurde von dort übernommen.

Für das Jahr 2007 ist bekannt, wie viele Haushalte ihre Haushaltshilfen im Rahmen des Haushaltsscheckverfahrens bei der Minijob-Zentrale angemeldet haben. Es handelt sich um rd. 153.000 Haushalte. Die anderen rd. 3,9 Millionen Haushalte beschäftigen ihre Haushaltshilfen nicht legal. Andererseits sind von den schätzungsweise rund 700.000 Haushaltshilfen im Jahr 2007 bei der Minijobzentrale rd. 143.000 Minijobber (Personen) mit Privaten Haushalten als Arbeitgeber legal gemeldet,²⁵ das sind 20 Prozent aller Haushaltshilfen.

Der Anteil der „Schwarzarbeit“ beträgt demnach bezogen auf die Zahl der Haushalte, die diese Dienste nutzen, schätzungsweise 96 Prozent und bezogen auf die Zahl der Haushaltshilfen 20 Prozent. Aus diesen Proportionen kann man ableiten, dass in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen an dieser Stelle eine Zuschätzung für schattenwirtschaftliche Aktivitäten vor-

genommen wird. Die als legal bekannten Beschäftigten sind mit einem Aufschlagfaktor versehen, mit dem die schattenwirtschaftlichen Aktivitäten in die Ergebnisdarstellung einbezogen werden.

Aus demografischen Gründen wird die Zahl der Haushalte, die solche Hilfen in Anspruch nehmen möchten, in Zukunft deutlich zunehmen. Ursache dafür ist insbesondere die zunehmende Zahl älterer Haushalte, aber auch die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen.

Unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung der Bevölkerung und einer künftig zunehmenden Erwerbsbeteiligung sowie bei gleich hoher „Neigung“ der Haushalte wie gegenwärtig, Haushaltshilfen in Anspruch zu nehmen, wird die Zahl der Haushalte mit einem Bedarf an Haushaltshilfen bis zum Jahr 2025 um rd. 500.000 zunehmen. Würde der Anteil der Haushalte (in der Gliederung nach Altersgruppen, Kinderzahl und Familienstand) sich erhöhen, die solche Leistungen in Anspruch nehmen, dann würde sich die entsprechende „Kundschaft“ für die Erbringer solcher Dienstleistungen nochmals deutlich ausweiten. Tabelle 3-4 enthält die Ergebnisse entsprechender Modellrechnungen bis zum Jahr 2025. Im Folgenden wird angenommen, dass sich der Nutzungsgrad der hauswirtschaftlichen Dienstleistungen leicht erhöht (Variante Erhöhung des Nutzungsgrades um ein Prozent), so dass für das Jahr 2025 von 5,5 Millionen Haushalten mit Nutzung von hauswirtschaftlichen Dienstleistungen auszugehen ist.

25 Minijobzentrale – Deutsche Rentenversicherung Knappschaft Bahn See (IV. Quartal 2008): Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung.

Tabelle 3-3:

**Haushalte mit Haushaltshilfen nach Ergebnissen des SOEP;
Durchschnitt über die Jahre 2005 bis 2008**

| Haushaltstyp/Alter | Zahl der Erwerbstätigen im Haushalt | | |
|--|-------------------------------------|------|--------------|
| | Null | Eins | Zwei |
| Anteil der Haushalte mit Haushaltshilfe in % | | | |
| Alleinstehend Mitte | 5,1 | 6,1 | entfällt |
| Alleinstehend alt | 25,5 | 26,5 | entfällt |
| Alleinerziehend Mitte ein Kind | 2,3 | 3,3 | entfällt |
| Alleinerziehend Mitte zwei u. m. Kinder | 6,7 | 7,2 | entfällt |
| Paar ohne Kinder Mitte | 3,7 | 5,9 | 9,2 |
| Paar ohne Kinder alt | 13,4 | 18,0 | 21,3 |
| Paar ein Kind Mitte | 6,6 | 5,2 | 8,2 |
| Paar zwei Kinder Mitte | 3,6 | 5,8 | 12,2 |
| Paar drei u. m. Kinder Mitte | 11,3 | 7,7 | 22,6 |
| Andere HH-Typen | 7,6 | 6,5 | 7,0 |
| Alle Haushalte (Median der Gruppen) | 7,1 | | |
| Unterschied gegenüber dem Median der Gruppen-Anteilswerte in %-Punkten | | | |
| Alleinstehend Mitte | -1,9 | -1,0 | entfällt |
| Alleinstehend alt | 18,4 | 19,4 | entfällt |
| Alleinerziehend Mitte ein Kind | -4,8 | -3,8 | entfällt |
| Alleinerziehend Mitte zwei u. m. Kinder | -0,4 | 0,1 | entfällt |
| Paar ohne Kinder Mitte | -3,4 | -1,2 | 2,1 |
| Paar ohne Kinder alt | 6,3 | 10,9 | 14,3 |
| Paar ein Kind Mitte | -0,5 | -1,9 | 1,1 |
| Paar zwei Kinder Mitte | -3,5 | -1,3 | 5,1 |
| Paar drei u. m. Kinder Mitte | 4,2 | 0,6 | 15,5 |
| Andere HH-Typen | 0,5 | -0,6 | -0,1 |
| Anteil an allen Haushalten in % | | | |
| Alleinstehend Mitte | 7,0 | 16,3 | entfällt |
| Alleinstehend alt | 15,2 | 0,7 | entfällt |
| Alleinerziehend Mitte ein Kind | 0,5 | 0,8 | entfällt |
| Alleinerziehend Mitte zwei u. m. Kinder | 0,4 | 0,3 | entfällt |
| Paar ohne Kinder Mitte | 3,3 | 7,3 | 7,0 |
| Paar ohne Kinder alt | 8,8 | 0,5 | 0,1 |
| Paar ein Kind Mitte | 0,6 | 2,2 | 2,4 |
| Paar zwei Kinder Mitte | 0,5 | 2,1 | 2,0 |
| Paar drei u. m. Kinder Mitte | 0,1 | 0,6 | 0,3 |
| Andere HH-Typen | 5,6 | 8,6 | 6,8 |
| | | | 100,0 |
| „Mitte“: Alter unter 65 alt: Alter über 65 | | | |

Quelle: SOEP 2005–2008; eigene Berechnungen.

Tabelle 3-4:

Modellrechnungen zu Haushalten mit Haushaltshilfen

| | | 2007 | 2025 | Delta |
|---|-------|-----------|-----------|-----------|
| Haushalte mit Nutzung von Haushaltshilfen | Mio. | 4.080.000 | 5.500.000 | 1.420.000 |
| legal (Minijobzentrale) | Mio. | 153.841 | 252.991 | 99.150 |
| nicht legal | Mio. | 3.926.159 | 5.247.009 | 1.320.850 |
| legal (Minijobzentrale) | % | 3,8 | 4,6 | 0,8 |
| nicht legal | % | 96,2 | 95,4 | -0,8 |
| Haushalte pro Haushaltshilfe | | 5,8 | 5,8 | 0,0 |
| Haushaltshilfen (Beschäftigte) | 1.000 | 699.000 | 942.279 | 243.279 |
| teilweise legal | 1.000 | 143.247 | 235.570 | 92.323 |
| nicht legal | 1.000 | 555.753 | 706.710 | 150.957 |
| legal (Minijobzentrale) | % | 20,5 | 25,0 | 4,5 |
| nicht legal | % | 79,5 | 75,0 | -4,5 |

Quelle: Eigene Berechnungen.

Unter der Annahme einer Erhöhung der Haushalte mit Haushaltshilfen um 1,42 Millionen Haushalte und einer gleich bleibenden Zahl von Haushalten, die von einer Haushaltshilfe versorgt werden, erhöht sich die Zahl der Haushaltshilfen von 700.000 um rd. 240.000 auf dann 940.000 Beschäftigte. Nimmt man die Annahme hinzu, dass sich der Anteil der auf die Haushaltshilfen bezogenen legalen Beschäftigungsverhältnisse auf 25 Prozent erhöht, dann setzt sich die neue Zahl der Haushaltshilfen aus rd. 236.000 legalen und rd. 707.000 nicht legalen Beschäftigten zusammen. Tabelle 3-4 fasst die Angaben in einem Tableau zusammen, das in seinen Größenordnungen in sich konsistent ist und die Schätzungen des Statistischen Bundesamtes für die heutige Zahl der Beschäftigten übernimmt.

3.1.3 Ausbau der formellen Kinderbetreuung bei unter Dreijährigen

Investitionen in Bildung und Erziehung werden vielfach als eine der wesentlichen Voraussetzungen für künftiges Wirtschaftswachstum angesehen.

hen. Sie verbessern die „Qualität“ der eingesetzten Arbeit und erhöhen deren Produktivität. Der Weg von der Bildungsinvestition zum beschleunigten Wachstum der Produktivität und zu Wirtschaftswachstum ist jedoch ein mittelbarer und erstreckt sich über einen längeren Zeitraum. Das folgende Zitat charakterisiert die Zusammenhänge: „Unsere Berechnungen machen ... deutlich, dass es sich bei den wirtschaftlichen Erträgen von Bildungsreformen um sehr langfristige Auswirkungen handelt. So sind die wirtschaftlichen Reformerrträge in den ersten beiden Jahrzehnten nach Reformbeginn noch sehr gering. Zunächst muss die Reform im Bildungswesen voll umgesetzt werden, dann müssen die Kinder und Jugendlichen das verbesserte Schulsystem durchlaufen, anschließend müssen die besser ausgebildeten Jugendlichen in den Arbeitsmarkt eintreten – und bis die unzureichende Bildung in der gesamten arbeitenden Bevölkerung weitgehend verschwunden ist, vergeht rund ein halbes Jahrhundert.“²⁶

26 Wössmann und Piopiunik 2009: Was unzureichende Bildung kostet – Eine Berechnung der Folgekosten durch entgangenes Wirtschaftswachstum, im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, hier S. 15.

Die mit diesem Zitat verdeutlichten Wege, die die Bildungsinvestitionen gehen, bis sie sich in einer Erhöhung der wirtschaftlichen Wachstumsraten bemerkbar machen, sind jedoch nicht der Gegenstand der vorliegenden Studie. Dies sind vielmehr die bereits kurz- und mittelfristig eintretenden Beschäftigungseffekte einer Ausweitung des „Inputs“ in Form von Gebäuden, Material und Personal, der zur Produktion der Bildungsinvestitionen erforderlich ist. Dabei handelt es sich für den hier untersuchten Bereich der Betreuung der unter Dreijährigen grundsätzlich ebenfalls um einen Prozess der Marketization. Die bisher im Rahmen der Privaten Haushalte als Haushaltsproduktion erbrachte Betreuung, Erziehung und Bildung von kleinen Kindern wird durch entsprechende Tätigkeiten ersetzt, die formalisiert sind und in den Bereich der von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfassten „Produktion“ fallen.

In dem Argumentationsrahmen, in dem der Zusammenhang zwischen den Bildungsinvestitionen als Output eines Produktionsprozesses und dem Wirtschaftswachstum (also die Auswirkung von Bildungsinvestition auf das Wirtschaftswachstum) untersucht wird, wäre der durch die Marketization ausgelöste Wirkungszusammenhang so zu sehen, dass die mehr formale Erziehung und Bildung durch ausgebildete Erzieher zu höheren messbaren kognitiven Kompetenzen führt,²⁷ die wiederum langfristig zu höherem Wirtschaftswachstum beitragen. Ob also die unten näher untersuchten erweiterten formalen Betreuungsverhältnisse von unter Dreijährigen über den kurzfristigen Effekt einer Ausweitung des Input auch einen langfristigen Effekt auf das Wirtschafts-

wachstum für sich reklamieren können, hängt von dem Zuwachs an kognitiven Kompetenzen ab, der erzielt wird.²⁸

Nicht untersucht werden Effekte einer verstärkten Betreuung von unter Dreijährigen auf die Erwerbsbeteiligung ihrer Eltern und speziell ihrer Mütter und die damit möglicherweise ausgelösten Wachstumsimpulse, die von einer qualitativ „besseren“ Zusammensetzung des Erwerbspersonenpotenzials ausgehen.²⁹

Bei der Betreuung der unter Dreijährigen handelt es sich nur um einen vergleichsweise schmalen Ausschnitt aus dem gesamten Bildungssystem. Er ist jedoch für die Untersuchung der Auswirkungen zunehmender Beschäftigung prädestiniert. Der Bereich der schulischen Bildung ist dagegen durch zurückgehende Schülerzahlen gekennzeichnet. Hier besteht die Herausforderung eher darin, das gegenwärtige finanzielle und personelle Niveau weniger stark abzuschmelzen als die Schülerzahlen und die sich ergebende „demografische Rendite“ für qualitative Verbesserungen zu nutzen. Der Bildungsbericht der Bundesregierung nennt hier beispielsweise „den weiteren Ausbau der Ganztagschule, die Verbesserung der Schuleingangsphase, die Sprachförderung von Migranten und andere Fördermaßnahmen, um den Schulerfolg von Schülerinnen und Schülern aus so genannten bildungsfernen Schichten zu verbessern. ... Hinzu kommen Maßnahmen zum Erhalt peripherer Schulen im ländlichen Raum ... Auch wird die Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung voraussichtlich zu einem zusätzlichen personellen und finanziellen Bedarf führen.“³⁰

27 „Schulbildung wirkt sich nur in dem Maße wirtschaftlich aus, wie sie auch tatsächlich kognitive Kompetenzen vermittelt. Diese Befunde legen nahe, dass unzureichende Bildung ... auf Indikatoren der Bildungsqualität – wie den in PISA gemessenen kognitiven Fähigkeiten – und nicht auf Indikatoren der Bildungsquantität (z. B. Anzahl der Bildungsjahre) basieren sollte“, Wössmann und Piopiunik, a.a.O., S. 20.

28 Die angeführte Studie von Wössman und Piopiunik enthält in Kapitel 5 einige Aussagen darüber, welche einzelnen Maßnahmen getroffen bzw. an welcher Stelle welche Inputs erhöht werden sollen, um den erhöhten Output des Bildungssystems zu produzieren: „Eine erste wichtige Erkenntnis der bildungsökonomischen Forschung der letzten Jahre besteht darin, dass Bildungsmaßnahmen gerade bei benachteiligten Kindern umso höhere Erträge erzielen können, je früher sie ansetzen. Insofern kommt der frühkindlichen Bildung, die schon vor der Schulzeit ansetzt, bei der Bekämpfung unzureichender Bildung eine besondere Bedeutung zu. Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen und vorschulischen Bildung für alle Kinder ist ein wichtiger Bestandteil einer Bildungsreform zur Beseitigung unzureichender Bildung.“

29 Für eine solche Untersuchung fehlt es an einem geeigneten analytischen Instrumentarium. Es müsste in der Lage sein, auf mikroökonomischer Basis den Produktivitätsgewinn zu modellieren, der entsteht, wenn bestehende Arbeitsplätze mit besser qualifizierten Arbeitskräften besetzt werden, einschließlich der damit einhergehenden Wirkungen auf andere Arbeitsplätze durch Beförderungsketten etc.

30 Bildungsbericht der Bundesregierung 2010: 175f.

Ein gewichtiger Kandidat für eine Untersuchung zunehmender Beschäftigungschancen wäre dagegen der Hochschulbereich. Alle vorliegenden Projektionen gehen davon aus, dass die Zahl der Studierenden in den nächsten Jahren nochmals deutlich zunehmen wird. Sondereffekte wie doppelte Abiturientenjahrgänge und der geplante Wegfall der Wehrpflicht und des Zivildienstes werden diesen Prozess noch verschärfen. Dementsprechend müsste auch das an den Hochschulen tätige Personal zahlenmäßig zunehmen. Eine solche Analyse müsste, wenn sie belastbar sein soll, nach Fachrichtungen und Regionen differenzieren. Offensichtlich bestehen regional und nach Fachrichtung differenziert unausgelastete

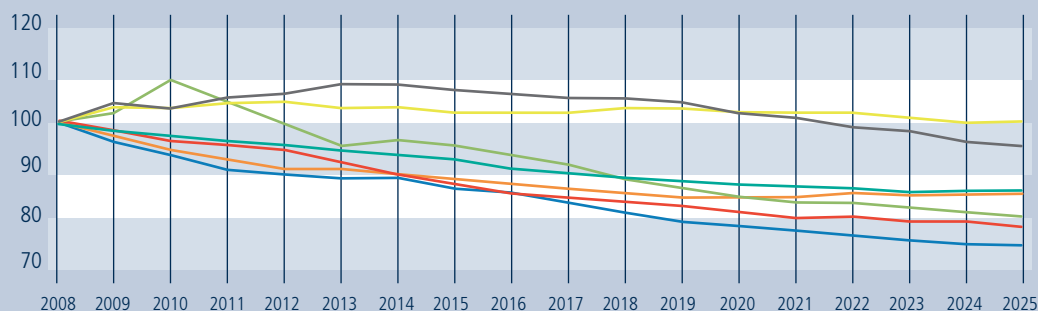
und überlastete Kapazitäten nebeneinander. Die tatsächlichen Kapazitäten der Hochschulen und deren Auslastung sind jedoch öffentlich nicht bekannt. Insofern fehlen zentrale Informationen, die grundlegende Voraussetzung für eine solche Berechnung wären.

Die im Folgenden wiedergegebene Abbildung ist dem Bildungsbericht der Bundesregierung 2010 entnommen und zeigt aktuelle Vorausrechnungen der Teilnehmerzahlen in den verschiedenen Bildungsgängen. Es wird deutlich, dass voraussichtlich nur der Hochschulbereich und der Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung zunehmende Teilnehmerzahlen aufweisen werden.

Abbildung 3 - 1:

Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer 2008 - 2025 nach Bildungsbereichen (Indexwert 2008 = 100)

2008 = 100



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010 – Basisvariante, vorläufige Ergebnisse.

Bund, Länder und Kommunen haben sich darauf verständigt, die Betreuungs-Kapazitäten für unter Dreijährige bis Mitte 2013 auf bundesdurchschnittlich ca. 35 Prozent der Kinder in der entsprechenden Altersgruppe auszubauen. Dabei wird angestrebt, die zusätzlichen Betreuungsan-

gebote zu 70 Prozent in Tageseinrichtungen und zu 30 Prozent in Tagespflege zu schaffen. Mit dem Kinderförderungsgesetz wurde ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Ein- und Zweijährige ab dem Jahr 2013 festgeschrieben. Begründet wurde das Ziel von bundesdurchschnitt-

lich 35 Prozent bis zum Inkrafttreten des Rechtsanspruchs mit erwarteten Bedarfen, die einer Betreuungsquote von 32 Prozent in den westlichen, 50 Prozent in den östlichen Flächenländern sowie 42 Prozent in den Stadtstaaten entsprechen. Im Folgenden werden Ergebnisse einer Alternativrechnung vorgestellt, die in verschiedener Hinsicht über dieses Ziel hinausreicht.

Die Berechnungen wurden nach Vorgaben von Prognos vom Statistischen Bundesamt durchgeführt. Sie verwenden die Programme, die bereits für Berechnungen für den Abschnitt „Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel“ des Bildungsberichtes der Bundesregierung 2010 verwendet worden sind. Insbesondere wird an die Berechnungen in Kapitel

4.1 „Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung“ dieses Abschnittes und das dortige „Entwicklungsszenario für die Bildungsbeteiligung der unter Dreijährigen“ angeknüpft.

Die Berechnungen stützen sich im Wesentlichen auf die Annahme einer höheren Bildungsbeteiligung der unter Dreijährigen nach 2013. Daraus ergeben sich höhere Teilnehmerzahlen. Außerdem wird angenommen, dass der Betreuungsschlüssel teilweise verbessert wird, und es wird angenommen, dass die Aufteilung der zusätzlichen Betreuungsplätze zwischen Tageseinrichtungen und Tagespflege nach 2013 etwas mehr zugunsten der Tageseinrichtungen verläuft, als es vereinbart ist. Tabelle 3-5 fasst die wesentlichen Ergebnisse zusammen.

Tabelle 3 - 5:

Ergebnisse einer Vorausrechnung der Teilnehmerzahlen bei unter Dreijährigen unter speziellen Annahmen

| | | 2009 | 2015 | 2020 | 2025 | Veränderung 2025 gegenüber 2009 |
|--|-----------------------------|-------|-------|-------|-------|--|
| Bevölkerung im Alter von 0 bis unter 3 Jahren | 1.000 | 2.034 | 1.980 | 1.983 | 1.899 | -135 |
| Bildungsbeteiligungsquote | % | 20,4 | 36,9 | 41,0 | 46,7 | 26,3 |
| Unter dreijährige Bildungsteilnehmer | 1.000 | 417 | 730 | 813 | 888 | 471 |
| in Tageseinrichtungen | 1.000 | 356 | 606 | 671 | 730 | 373 |
| in Tagespflege | 1.000 | 61 | 124 | 141 | 158 | 97 |
| Personalschlüssel | Kinder pro Beschäftigten | | | | | |
| in Tageseinrichtungen | | 4,44 | 4,15 | 4,00 | 3,99 | -0,45 |
| in Tagespflege | | 3,05 | 2,92 | 2,87 | 2,87 | -0,18 |
| Personalbedarf (Personen) | 1.000 | 100 | 189 | 217 | 238 | 138 |
| in Tageseinrichtungen | 1.000 | 80 | 146 | 168 | 183 | 102 |
| in Tagespflege | 1.000 | 20 | 43 | 49 | 55 | 35 |

Quelle: Bildungsvorausrechnung 2010 – Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung; Sonderrechnung für Prognos; eigene Berechnungen.

Die Bevölkerung im Alter von unter drei Jahren wird sich nach den Ergebnissen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung langsam vermindern. Dem stehen jedoch deutlich steigende Beteiligungsquoten gegenüber, die sich von gegenwärtig rd. 20 Prozent auf dann fast 47 Prozent mehr als verdoppeln. Das führt zusammen genommen zu mehr als einer Verdoppelung der Zahl der kleinen „Bildungsteilnehmer“. Zusammen mit einer leichten Verbesserung des Betreuungsschlüssels (statt 4,44 nur 4 Kinder pro Beschäftigten) erhöht sich der Personalbedarf von gegenwärtig rd. 100.000 um rd. 140.000 auf dann 240.000 Beschäftigte.

3.2 Finanzielles Gerüst

Höhere Beschäftigung in den drei untersuchten Bereichen zieht höhere Ausgaben der Privaten Haushalte, der Pflegekassen und der Gebietskörperschaften nach sich, die die erbrachten Leistungen kaufen bzw. finanzieren. In diesem Abschnitt werden einerseits die Einkommen der Beschäftigten abgeschätzt, die die durch die Expansion der Beschäftigungsverhältnisse neu entstehenden Arbeitsplätze besetzen. Weiterhin werden die Kosten abgeschätzt, die mit der Expansion der Dienstleistungen verbunden sind, und die Aufteilung der Kosten auf die „Träger“. Die Löhne und Gehälter der zusätzlich Beschäftigten sind dabei ein Bestandteil der zusätzlich entstehenden Kosten.

3.2.1 Pflege

Aus der Sicht der Leistungserbringer (ambulante Pflegedienste und Pflegeheime) stellen die prospektiven Zahlen der pflegebedürftigen Personen die „Mengenkomponente“ ihres Umsatzes dar. Die andere Komponente ist die Preiskomponen-

te. Grundsätzlich sind die Pflegeeinrichtungen (die „Leistungserbringer“) in ihrer Preisgestaltung gegenüber ihren Kundinnen und Kunden (den Pflegebedürftigen) frei; sie müssen ihre Kalkulationsgrundlagen vor den „Leistungsträgern“ (den Pflegekassen und den Trägern der Sozialhilfe) offenlegen.

Die Preise sind im Wesentlichen kostengetrieben und bewegen sich in einem engen Rahmen von Vorgaben (Personalrichtwerte für Pflege und Betreuung, für Hauswirtschaft und Technik sowie für Leitung und Verwaltung; für den Anteil von ausgebildeten Fachkräften; bauliche Vorschriften zu Größe und Ausstattung der Zimmer etc.). Die Gesamtkosten eines vollstationären Heimaufenthaltes setzen sich aus Kosten für Pflege und Betreuung zusammen, die nach der Pflegestufe gestaffelt sind, also nach einem Merkmal des Pflegebedürftigen, und aus Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie gegebenenfalls für den nicht öffentlich finanzierten Teil der Investitionen, wobei diese pro Bewohnerin und Bewohner einheitlich sind.

Die Entlohnung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeitnehmerentgelt) in der Branche Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, zu der auch die Pflegedienste und die Heime gehören, beträgt nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2008 im Durchschnitt 26.970 Euro pro Jahr.³¹ Die gegenwärtig rd. 674.000 Beschäftigten bei ambulanten Pflegediensten und Pflegeheimen erhalten demnach schätzungsweise gut 18 Milliarden Euro Bruttolöhne und -gehälter. Mit der zu erwartenden Zahl der Beschäftigten im Jahr 2025 und den gegenwärtigen Durchschnittslöhnen³² ergibt sich ein Arbeitnehmerentgelt von knapp 30 Milliarden Euro.

Der wirtschaftliche Erfolg eines Leistungserbringers hängt von der Differenz zwischen der Summe seiner Einnahmen und der Summe seiner

31 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, detaillierte Jahresergebnisse, Tabellen 3.2.10 Arbeitnehmerentgelt und 3.2.13 Arbeitnehmer.

32 Vielfach wird bereits aktuell ein Mangel an Fachkräften in der Pflege beklagt, der sich künftig absehbar deutlich verschärfen dürfte. Das wird nicht ohne Auswirkungen auf das relative Lohnniveau in dieser Branche bleiben. Hier wird aus Gründen der Darstellung von einem absolut und relativ gleich bleibenden Lohnniveau ausgegangen.

Tabelle 3 - 6:

Arbeitnehmerentgelt der zusätzlichen Beschäftigung im Bereich der Pflege

| | | 2007 | 2025 |
|--------------------------------------|--------|---------|-----------|
| Arbeitnehmerentgelt pro Arbeitnehmer | € | 26.970 | 26.970 |
| Arbeitnehmer | Anzahl | 674.000 | 1.110.000 |
| Arbeitnehmerentgelt | Mrd. € | 18,18 | 29,94 |

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, detaillierte Ergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.4, Mai 2011; eigene Berechnungen.

Kosten ab. Die Einnahmen werden durch die Belegung bestimmt, die ihrerseits von dem Saldo aus Zugängen und Abgängen (meist Sterbefälle) beeinflusst wird, sowie von den Preisen. Die Ausgaben werden durch die Lohnkosten und die Betriebskosten bestimmt.³³

Die Einnahmen eines Leistungserbringers werden aus drei Quellen finanziert:

- (1) den Versicherungsleistungen der sozialen und der privaten Pflegekassen nach § 43 SGB XI;
- (2) den Eigenbeiträgen der Pflegebedürftigen (und ihrer Angehörigen);
- (3) den Leistungen der Sozialhilfe (Hilfe zur Pflege nach dem 7. Kapitel des SGB XII).

Die Versicherungsleistungen der Pflegeversicherungen sind aus der Sicht der Pflegebedürftigen soziale Sachleistungen, das sind die Pflegeleistungen, die mit den gesetzlich vorgegebenen Beträgen finanzierbar sind. Über die Leistungen der Pflegekassen hinausgehende Inanspruchnahmen von Pflegeleistungen und anderen Leistungen sind von den Betroffenen als Eigenbeitrag zu finanzieren. Wird durch die Inanspruchnahme von als notwendig anerkannten Leistungen der Eigenbeitrag so hoch, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit der Betroffenen überschritten ist, kommen Leistungen der Sozialhilfe hinzu.

Für den Bereich der stationären Pflege kann überschlägig abgeschätzt werden, wie hoch der Finanzierungsbeitrag der Pflegeversicherung und der anderen beiden Quellen im Durchschnitt ausfällt (Tabelle 3-8). Danach deckt die Pflegeversicherung etwa die Hälfte der Kosten; die andere Hälfte wird durch Eigenbeiträge der Pflegebedürftigen (und möglicherweise deren Angehörigen) sowie durch die Sozialhilfe getragen. Die Verhältnisse zwischen dem Eigenbeitrag und dem Beitrag der Sozialhilfe können je nach den finanziellen Verhältnissen der Pflegebedürftigen (und deren Angehörigen) sehr unterschiedlich sein und von null Prozent bis 100 Prozent reichen.

Etwa drei von zehn stationär untergebrachten Pflegebedürftigen müssen gegenwärtig Leistungen der Sozialhilfe als Finanzierungsbeitrag in Anspruch nehmen, weil die Leistungen der Pflegekassen und die Eigenmittel nicht ausreichen, um die Kosten zu decken. Der finanzielle Nettobeitrag der Sozialhilfe zu den Gesamtkosten der Pflege für Empfänger in Einrichtungen beläuft sich auf überschlägig 600 Euro monatlich pro Empfänger. Der Eigenbeitrag der Pflegebedürftigen, die neben den Leistungen der Pflegekassen Leistungen der Sozialhilfe erhalten, liegt damit in einer Größenordnung von durchschnittlich etwa 1.000 Euro pro Monat.

³³ Eine amtliche Statistik zur Erfassung der Kostenstrukturen in den Wirtschaftszweigen Q87 (Heime) und Q88 (Sozialwesen) ist in Vorbereitung und wird im Jahr 2011 für das Jahr 2010 durchgeführt. Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse ist etwa im Jahr 2013 zu rechnen.

Tabelle 3 - 7:

Vollkosten der stationären Pflege (Gesamtheimergelt) und Finanzierungstruktur 2007

| | Kosten der Pflege (1) | Kosten für Unterkunft und Verpflegung (1) | Investitionsbeitrag (2) | Gesamtkosten | Versicherungsleistung | Eigenbeitrag der Pflegebedürftigen und Finanzierungsbeitrag der Sozialhilfe |
|-----------------------|-----------------------|---|-------------------------|--------------|-----------------------|---|
| € pro Monat | | | | | | |
| Pflegestufe I | 1.290 | 600 | 367 | 2.257 | 1.023 | 1.230 |
| Pflegestufe II | 1.710 | 600 | 367 | 2.677 | 1.279 | 1.400 |
| Pflegestufe III | 2.130 | 600 | 367 | 3.097 | 1.432 | 1.670 |
| Härtefall | 2.386 | 600 | 367 | 3.353 | 1.688 | 1.670 |
| in % der Gesamtkosten | | | | | | |
| Pflegestufe I | 57,2 | 26,6 | 16,3 | 100,0 | 45,3 | 54,5 |
| Pflegestufe II | 63,9 | 22,4 | 13,7 | 100,0 | 47,8 | 52,3 |
| Pflegestufe III | 68,8 | 19,4 | 11,9 | 100,0 | 46,2 | 53,9 |
| Härtefall | 71,2 | 17,9 | 10,9 | 100,0 | 50,3 | 49,8 |

(1) Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2007, Tabelle 3.4, berechnet mit 30 Tagen pro Monat.

(2) nach Angaben in: Statistisches Bundesamt, Statistik der Sozialhilfe, Band Hilfe zur Pflege 2007: 21.

Tabelle 3-8 enthält eine Schätzung der Umsätze der Heime aus der Pflege. Die Bausteine, die der Schätzung zu Grunde liegen, sind einerseits Fallzahlen der Pflegebedürftigen (nach Pflegestufen) und andererseits die in Tabelle 3-7 genannten Kosten. Danach haben die Pflegeheime im Jahr 2007 schätzungsweise einen Umsatz in Höhe von 22 Milliarden Euro mit der Pflege von Pflegebedürftigen erzielt. Davon entfielen etwa 14 Milliarden Euro auf Pflegeleistungen, fünf Milliarden Euro auf Unterkunft und Verpflegung und drei Milliarden Euro auf Investitionsbeiträge. Finanziert wurden die Umsätze durch gut zehn Milliarden Euro Versicherungsleistungen und durch 11,6 Milliarden Euro Eigenbeiträge der Versicherten und Beiträge der Sozialhilfe. Es handelt sich um eine grobe und überschlägige Rechnung, die nicht an anderen Geschäftsergebnissen oder statistischen Eckzahlen verifiziert werden

kann. Die Umsätze der Pflegeheime sind umsatzsteuerfrei, so dass auch die Umsatzsteuerstatistik nicht weiterhilft.

Würden die für das Jahr 2025 prognostizierten Zahlen der Pflegebedürftigen bereits im Jahr 2007 bestanden haben, dann hätte der Umsatz der Pflegeheime um rd. elf Milliarden Euro oder knapp 50 Prozent höher gelegen. In der Rechnung für 2025 ist nicht nur die höhere Fallzahl der Pflegebedürftigen berücksichtigt, sondern auch eine geänderte Aufteilung der Kosten auf Leistungen der Pflegeversicherung einerseits und Eigenbeiträge der Versicherten sowie Leistungen der Sozialhilfe andererseits. Dem liegt die folgende Überlegung zu Grunde:

Wenn die gesetzlich vorgegebenen Leistungen der Pflegekassen langsamer erhöht werden als die Kosten eines Heimaufenthaltes wachsen, nehmen der Finanzierungsanteil der Eigenbeiträge

Tabelle 3-8:

Umsätze aus stationärer Pflege nach Kostenelementen und Finanzierungsbeiträgen, in Mio. €

| Kosten der Pflege (1) | Kosten für Unterkunft und Verpflegung (1) | Investitionsbeitrag (2) | Gesamtkosten | Versicherungsleistung | Eigenbeitrag der Pflegebedürftigen und Finanzierungsbeitrag der Sozialhilfe |
|-----------------------|---|-------------------------|--------------|-----------------------|---|
| Pflegebedürftige 2007 | | | | | |
| 13.800 | 5.000 | 3.000 | 21.900 | 10.200 | 11.600 |
| Pflegebedürftige 2025 | | | | | |
| 20.600 | 7.500 | 4.600 | 32.800 | 13.100 | 19.700 |
| Differenz | | | | | |
| 6.800 | 2.500 | 1.600 | 10.900 | 2.900 | 8.100 |
| Differenz in % | | | | | |
| 49,3 | 50,0 | 53,3 | 49,8 | 28,4 | 69,8 |

(1) Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2007, Tabelle 3.4, berechnet mit 30 Tagen pro Monat.

(2) nach Angaben in: Statistisches Bundesamt, Statistik der Sozialhilfe, Band Hilfe zur Pflege 2007: 21.

Quelle: Eigene Berechnungen.

ge der Pflegebedürftigen und der Finanzierungsanteil der Hilfe zur Pflege zu. Damit ist künftig zu rechnen, denn die Höhe der Leistungen der Pflegeversicherung soll künftig (nachdem sie von 1993 bis 2008 nicht erhöht wurden, also real gesunken waren) nach einer Zwischenphase ab dem Jahr 2015 regelmäßig alle drei Jahre im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Anpassung geprüft werden (§ 30 SGB XI), wobei als Orientierungsgrößen (nur) die jeweils niedrigere Rate der Inflation und der Bruttolohnentwicklung genannt werden. Voraussichtlich werden die Kosten der Heime jedoch wie bereits in der Vergangenheit künftig deutlich stärker wachsen als die Leistungen der Pflegekassen; der „Deckungsgrad“ der Pflegeversicherung als Teilkaskoversicherung nimmt ab.

Die Umsätze der ambulanten Pflegedienste betragen gegenwärtig (2007) schätzungsweise 5,2 Milliarden Euro. In diese Rechnung sind neben den reinen Leistungen der Pflegekassen auch von den Privaten „zugekaufte“ Leistungen enthalten, deren Niveau hier auf zehn Prozent der Kassenleistung geschätzt wird. Wenn sich die Zahl der Pflegebedürftigen wie beschrieben erhöht, dann werden auch die Umsätze der ambulanten Pflegedienste sich verändern. Unter Berücksichtigung der erhöhten Zahl von Pflegebedürftigen und sonst gleichen Umständen wird er sich auf etwa 11,6 Milliarden Euro erhöhen. Zusätzlich ist in die Darstellung die Annahme eingeflossen, dass die von den Privaten selbst eingekauften Pflegeleistungen (bei real zurückgehender Kassenleistung) anteilig zunehmen werden.

Tabelle 3-9:

Umsätze aus ambulanter Pflege nach Finanzierungsbeiträgen, in Mio. €

| Gesamtkosten | Versicherungsleistung | Eigenbeitrag der Pflegebedürftigen |
|-----------------------|-----------------------|------------------------------------|
| Pflegebedürftige 2007 | | |
| 5.170 | 4.700 | 470 |
| Pflegebedürftige 2025 | | |
| 11.620 | 10.100 | 1.520 |
| Differenz | | |
| 6.450 | 5.400 | 1.050 |
| Differenz in % | | |
| 124,8 | 114,9 | 223,4 |

Quelle: Eigene Berechnungen.

Abschließend ist zu klären, welche Auswirkungen die absehbare Erhöhung der relativen Preise für Pflegeleistungen und Heimaufenthalte auf die Nachfrage nach den entsprechenden Leistungen haben wird. Mit anderen Worten wird nach der Preiselastizität der Nachfrage nach Pflegeleistungen im Heim und durch ambulante Dienste gefragt. Es könnte sein, dass die höheren Eigenbeiträge der Pflegebedürftigen, die sich als Ergebnis des Auseinanderlaufens von Heimkosten und Leistungen der Pflegeversicherung ergeben werden, Rückwirkungen auf die „Mengenkomponente“ haben, also auf die Fallzahlen der Pflegebedürftigen nach Pflegearrangements. Qualitative Überlegungen führen zu dem Ergebnis, dass eine allenfalls schwache Preisreagibilität anzunehmen ist. Dazu sind die folgenden Argumente maßgeblich:

Für Pflegebedürftige, deren Eigenbeitrag bereits jetzt ihre finanzielle Leistungsfähigkeit übersteigt und die Unterstützung der Sozialhilfe erhalten, verändert sich die Entscheidungssituation

nicht. Gegenwärtig zählen dazu vermutlich etwa 30 Prozent der pflegebedürftigen Heimbewohner.

Pflegebedürftige ohne potenzielle Pflegeperson haben zu ihrem Aufenthalt im Heim oder dem Umfang der Nutzung ambulanter Pflegedienste keine Alternative. Der zahlenmäßige Umfang dieser Gruppe ist unbekannt.

Bei Pflegebedürftigen, die von ihren Ehepartnern gepflegt werden, ist davon auszugehen, dass das Ausmaß der Nutzung externer Pflege (ambulant oder stationär) im Wesentlichen von der körperlichen und seelischen Leistungsfähigkeit der Pflegeperson abhängt. Diese wird in den meisten Fällen aus selbst gewählten Gründen zunächst so weit wie möglich ausgeschöpft. Verteuerungen der externen Pflegeleistungen werden unter diesen Umständen nur in geringem Umfang zu einer vermehrten „informellen“ Pflege führen können.

Bei Pflegebedürftigen, die von ihren (erwerbstätigen) Kindern gepflegt werden, ist von der Pflegeperson zu entscheiden, ob die Verteuerung der externen Pflegeleistung zu einer (weiteren) Einschränkung der Erwerbstätigkeit oder der Privatzeit führen soll. Dies wird in aller Regel nicht der Fall sein.

3.2.2 Hauswirtschaftliche Leistungen

Es ist nicht bekannt, wie hoch die Entgelte der Haushaltshilfen ausfallen. Bei einer überschlägigen Schätzung mit 25 Wochen im Jahr (etwa jede zweite Woche werden Leistungen in Anspruch genommen), drei Stunden pro Woche und einem Netto-Stundenlohn von zehn Euro ergeben sich Ausgaben pro Haushalt und Jahr in Höhe von 750 Euro (und entsprechende Nettoeinnahmen des Leistungserbringers).³⁴

Wären diese Leistungen voll umsatzsteuer- und einkommensteuer- (auf der Seite des Leistungserbringers) sowie sozialversicherungspflichtig einschließlich der Unfallversicherung, und würden Leerzeiten, Krankheitszeiten, Wegezeiten sowie Overhead-Kosten für Organisation und

³⁴ Die Einkommens- und Verbrauchstichprobe 2008 hat zum Ergebnis, dass 5,05 Millionen Haushalte Ausgaben für Haushaltshilfen und andere häusliche Dienstleistungen mit durchschnittlich 626 Euro pro Jahr angegeben haben.

Verwaltung eingerechnet, dann wäre als Stundensatz, der von dem Empfänger der Leistung zu tragen ist, mindestens der doppelte Betrag, eher das 2,5-Fache, anzusetzen.³⁵

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird als durchschnittlicher Bruttolohn je Arbeitnehmer und Jahr in 2007 für den Wirtschaftszweig „Häusliche Dienste“ ein Betrag von rd. 9.890 Euro angegeben.³⁶ Dieser Betrag ist überschlägig kompatibel mit der oben angestellten Berechnung, wenn man annimmt, dass die Einnahmen der Haushaltshilfen pro Haushalt nicht 750 Euro, sondern das etwa 2,3-Fache davon betragen. In dem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angegebenen Werten von 9.890 Euro Lohn pro Arbeitnehmer ist mithin wie bei den Beschäftigtenzahlen ein Aufschlagfaktor enthalten, der die tatsächlichen Verhältnisse in der Darstellung „legalisiert“.

Rechnet man für die nicht legalen Beschäftigten mit Einnahmen von 750 Euro pro Haushalt und für die legalen Beschäftigten mit dem 2,3-Fachen, also 1.694 Euro pro Haushalt, dann ergeben sich für die legal Beschäftigten 9.890 Euro

und für die nicht legal Beschäftigten 4.380 Euro Einnahmen pro Jahr. Den Haushalten entstehen in der Summe Ausgaben in Höhe von 3,85 Milliarden Euro. Durch die steigende Zahl der Haushalte mit Haushaltshilfen und dem wie angenommen steigenden Anteil legaler Beschäftigung erhöhen sich die Ausgaben der Haushalte im Aggregat auf 5,4 Milliarden Euro.

Indem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die schattenwirtschaftlichen Aktivitäten bereits eingerechnet sind, wirkt sich auf dieser Betrachtungsebene die Erhöhung des Legalisierungsgrades nicht aus, sondern nur die prospektive Erhöhung der Beschäftigtenzahl. Im Folgenden wird jedoch vereinfachend von einer Erhöhung der Zahl der legalen Beschäftigung um 92.000 Personen ausgegangen.

Tabelle 3-10 enthält die entsprechenden Daten. Es handelt sich um ein Tableau von in sich konsistenten Werten, die außerdem mit den Schätzungen kompatibel sind, die das Statistische Bundesamt für diesen Wirtschaftsbereich vorgenommen hat.

35 Vgl. etwa Weinkopf, Claudia 2003: Förderung haushaltsbezogener Dienstleistungen, in: DIW Vierteljahreshefte, Heft 1/2003: 133-147, hier Abschnitt 4.1.

36 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, detaillierte Jahresergebnisse, Tabellen 3.2.11 Bruttolöhne und -gehälter und 3.2.13 Arbeitnehmer.

Tabelle 3-10:

Auswirkungen einer Ausdehnung der Beschäftigung im Bereich der Haushaltshilfen

| | | 2007 | 2025 | Delta |
|---|--------|-----------|-----------|-----------|
| Haushalte mit Nutzung von Haushaltshilfen | Mio. | 4.080.000 | 5.500.000 | 1.420.000 |
| legal (Minijobzentrale) | Mio. | 153.841 | 252.991 | 99.150 |
| nicht legal | Mio. | 3.926.159 | 5.247.009 | 1.320.850 |
| legal (Minijobzentrale) | % | 3,8 | 4,6 | 0,8 |
| nicht legal | % | 96,2 | 95,4 | -0,8 |
| Haushalte pro Haushaltshilfe | | 5,8 | 5,8 | 0,0 |
| Haushaltshilfen (Beschäftigte) | 1.000 | 699.000 | 942.279 | 243.279 |
| teilweise legal | 1.000 | 143.247 | 235.570 | 92.323 |
| nicht legal | 1.000 | 555.753 | 706.710 | 150.957 |
| legal (Minijobzentrale) | % | 20,5 | 25,0 | 4,5 |
| nicht legal | % | 79,5 | 75,0 | -4,5 |
| Einnahmen / Ausgaben pro Haushalt | € | | | |
| legal | € | 1.694 | 1.694 | 0 |
| nicht legal | € | 750 | 750 | 0 |
| Einnahmen pro Haushaltshilfe | € | | | |
| legal | € | 9.890 | 9.890 | 0 |
| nicht legal | € | 4.378 | 4.378 | 0 |
| Einnahmen / Ausgaben | Mio. € | 3.850 | 5.424 | 1.574 |
| legal | Mio. € | 1.417 | 2.330 | 913 |
| nicht legal | Mio. € | 2.433 | 3.094 | 661 |

Quelle: Eigene Berechnungen.

3.2.3 Betreuung der unter Dreijährigen

Der Ausbau der formellen Betreuung, Bildung und Erziehung von unter Dreijährigen wird zunächst für die zusätzlichen Beschäftigten Beschäftigung und Einnahmen aus Lohneinkommen mit sich bringen. Für die Betreuungseinrichtungen verursacht er höhere Ausgaben für Personal und Sachmittel. Die höheren Ausgaben werden durch öffentliche Zuschüsse und Elternbeiträge finanziert.

Tabelle 3-11 enthält quantitative Angaben zu allen genannten Größen. Die Einnahmen der Beschäftigten (und gleichzeitig die Ausgaben der

Einrichtungen) werden sich aufgrund der gestiegenen Teilnehmerzahlen von 2,3 Milliarden Euro auf 5,7 Milliarden Euro erhöhen. Insgesamt erhöhen sich die Ausgaben der Einrichtungen von 2,9 Milliarden Euro auf 6,5 Milliarden Euro. Die Ausgaben werden zu etwa 76 Prozent durch öffentliche Zuschüsse gedeckt, zu etwa 20 Prozent durch Beiträge der Eltern und zu etwa fünf Prozent durch sonstige Einnahmen.³⁷

Das bedeutet, dass die Ausgaben der Eltern sich um rd. 0,9 Milliarden Euro erhöhen werden, und die Ausgaben der öffentlichen Hände für Zuschüsse um 2,5 Milliarden Euro.

³⁷ Aufteilung der Einnahmen der Einrichtungen nach Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistik der Einnahmen und Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe 2008, Tabelle 4: Nach Einrichtungstypen und Trägern, Zeile Tageseinrichtungen für Kinder.

Tabelle 3-11:

Auswirkungen einer Ausdehnung der Betreuung, Bildung und Erziehung von unter Dreijährigen

| | | 2009 | (2025) | Veränderung (2025) gegenüber 2009 |
|---|--------|--------|--------|--|
| Unter dreijährige Bildungsteilnehmer | 1.000 | 417 | 888 | 471 |
| in Tageseinrichtungen | 1.000 | 356 | 730 | 373 |
| in Tagespflege | 1.000 | 61 | 158 | 97 |
| Personalbedarf (Personen) | 1.000 | 100 | 238 | 138 |
| in Tageseinrichtungen | 1.000 | 80 | 183 | 102 |
| in Tagespflege | 1.000 | 20 | 55 | 35 |
| Arbeitnehmerentgelt pro Beschäftigten (1) | € | 23.112 | 23.811 | 700 |
| Ausgaben für | Mio. € | | | |
| Investitionen | Mio. € | 188 | 254 | 66 |
| Personal | Mio. € | 2.316 | 5.662 | 3.346 |
| Übrige Ausgaben | Mio. € | 450 | 609 | 159 |
| Zusammen | Mio. € | 2.954 | 6.525 | 3.571 |
| Einnahmen aus | Mio. € | | | |
| Öffentlicher Zuschuss | Mio. € | 2.124 | 4.628 | 2.504 |
| Elternbeitrag | Mio. € | 716 | 1.650 | 934 |
| Übrige Einnahmen | Mio. € | 113 | 247 | 133 |
| Zusammen | Mio. € | 2.954 | 6.525 | 3.571 |

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen.

1) Angaben für 2025 ohne allgemeine Lohnentwicklung.

Quelle: Bildungsvorausberechnung 2010 – Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung; Sonderrechnung für Prognos; eigene Berechnungen.

3.3 Zusammenfassung

Die in den Kapiteln 3.1 und 3.2 erarbeiteten Ergebnisse bilden den Ausgangspunkt der Berechnungen, die in den Kapiteln 4, 6 und 7 vorgenommen werden. In Kapitel 4 werden die Informationen zur Modellierung höherer Beschäftigung und ihrer Auswirkungen auf die Verteilung der Löhne und Gehälter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auf die Verfügbaren Ein-

kommen der Privaten Haushalte mit einem mikroökonomischen Modell untersucht. In Kapitel 6 werden Finanzierungssalden untersucht, die sich für die Privaten Haushalte, die Sozialversicherungen und die Gebietskörperschaften infolge des erhöhten Leistungsniveaus ergeben. Kapitel 7 ist den Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Privaten Verbrauchs gewidmet, die sich aus den vorherigen Untersuchungen ergeben.

Tabelle 3 - 12:

Zusammenstellung der Ergebnisse aus Kapitel 3

| | | 2007 | 2025 | Veränderung |
|--------------------------------------|--------|---------|-----------|-------------|
| Zusammen | | | | |
| Beschäftigte | Anzahl | 917.000 | 1.584.000 | 667.000 |
| Arbeitnehmerentgelt pro Arbeitnehmer | € | 23.947 | 24.001 | 53,73 |
| Kostenstruktur (Entstehung) | € | 31,28 | 53,12 | 21,84 |
| Arbeitnehmerentgelt | Mrd. € | 21,96 | 38,02 | 16,06 |
| Arbeitgeberbeitrag | Mrd. € | 3,44 | 5,98 | 2,53 |
| Rentenversicherung | Mrd. € | | | 1,39 |
| Krankenversicherung | Mrd. € | | | 0,83 |
| Arbeitslosenversicherung | Mrd. € | | | 0,20 |
| Pflegeversicherung | Mrd. € | | | 0,12 |
| Bruttolohn | Mrd. € | 18,52 | 32,04 | 13,52 |
| Arbeitnehmerbeitrag | Mrd. € | 3,44 | 5,98 | 2,53 |
| Rentenversicherung | Mrd. € | | | 1,39 |
| Krankenversicherung | Mrd. € | | | 0,83 |
| Arbeitslosenversicherung | Mrd. € | | | 0,20 |
| Pflegeversicherung | Mrd. € | | | 0,12 |
| Nettolohn vor Steuern | Mrd. € | 15,08 | 26,07 | 10,99 |
| Alle anderen Kosten | Mrd. € | 9,32 | 15,10 | 5,78 |
| Finanzierung (Verwendung) | Mrd. € | 31,28 | 53,12 | 21,84 |
| private Haushalte | Mrd. € | 9,90 | 17,89 | 7,99 |
| Pflegekassen | Mrd. € | 14,90 | 23,20 | 8,30 |
| Sozialhilfe | Mrd. € | 4,35 | 7,40 | 3,05 |
| öffentliche Zuschussgeber | Mrd. € | 2,12 | 4,63 | 2,50 |
| Pflegebereich | | | | |
| Beschäftigte | Anzahl | 674.000 | 1.110.000 | 436.000 |
| Arbeitnehmerentgelt pro Arbeitnehmer | € | 26.970 | 26.970 | 0,00 |
| Kostenstruktur (Entstehung) | Mrd. € | 26,97 | 44,42 | 17,45 |
| Arbeitnehmerentgelt | Mrd. € | 18,18 | 29,94 | 11,76 |
| Arbeitgeberbeitrag | Mrd. € | 3,02 | 4,98 | 1,96 |
| Bruttolohn | Mrd. € | 15,15 | 24,96 | 9,80 |
| Arbeitnehmerbeitrag | Mrd. € | 3,02 | 4,98 | 1,96 |
| Nettolohn vor Steuern | Mrd. € | 12,13 | 19,98 | 7,85 |
| Alle anderen Kosten | Mrd. € | 8,79 | 14,48 | 5,69 |
| Finanzierung (Verwendung) | Mrd. € | 26,97 | 44,42 | 17,45 |
| Pflegekassen | Mrd. € | 14,90 | 23,20 | 8,30 |
| private Haushalte | Mrd. € | 7,72 | 13,82 | 6,10 |
| Sozialhilfe | Mrd. € | 4,35 | 7,40 | 3,05 |



| Bildungsbereich | | | | |
|--------------------------------------|--------|---------|---------|---------|
| Beschäftigte | Anzahl | 100.000 | 238.000 | 138.000 |
| Arbeitnehmerentgelt pro Arbeitnehmer | € | 23.112 | 23.811 | 699,00 |
| Kostenstruktur (Entstehung) | Mrd. € | 2,84 | 6,28 | 3,44 |
| Arbeitnehmerentgelt | Mrd. € | 2,32 | 5,66 | 3,35 |
| Arbeitgeberbeitrag | Mrd. € | 0,39 | 0,94 | 0,56 |
| Bruttolohn | Mrd. € | 1,93 | 4,72 | 2,79 |
| Arbeitnehmerbeitrag | Mrd. € | 0,39 | 0,94 | 0,56 |
| Nettolohn vor Steuern | Mrd. € | 1,55 | 3,78 | 2,23 |
| Alle anderen Kosten | Mrd. € | 0,52 | 0,62 | 0,09 |
| Finanzierung (Verwendung) | Mrd. € | 2,84 | 6,28 | 3,44 |
| private Haushalte (Elternbeiträge) | Mrd. € | 0,72 | 1,65 | 0,93 |
| öffentliche Zuschussgeber | Mrd. € | 2,12 | 4,63 | 2,50 |
| Haushaltshilfen | | | | |
| Beschäftigte (teilweise legal) | Anzahl | 143.000 | 236.000 | 93.000 |
| Arbeitnehmerentgelt pro Arbeitnehmer | € | 10.250 | 10.250 | 0,00 |
| Kostenstruktur (Entstehung) | Mrd. € | 1,47 | 2,42 | 0,95 |
| Arbeitnehmerentgelt | Mrd. € | 1,47 | 2,42 | 0,95 |
| Arbeitgeberbeitrag | Mrd. € | 0,03 | 0,05 | 0,02 |
| Bruttolohn | Mrd. € | 1,43 | 2,36 | 0,93 |
| Arbeitnehmerbeitrag | Mrd. € | 0,03 | 0,05 | 0,02 |
| Nettolohn vor Steuern | Mrd. € | 1,40 | 2,31 | 0,91 |
| Finanzierung (Verwendung) | Mrd. € | 1,47 | 2,42 | 0,95 |
| private Haushalte | Mrd. € | 1,47 | 2,42 | 0,95 |
| Quelle: Eigene Berechnungen. | | | | |

Insgesamt erhöht sich die Beschäftigung um 667.000 Personen. Das sind knapp zwei Prozent der 35.215.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die das Statistische Bundesamt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Jahr 2007 ausweist. Der Lohn (Arbeitnehmerentgelt) der zusätzlich Beschäftigten beträgt im Durchschnitt über die drei betrachteten Bereiche rund 24.000 Euro pro Jahr. Im Aggregat handelt es sich um ein Arbeitnehmerentgelt von 22 Milliarden, die die zusätzlichen Beschäftigten erhalten.

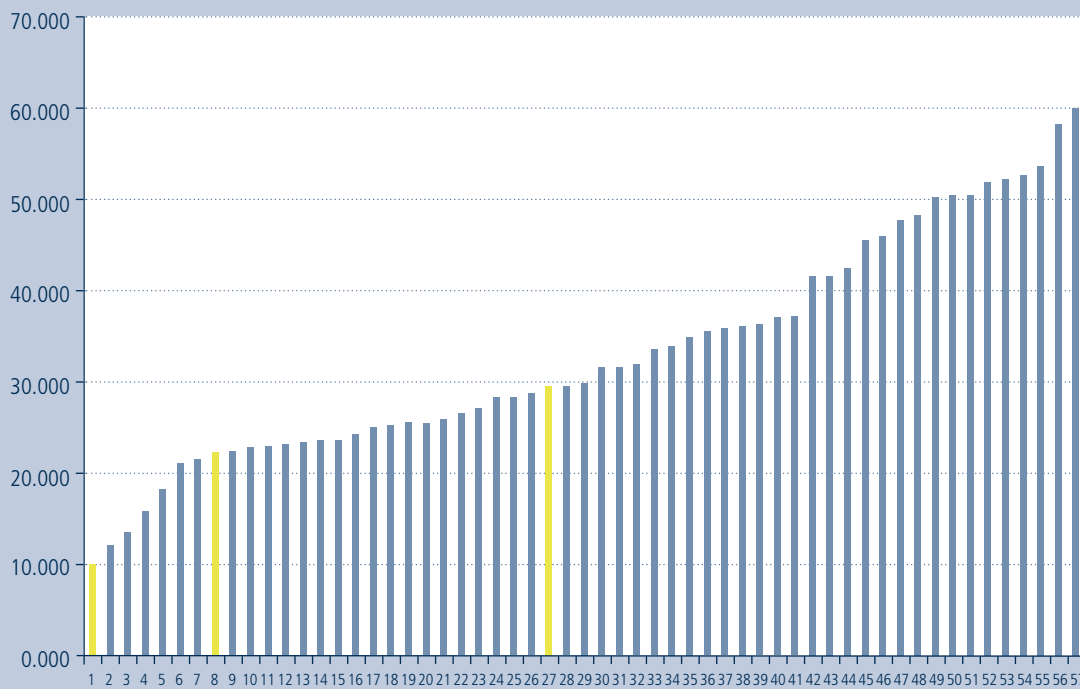
Die Lohnniveaus der zusätzlichen Beschäftigten in den drei betrachteten Bereichen sollen den Bruttolöhnen und -gehältern pro Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer entsprechen, wie sie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesen werden, um eine Konsistenz zu dem gesamtwirtschaftlichen Rechenwerk herzustellen. Abbildung 3-2 zeigt die Bruttolöhne und -gehälter für alle Branchen, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unterschieden werden. Die drei Branchen, deren Potenziale für soziales Wachstum untersucht worden sind, sind

gelb markiert. Es wird deutlich, dass es sich eher um Branchen mit unterdurchschnittlichem Lohnniveau handelt. Dabei ist zu beachten, dass die Arbeitszeit der Arbeitnehmer sehr unter-

schiedlich sein kann und die Durchschnittsan-gaben sowohl Teilzeitbeschäftigte als auch geringfügig Beschäftigte mit einschließen.

Abbildung 3-2:

Verteilung der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter 2008 nach Branchen



Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, detaillierte Ergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.4, Mai 2011; eigene Berechnungen. Die gelb markierten Branchen sind von links nach rechts: „Häusliche Dienste“, „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“, „Erziehung und Unterricht“.

4. Auswirkungen auf die Höhe und Verteilung der Bruttolöhne und -gehälter und der Haushaltsnettoeinkommen

4.1 Methodik

Die in den Abschnitten des Kapitels 3 herausgearbeiteten zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten werden in dem vorliegenden Kapitel im Hinblick auf die Auswirkungen untersucht, die sie auf die Verteilung der Erwerbseinkommen und auf die Verteilung der verfügbaren Einkommen der Privaten Haushalte haben werden. Ausgangspunkt der Berechnungen sind die Verhältnisse, wie sie im Jahr 2008 bestanden haben und durch das Sozio-ökonomische Panel abgebildet sind. Eine Beschreibung des mikroökonomischen Modells der Prognos AG befindet sich im Anhang.

Ziel der mit dem Mikromodell durchgeführten Berechnungen ist es, die Auswirkungen zusätzlicher Beschäftigung in einigen Bereichen auf die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen darzustellen. Gegenstand der Mikromodellierung sind die in Tabelle 3-12 dargestellten direkten Effekte.

Die zusätzliche Beschäftigung wird in dem mikroökonomischen Modell auf folgende Weise implementiert: Es werden zunächst bestehende Strukturen der tatsächlichen Beschäftigung in den drei Wirtschaftsbereichen:

M Erziehung und Unterricht

N Gesundheitswesen

P Häusliche Dienste

ausgewertet. Die Strukturen ergeben einen „Stichprobenplan“. Mit diesem werden zusätzliche Beschäftigte aus einem „Bewerberpool“ ausgewählt und als zusätzliche Beschäftigte markiert. Der Bewerberpool enthält Personen, die aus der Gruppe der nicht Erwerbstätigen (einschließlich der Arbeitslosen) stammen und die zusätzlich die Merkmale des Stichprobenplans erfüllen.

Die Merkmale, die dem Stichprobenplan zu Grunde liegen, sind das Geschlecht, die Altersgruppe und der Beruf. Damit ist gewährleistet, dass die Zusammensetzung der zusätzlichen Beschäftigten nach den drei genannten Kriterien der Zusammensetzung der tatsächlichen Beschäftigung weitgehend entspricht. Die Verteilung der zusätzlichen Beschäftigung auf (vor Auswahl) Arbeitslose und (vor Auswahl) Nichterwerbspersonen wird mittelbar durch die Zusammensetzung der Arbeitslosen und der nicht Erwerbstätigen nach den Auswahlkriterien bestimmt. Übersicht 4-1 zeigt den verwendeten Stichprobenplan.

Übersicht 4-1:

Stichprobenplan für die Auswahl zusätzlicher Beschäftigter in %

| Beruf | Männlich | | | | | Weiblich | | | | | | Insg. |
|--|----------|-------|-------|-------|-------------|----------|-------|-------|-------|-------|-------------|-------|
| | 10-20 | 20-30 | 30-40 | 40-50 | Insg. | 10-20 | 20-30 | 30-40 | 40-50 | 50-60 | Insg. | |
| Keine Berufsausbildung oder keine Angabe | 5,3 | 3,1 | 1,2 | 0,9 | 10,4 | 14,8 | 7,8 | 5,2 | 3,0 | 0,3 | 31,1 | 41,5 |
| Textilveredler / Textilveredlerinnen | | | | | | | 0,1 | 1,8 | 0,7 | 0,1 | 2,7 | 2,7 |
| Köche | | | 0,2 | | 0,2 | | | 0,2 | 1,1 | | 1,3 | 1,5 |
| Verkaufspersonal | | | | 0,2 | 0,2 | | 0,4 | 0,7 | 1,0 | 0,5 | 2,7 | 2,8 |
| Groß- und Einzelhandelskaufleute, Ein- und Verkaufsfachleute | | | | | | | 0,1 | 0,4 | 0,9 | | 1,4 | 1,5 |
| Büroberufe, Kaufmännische Angestellte, a.n.g. | | 0,2 | 0,8 | 0,3 | 1,3 | | 0,7 | 1,7 | 1,7 | 0,8 | 5,0 | 6,3 |
| Ärzte und Apotheker | | 0,1 | 1,2 | 0,5 | 1,7 | | 0,8 | 0,5 | 0,4 | | 1,8 | 3,5 |
| Übrige Gesundheitsdienstberufe | | 1,8 | 2,2 | 0,0 | 4,0 | 0,4 | 5,5 | 7,5 | 6,0 | 1,1 | 20,5 | 24,5 |
| Soziale Berufe | | 0,1 | 0,7 | 0,1 | 0,8 | 0,2 | 1,6 | 5,7 | 2,4 | 0,1 | 9,9 | 10,7 |
| Lehrer | | | 0,2 | | 0,2 | | | 0,6 | 0,5 | 0,1 | 1,2 | 1,5 |
| Hotel- und Gaststättenberufe | | | | | | 1,2 | 0,1 | 0,5 | 0,1 | | 1,9 | 1,9 |
| Haus- und ernährungs-wirtschaftliche Berufe | | | | | | | 0,1 | 1,0 | 0,6 | | 1,7 | 1,7 |
| Zusammen | 5,3 | 5,3 | 6,4 | 2,0 | 18,9 | 16,6 | 17,2 | 25,9 | 18,4 | 3,0 | 81,1 | 100,0 |

Quelle: Eigene Berechnungen.

Die zusätzlichen Beschäftigten erhalten ein Einkommen zugeordnet, das dem durchschnittlichen Einkommen der abhängig Beschäftigten (ohne Beamtinnen und Beamte) in der jeweiligen Gruppe des nach Branchen differenzierten Stichprobenplans entspricht. Das bedeutet, dass die Verteilung der zugewiesenen Einkommen auf die Gruppendurchschnitte beschränkt ist; größere und kleinere Werte kommen nicht vor, ebenso wenig Werte, die zwischen den Gruppenmittelwerten liegen. Die aus den Daten des SOEP gewonnenen Angaben zu den Einkommen pro Zelle des Stichprobenplanes werden in ihrem Niveau auf die Werte der Volkswirtschaftlichen

Gesamtrechnungen kalibriert, die in Übersicht 4-1 angegeben sind. Damit wird eine Kompatibilität der Ergebnisse der mikroökonomischen Analysen mit makroökonomischen Werten erzielt.

Je nach dem Haushaltszusammenhang, in dem die zusätzlichen Beschäftigten leben, ergeben sich Auswirkungen auf haushalts- und personenbezogene Einkommen aus Transfers sowie auf Ausgaben für Transfers und Einkommensteuer. Die personenbezogenen und die haushaltsbezogenen Auswirkungen sind im Mikromodell modelliert und ergeben bei den betroffenen Haushalten eine Veränderung des Haushaltsnettoeinkommens.

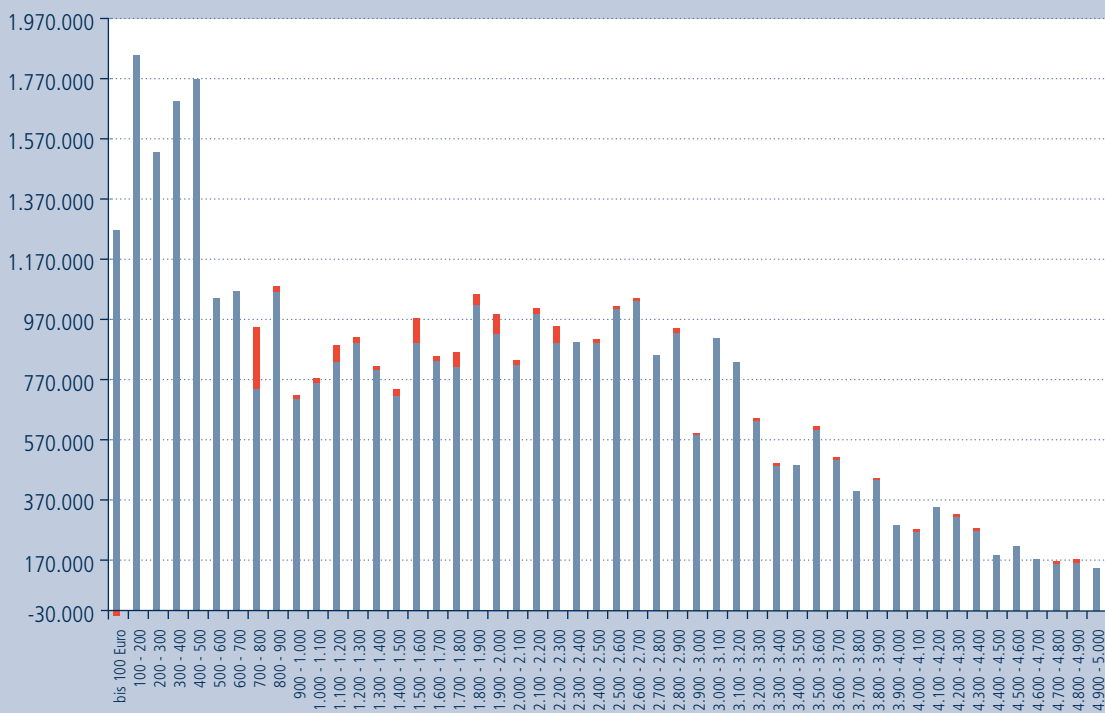
4.2 Auswirkungen auf die Verteilung der Bruttolöhne und -gehälter

Abbildung 4-1 zeigt die Verteilung der Arbeitnehmer über die monatlichen Löhne und Gehälter vor und nach der Realisierung des Beschäftigungsimpulses.³⁸ Die blau eingefärbten Balken-

abschnitte stellen die tatsächliche Situation gemäß SOEP im Jahr 2008 dar. Die rot eingefärbten Balkenabschnitte zeigen die Veränderung, die entsteht, wenn die zusätzlichen Beschäftigten mit ihren Einkommen in die Verteilung eingereicht werden.

Abbildung 4-1:

Zahl der Arbeitnehmer nach Größenklassen des Einkommens aus nicht selbstständiger Tätigkeit (ohne Beamte)



Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 4-2 zeigt ergänzend nur die in Abbildung 4-1 in rot dargestellten zusätzlichen Beschäftigten und hebt den Effekt der zusätzlichen Beschäftigung auf die Verteilung der Bruttolöhne und -gehälter damit deutlicher hervor.

Die zusätzliche Beschäftigung von 667.000 Personen mit ihren Löhnen entsprechend den Durchschnittslöhnen pro Zelle des Stichprobenplanes, wie sie das SOEP ausweist, führt zu einer Veränderung der Verteilung der Einkommen aus

nicht selbstständiger Tätigkeit. Die größte Veränderung der Fallzahl findet sich in der Einkommensklasse von 700 bis 800 Euro im Monat. Dort erhöht sich die Zahl der Beschäftigten um mehr als 200.000 Personen. Große Fallzahlen weisen auch die Einkommensgrößenklassen 1.500 bis 1.600 Euro, 1.900 bis 2.000 Euro und 2.200 bis 2.300 Euro auf. Es handelt sich um nominale Veränderungen der Einkommen der Personen.

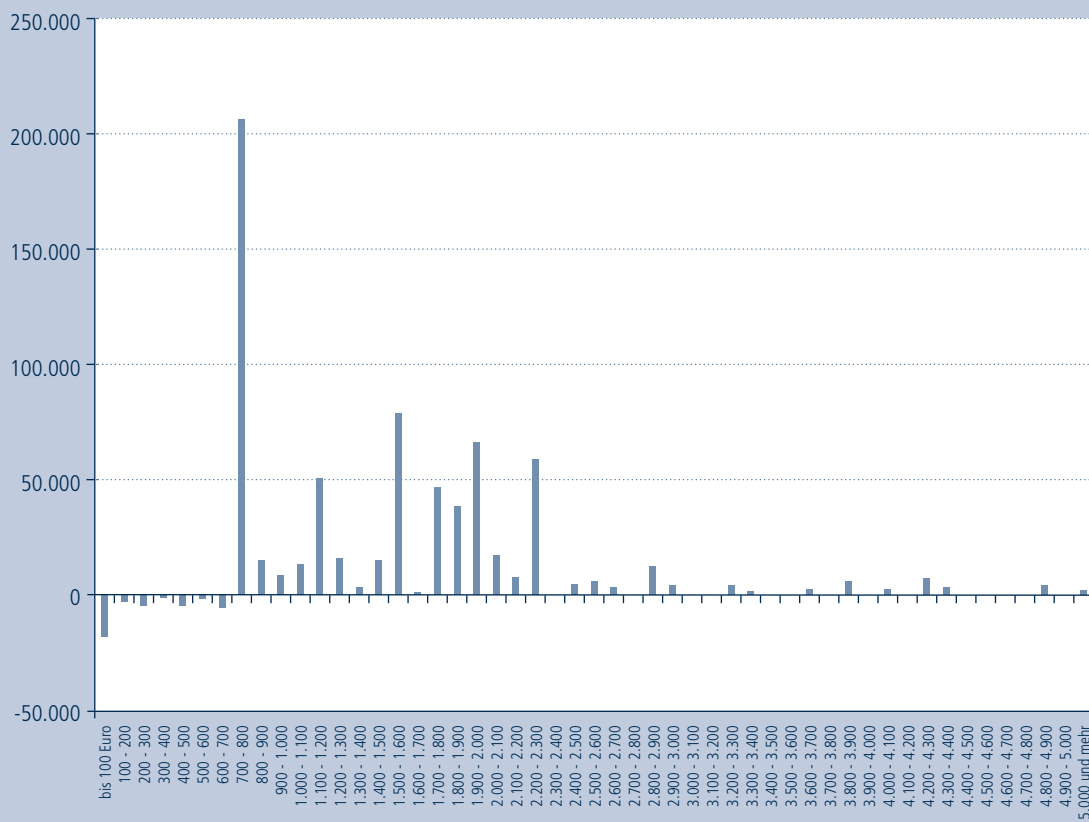
38 Die Verteilung ist bei Einkommen größer 5.000 Euro pro Monat abgeschnitten.

Die Ergebnisse spiegeln, wie in der Methodenbeschreibung dargelegt, die tatsächlichen Einkommensverhältnisse bei Beschäftigten in den drei untersuchten Branchen wider, wenn man deren Beruf, Alter und Geschlecht berücksichtigt, wie sie durch das SOEP erfasst sind. Deren Einkommensverhältnisse sind auf die zusätz-

lichen Beschäftigten übertragen worden. Das Durchschnittsentgelt der zusätzlichen Beschäftigten beträgt wie vorgegeben 20.759 Euro pro Beschäftigten, und die Summe der zusätzlichen Bruttolöhne beträgt 14,04 Milliarden Euro (vgl. Tabelle 3-12).

Abbildung 4-2:

Veränderung der Zahl der Arbeitnehmer nach Größenklassen des Einkommens aus nicht selbstständiger Tätigkeit (ohne Beamte)



Quelle: Eigene Berechnungen.

4.3 Auswirkungen auf die Höhe der Haushaltsnettoeinkommen

Aus den zusätzlich rd. 14 Milliarden Euro Löhnen und Gehältern der zusätzlich Beschäftigten werden im Zuge des Verteilungs- und Umverteilungsprozesses 5,5 Milliarden Euro zusätzliches Haushaltsnettoeinkommen. Es sind einerseits zusätz-

liche Transfers zu zahlen, wie insbesondere die Beiträge zu den Sozialversicherungen und die Einkommensteuer, und andererseits fallen Transfers weg, die bisher bezogen worden waren, wie insbesondere das Arbeitslosengeld. Den Übergang von den Bruttolöhnen und -gehältern zum Haushaltsnettoeinkommen zeigt Tabelle 4-2:

Tabelle 4-2:

Übergang von den zusätzlichen Bruttolöhnen und -gehältern zum zusätzlichen Haushaltsnettoeinkommen der Privaten Haushalte³⁹

| Private Haushalte | Mrd. € |
|--------------------------|--------------|
| Einnahmen | 11,40 |
| Bruttolohnsumme | 13,52 |
| ALG I | -1,03 |
| ALG II | -0,82 |
| Sozialhilfe | -0,11 |
| Kinderzuschlag | 0,07 |
| Wohngeld | -0,23 |
| Ausgaben | 6,38 |
| Rentenversicherung | 1,39 |
| Krankenversicherung | 0,83 |
| Arbeitslosenversicherung | 0,20 |
| Pflegeversicherung | 0,12 |
| Einkommensteuer | 3,69 |
| Solidaritätszuschlag | 0,16 |
| Saldo | 5,02 |

Quelle: Eigene Berechnungen.

4.4 Auswirkungen auf die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen

Auf die Verteilung des Haushaltsnettoeinkommens der Privaten Haushalte wirken sich die zusätzlichen Beschäftigten so aus, dass die Besetzung der unteren Einkommensklassen zurückgeht und die der oberen Einkommensklassen zunimmt. Mit anderen Worten „wandern“ Haushalte mit ihrem Haushaltsnettoeinkommen auf Grund der erhöhten Beschäftigung in höhere Klassen. Ursächlich dafür ist die steigende Zahl der Haushalte mit zwei Bezieherinnen und Beziehern statt einem Bezieher von Erwerbseinkommen, die durch die zusätzliche Beschäftigung entsteht. Die Zahl der Haushalte insgesamt bleibt davon unberührt. Proportional zu den Besetzungszahlen der Klassen der Verteilung nehmen auch die Beträge ab, die in die jeweilige Einkommensklasse fallen. In der letzten Spalte von Tabelle 4-3 ist das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Klasse nachrichtlich angegeben.

Tabelle 4-3:

Veränderung der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen auf Grund der zusätzlichen Beschäftigung

| Größenklassen des Verfügbaren Einkommens (€ pro Monat) | Haushalte | Betrag der Verfügbaren Einkommen | Nachrichtlich: Verfügbares Einkommen pro Haushalt und Jahr |
|--|-----------|----------------------------------|--|
| | Anzahl | Mrd. € | € |
| bis 900 | -53.700 | -0,38 | 7.100 |
| 900 - 1.300 | -22.300 | -0,25 | 11.200 |
| 1.300 - 1.500 | -800 | -0,04 | 50.900 |
| 1.500 - 2.000 | -14.100 | -0,27 | 19.000 |
| 2.000 - 2.600 | -1.500 | -0,07 | 47.700 |
| 2.600 - 3.600 | -51.000 | -1,96 | 38.300 |
| 3.600 - 5.000 | 100.500 | 5,31 | 52.800 |
| über 5.000 | 42.900 | 3,20 | 74.600 |
| Zusammen | - | 5,54 | |

Quelle: Eigene Berechnungen.

³⁹ Aus der Sicht der Sozialversicherungen handelt es sich jeweils um die Arbeitnehmeranteile.

4.5 Indirekte Effekte

Zur Produktion der zusätzlichen Leistungen im Bereich der Pflege, der Bildung und der Hauswirtschaft ist nicht nur der Einsatz zusätzlicher Beschäftigter erforderlich, sondern auch der Einsatz aller Arten von Vorleistungsgütern, die bei der Produktion als eigenständige Güter untergehen. Das Ausmaß solcher indirekter Produktion und der dafür erforderlichen zusätzlichen Beschäftigung wird durch ein Input-Output-Modell errechnet, das die Vorleistungsverflechtungen zwischen den einzelnen Produktionsbereichen berücksichtigt, aus denen die Volkswirtschaft besteht.

Tabelle 4-4:

Direkte und indirekte Effekte der in Kapitel 3 modellierten Impulse

| Produktionswert | | |
|-------------------|----------------|-------|
| | Mio. € | % |
| Primärer Impuls | 21.810 | 75,4 |
| Indirekter Impuls | 7.108 | 24,6 |
| Zusammen | 28.918 | 100,0 |
| Erwerbstätige | | |
| | 1.000 Personen | % |
| Primärer Impuls | 436 | 79,0 |
| Indirekter Impuls | 116 | 21,0 |
| Zusammen | 552 | 100,0 |

Quelle: Eigene Berechnungen.

Der primäre Impuls entspricht den in Tabelle 3-12 als Summe der drei Bereiche ausgewiesenen Beträge bzw. Fallzahlen von 21,84 Milliarden Euro und 436.000 Arbeitnehmerinnen und Ar-

beitnehmern.⁴⁰ Die davon ausgelösten indirekten Impulse führen zu einer weiteren Erhöhung des Produktionswertes um 7,1 Milliarden Euro und zu einer weiteren Erhöhung der Beschäftigung um 116.000 Erwerbstätige. Die direkten Effekte machen beim Produktionswert rd. 75 Prozent und bei den Erwerbstätigen rd. 80 Prozent des Gesamteffektes aus.

Die genannte weitere Ausdehnung der Produktionswerte ist dem Betrag nach etwas geringer als der in Tabelle 3-12 ausgewiesene Betrag für „alle anderen Kosten“ der Produktion der Pflege-, Bildungs- und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Dieser Unterschied kommt zustande, weil das Verhältnis zwischen Bruttolöhnen und allen anderen Kosten sich in der zur Berechnung des indirekten Effektes verwendeten Input-Output-Tabelle 1997 des Statistischen Bundesamtes etwas anders darstellt als in der Summe über die drei untersuchten Bereiche gemäß Tabelle 3-12.

Grundsätzlich wäre die durch die indirekten Wirkungen ausgelöste zusätzliche Beschäftigung in ihren Auswirkungen auf die Verteilung der Bruttolöhne und der Haushaltsnettoeinkommen in Analogie zu der oben in Kapitel 4 dargestellten Vorgehensweise in die Darstellung einzubeziehen. Das ist jedoch unterblieben, weil die indirekt induzierte Beschäftigung breit über die Produktionsbereiche streut und eine Identifikation der „zusätzlichen“ Beschäftigten in den Daten des SOEP nicht möglich war. Daher sind die Ergebnisse des vorliegenden Kapitels und die der nachfolgenden Kapitel als Untergrenze der tatsächlichen Wirkungen aufzufassen, die um 20 Prozent bis 25 Prozent erhöht werden müssten. Insofern handelt es sich bei der Darstellung der Ergebnisse in Kapitel 6 nicht um eine kreislaufmäßig voll geschlossene Darstellung, die Wirkung der indirekten Effekte auf Produktionswert, Wertschöpfung und Beschäftigung sind aus der Untersuchung ausgeblendet.

⁴⁰ Die Zahl der Arbeitnehmer, die in Tabelle 4-13 in der Zeile Primärer Impuls genannt wird, ist mit 436.000 Personen geringer als die Zahl der Arbeitnehmer in Tabelle 3-12 mit 667.000 Personen. Der Unterschied ist durch die unterschiedlichen Produktivitäten bedingt. In den Berechnungen anhand der Input-Output-Tabelle (Tabelle 4-13) wird als Produktivität das Verhältnis zwischen dem Produktionswert und der Zahl der Erwerbstätigen des Produktionsbereiches verwendet. Die in Kapitel 3 untersuchten Expansionsmöglichkeiten der sozialen Dienstleistungen betreffen nur solche Teile der Produktionsbereiche, die mit geringeren Produktivitäten versehen sind als der Produktionsbereich insgesamt. Die Berechnungen mit dem Input-Output-Modell verwenden die Veränderungen der Produktionswerte als Vorgaben. Aus diesem Grund kommt es zu einem gemessen an den Erwerbstätigen geringeren primären Impuls. Das Verhältnis zwischen primärem und indirektem Impuls ist davon jedoch nicht berührt.

5. Einschub: Der Zusammenhang zwischen der Struktur der Produktion und der Verteilung der Einnahmen und Ausgaben

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weisen eine wichtige Lücke auf. Sie enthalten keine bzw. keine expliziten Informationen darüber, wie die Zusammensetzung der Entstehung der Einkommen nach Produktions- oder Wirtschaftsbereichen mit der Verteilung der Einnahmen auf die Sektoren und der Verwendung der Einnahmen für Ausgaben zusammenhängt.⁴¹ Wie in einer Input-Output Tabelle, die darstellt, wie Produktionsbereiche durch wechselseitige Transaktionen (Käufe von Vorleistungen und deren Produktion) miteinander verbunden sind, so kann grundsätzlich eine Matrix von Einnahmen und Ausgaben (Transaktionen und Transfers) zwischen unterschiedlichen institutionellen Einheiten aufgestellt werden. Sie würde den Zusammenhang zwischen der Struktur der Wertschöpfung und der Verteilung der Einnahmen aufzeigen.⁴² Eine solche Information wäre erforderlich, wenn es wie in der vorliegenden Studie darum geht, die Auswirkungen der Expansion der Produktion in einzelnen Wirtschaftsbereichen auf die Zusammensetzung der Einkommen zu untersuchen. Sie liegt jedoch nicht vor.

Als Vorbild und grundlegendes Muster der Darstellung, wie die Veränderung in der Struktur der Wertschöpfung auf die Verteilung der Einkommen wirkt und umgekehrt, werden im Folgenden hilfsweise auf der Grundlage der Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamtes 2007 für einzelne Produktionsbereiche provisorisch solche Informationen zusammengestellt bzw. geschätzt. Damit werden die grundsätzlichen Zusammenhänge zwischen den volkswirt-

schaftlichen Größen aufgezeigt. Dies bereitet gedanklich den Boden für eine Darstellung vor, in der die in Kapitel 4 auf der Grundlage mikroökonomischer Daten erarbeiteten Ergebnisse für die einzelnen Transfers nachgezeichnet werden, die durch eine Expansion der Produktion in einem Produktionsbereich ausgelöst werden. Die Darstellung erfolgt in Kapitel 6.

Grundsätzlich besteht für jeden Produktionsbereich der definitorische Zusammenhang, dass seine Ausgaben und seine Einnahmen identisch sind. Mit anderen Worten geht im Wirtschaftskreislauf nichts „verloren“, jeder Einnahme steht eine Ausgabe gegenüber und umgekehrt. Im Einzelnen ist die Endnachfrage nach (neuen) Produkten aus den folgenden Komponenten zusammengesetzt:

- Ausgaben für den Kauf von Faktor-Dienstleistungen für die Produktion (einschl. Vorleistungen);
- Ausgaben für indirekte Steuern (abzüglich Subventionen);
- Betriebsüberschuss.⁴³

Der definitorische Zusammenhang gilt auch dann, wenn die Transaktionen und Transfers mit der Übrigen Welt berücksichtigt werden. Die folgende Tabelle 5-1 zeigt den Zusammenhang zwischen der gesamten Verwendung und deren Komponenten einerseits und der Produktion für drei Produktionsbereiche andererseits. Die Produktion (Entstehung) ist gekennzeichnet durch den Einsatz von Ressourcen und die dafür geleisteten Entgelte. Von Bedeutung sind die Vorleistungen, d.h. die Produkte anderer Produktions-

41 Zu einer Darstellung der definitorischen Zusammenhänge siehe Pyatt, Graham 1999: Some Relationships between T-Accounts, Input-Output Tables and Social Accounting Matrices, Economic Systems Research, Vol 11, No. 4, S. 365-387.

42 „The pattern of these transfers conditions the distribution of income in exactly the same way as the pattern of interindustry transactions conditions the structure of production.“, Pyatt, a.a.O., S. 366.

43 Pyatt, a.a.O., Gleichung 3, S. 373.

bereiche, die bei der Produktion der Produkte des Produktionsbereiches untergehen, die Entgelte für den Faktoreinsatz der Arbeit, die verschiedenen indirekten Steuern als mittelbare Entgelte für die Nutzung der staatlichen Infrastruktur und der Nettobetriebsüberschuss, der die Zinsen auf das

eingesetzte Kapital bzw. das Fremdkapital einschließt. Mit der Darstellung wird die Einbindung jedes einzelnen Produktionsbereichs in den volkswirtschaftlichen Kreislauf verdeutlicht, es handelt sich aber jeweils um eine Partialbetrachtung.

Tabelle 5-1:

Identität von Aufkommen und Verwendung für ausgewählte Produktionsbereiche 2007

| | | Erziehungs- und Unterrichts-DL | DL des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens | DL privater Haushalte | Erziehungs- und Unterrichts-DL | DL des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens | DL privater Haushalte |
|---|--|--------------------------------|--|-----------------------|--------------------------------|--|-----------------------|
| | | in Mio. € | | | in % | | |
| + | Arbeitnehmerentgelt im Inland | 82.733 | 97.435 | 7.070 | 66,1 | 44,5 | 100,0 |
| - | Arbeitgeberbeiträge (1) | 17.152 | 16.761 | 160 | 13,7 | 7,7 | 2,3 |
| = | Bruttolöhne und -gehälter (1) | 65.581 | 80.674 | 6.910 | 52,4 | 36,8 | 97,7 |
| - | Arbeitnehmerbeiträge (1) | 13.596 | 13.878 | 156 | 10,9 | 6,3 | 2,2 |
| = | Nettolöhne vor Steuern (1) | 51.984 | 66.796 | 6.754 | 41,6 | 30,5 | 95,5 |
| + | Sonstige Produktionsabgaben abzüglich sonstige Subventionen | - 439 | - 4.103 | - | - 0,4 | - 1,9 | - |
| + | Abschreibungen | 8.878 | 17.630 | - | 7,1 | 8,0 | - |
| + | Nettobetriebsüberschuss | 4.389 | 41.695 | - | 3,5 | 19,0 | - |
| = | Bruttowertschöpfung | 95.561 | 152.657 | 7.070 | 76,4 | 69,7 | 100,0 |
| + | Importe gleichartiger Güter zu cif-Preisen | - | - | - | - | - | - |
| + | Vorleistungen der Produktionsbereiche zu Herstellungspreisen | 25.740 | 57.919 | - | 20,6 | 26,4 | - |
| | Produktionsbereich für sich selbst (Element der Hauptdiagonalen) | 10.862 | 4.722 | - | 8,7 | 2,2 | - |
| | Vorleistungen anderer Produktionsbereiche | 14.878 | 53.197 | - | 11,9 | 24,3 | - |
| + | Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen | 3.802 | 8.493 | - | 3,0 | 3,9 | - |
| = | Gesamtes Aufkommen an Gütern zu Anschaffungspreisen | 125.103 | 219.069 | 7.070 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |
| + | Vorleistungen für andere Wirtschaftsbereiche | 22.182 | 6.340 | - | 17,7 | 2,9 | - |
| + | Konsumausgaben privater Haushalte im Inland | 14.488 | 55.952 | 7.070 | 11,6 | 25,5 | 100,0 |
| + | Konsumausgaben privater Organisationen ohne Erwerbszweck | 9.289 | 10.088 | - | 7,4 | 4,6 | - |
| + | Konsumausgaben des Staates | 79.144 | 146.689 | - | 63,3 | 67,0 | - |
| + | Anlageinvestitionen | - | - | - | - | - | - |
| + | Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen | - | - | - | - | - | - |
| + | Exporte, fob | - | - | - | - | - | - |
| = | Gesamte Verwendung von Gütern zu Anschaffungspreisen | 125.103 | 219.069 | 7.070 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |

(1) Eigene Schätzung, berechnet nach Ergebnissen der Inlandsproduktberechnung für Wirtschaftsbereiche.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Input-Output-Tabelle 2007, eigene Zusammenstellung.

Wie an anderer Stelle schon vermerkt, macht die Tabelle deutlich, dass es in diesen Produktionsbereichen auf der Aufkommenseite keine Importe gleichartiger Güter und auf der Verwendungsseite keine Exporte gibt, so dass die außenwirtschaftlichen Zusammenhänge vernachlässigt werden können.

Im Folgenden werden die Daten der Staffeldrechnung⁴⁴ entsprechend Tabelle 5-1 für jeden einzelnen Produktionsbereich in Einnahmen und Ausgaben von Sektoren umgesetzt. Die Darstellungsweise ist die eines Kontensystems mit doppeltem Eintrag jeder Transaktion auf der Einnah-

meseite und auf der Ausgabenseite. Die Darstellung behandelt jeden Produktionsbereich als eine Einheit, unbeschadet des Umstandes, dass die Produktion in verschiedenen Sektoren stattfinden kann. Beispielsweise wird der Produktionsbereich Erziehung und Unterricht so behandelt, als ob alle Produktion im Sektor Staat stattfinden würde. Tatsächlich findet Produktion auch im Sektor Private Haushalte statt (bei den zu dem Sektor gehörenden Organisationen ohne Erwerbszweck), und in geringem Umfang auch im Sektor Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften.

44 In einer Staffeldrechnung wird, ausgehend von einer nach einem Konzept definierten Größe, der Übergang zu einer nach einem anderen Konzept definierten Größe durch Addition und Subtraktion von Übergangsgrößen dargestellt. Beispiel ist der Übergang von den Brutto(Primär)einkommen der privaten Haushalte zu deren Nettoeinkommen, indem geleistete Transfers abgezogen und empfangene Transfers hinzuaddiert werden. Ein anderes Beispiel ist der Übergang vom Bruttoinlandsprodukt zum Volkseinkommen.

Tabelle 5-2:

Einnahmen und Ausgaben der Sektoren aus dem Produktionsbereich Erziehungs- und Unterrichtsdienstleistungen 2007

| Einnahmen | Mio. € | Mio. € | Ausgaben |
|---|----------------|----------------|---|
| Erziehungs- und Unterrichtsdienstleistungen (EuU-DL) | | | |
| Vorleistungen für andere Wirtschaftsbereiche | 22.182 | 10.862 | Produktionsbereich für sich selbst (Element der Hauptdiagonalen) |
| Produktionsbereich für sich selbst (Element der Hauptdiagonalen) | 10.862 | 14.878 | Vorleistungen anderer Produktionsbereiche |
| Konsumausgaben privater Haushalte im Inland | 14.488 | 17.152 | Arbeitgeberbeiträge (1) |
| Konsumausgaben privater Organisationen ohne Erwerbszweck | 9.289 | 13.596 | Arbeitnehmerbeiträge (1) |
| Konsumausgaben des Staates | 79.144 | 51.984 | Nettolöhne vor Steuern (1) |
| | | -439 | Sonstige Produktionsabgaben abzüglich sonstige Subventionen |
| | | 8.878 | Abschreibungen |
| | | 4.389 | Nettobetriebsüberschuss |
| | | 3.802 | Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen |
| Zusammen | 135.965 | 125.103 | Zusammen |
| | | 10.862 | Saldo |
| Alle anderen Produktionsbereiche | | | |
| Vorleistungen für EuU-DL | 14.878 | 22.182 | Vorleistungen EuU-DL für andere Wirtschaftsbereiche |
| Zusammen | 14.878 | 22.182 | Zusammen |
| Saldo | 7.304 | | |
| Private Haushalte | | | |
| Nettolöhne vor Steuern (1) | 51.984 | 14.488 | Konsumausgaben privater Haushalte im Inland |
| Nettobetriebsüberschuss | 4.389 | 9.289 | Konsumausgaben privater Organisationen ohne Erwerbszweck |
| Zusammen | 56.373 | 23.777 | Zusammen |
| | | 32.596 | Saldo |
| Gebietskörperschaften | | | |
| Sonstige Produktionsabgaben abzüglich sonstige Subventionen | -439 | 79.144 | Konsumausgaben des Staates |
| Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen | 3.802 | | |
| Zusammen | 3.363 | 79.144 | Zusammen |
| Saldo | 75.781 | | |
| Sozialversicherungen | | | |
| Arbeitgeberbeiträge (1) | 17.152 | | |
| Arbeitnehmerbeiträge (1) | 13.596 | | |
| Zusammen | 30.749 | - | Zusammen |
| | | 30.749 | Saldo |
| Vermögensänderung | | | |
| Abschreibungen | 8.878 | (9.320) | (Bruttoinvestitionen) |
| Zusammen | 8.878 | - | Zusammen |
| | | 8.878 | Saldo |
| Summe der Salden | | | |
| Zusammen | 83.085 | 83.085 | Zusammen |

1) Eigene Schätzung, berechnet nach Ergebnissen der Inlandsproduktberechnung für Wirtschaftsbereiche.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Input-Output-Tabelle 2007, eigene Zusammenstellung.

Die Privaten Haushalte tätigen Ausgaben für die Produkte des Produktionsbereiches (die Konsumausgaben), denen Einnahmen aus Nettolöhnen und aus dem Betriebsüberschuss gegenüberstehen. Per Saldo erzeugt der Produktionsbereich für die Privaten Haushalte erheblich mehr Einnahmen als er Ausgaben verursacht. Die Ursache hierfür besteht darin, dass die Ausgaben ganz überwiegend von den Gebietskörperschaften getragen werden. Deren Einnahmen aus indirekten Steuern, die ihnen aus dem Produktionsbereich zufließen, sind sehr gering. Die Sozialversicherungen erzielen hohe Einnahmen aus den Sozialversicherungsbeiträgen, sind aber an der Nach-

frage nach den Produkten (der Finanzierung der Produktion) nicht beteiligt. Die Abschreibungen fließen als Einnahme auf ein Vermögensänderungskonto, dem ggf. Bruttoinvestitionen als Ausgaben gegenüberstehen (in Klammern nachrichtlich dargestellt). Für die Produktion des Produktionsbereiches werden Vorleistungen aus der Produktion anderer Produktionsbereiche benötigt, umgekehrt fungieren die Produkte des Produktionsbereiches ihrerseits Vorleistungen für die Produktion anderer Produktionsbereiche. Die Summe der Einnahmen ist gleich der Summe der Ausgaben bzw. die Summen der Salden der einzelnen Sektoren sind gleich.

Tabelle 5-3:

Einnahmen und Ausgaben der Sektoren aus dem Produktionsbereich Dienstleistungen des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens 2007

| Einnahmen | Mio. € | Mio. € | Ausgaben |
|---|----------------|----------------|---|
| Dienstleistungen des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens | | | |
| Vorleistungen für andere Wirtschaftsbereiche | 6.340 | 4.722 | Produktionsbereich für sich selbst (Element der Hauptdiagonalen) |
| Produktionsbereich für sich selbst (Element der Hauptdiagonalen) | 4.722 | 53.197 | Vorleistungen anderer Produktionsbereiche |
| Konsumausgaben privater Haushalte im Inland | 55.952 | 16.761 | Arbeitgeberbeiträge (1) |
| Konsumausgaben privater Organisationen ohne Erwerbszweck | 10.088 | 13.878 | Arbeitnehmerbeiträge (1) |
| Konsumausgaben des Staates | 146.689 | 66.796 | Nettolöhne vor Steuern (1) |
| | | -4.103 | Sonstige Produktionsabgaben abzüglich sonstige Subventionen |
| | | 17.630 | Abschreibungen |
| | | 41.695 | Nettobetriebsüberschuss |
| | | 8.493 | Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen |
| Zusammen | 223.791 | 219.069 | Zusammen |
| | | 4.722 | Saldo |
| Alle anderen Produktionsbereiche | | | |
| Vorleistungen für EuU-DL | 53.197 | 6.340 | Vorleistungen EuU-DL für andere Wirtschaftsbereiche |
| Zusammen | 53.197 | 6.340 | Zusammen |
| | | 46.857 | Saldo |
| Private Haushalte | | | |
| Nettolöhne vor Steuern (1) | 66.796 | 55.952 | Konsumausgaben privater Haushalte im Inland |
| Nettobetriebsüberschuss | 41.695 | 10.088 | Konsumausgaben privater Organisationen ohne Erwerbszweck |
| Zusammen | 108.491 | 66.040 | Zusammen |
| | | 42.451 | Saldo |
| Gebietskörperschaften | | | |
| Sonstige Produktionsabgaben abzüglich sonstige Subventionen | -4.103 | | |
| Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen | 8.493 | | |
| Zusammen | 4.390 | - | Zusammen |
| | | 4.390 | Saldo |
| Sozialversicherungen | | | |
| Arbeitgeberbeiträge (1) | 16.761 | 146.689 | Konsumausgaben des Staates |
| Arbeitnehmerbeiträge (1) | 13.878 | | |
| Zusammen | 30.639 | 146.689 | Zusammen |
| Saldo | 116.050 | | |
| Vermögensänderung | | | |
| Abschreibungen | 17.630 | (25.020) | (Bruttoinvestitionen) |
| Zusammen | 17.630 | - | Zusammen |
| | | 17.630 | Saldo |
| Summe der Salden | | | |
| Zusammen | 116.050 | 116.050 | Zusammen |

(1) Eigene Schätzung, berechnet nach Ergebnissen der Inlandsproduktberechnung für Wirtschaftsbereiche.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Input-Output-Tabelle 2007, eigene Zusammenstellung.

Im Produktionsbereich Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sind die Sozialversicherungen (die gesetzliche Krankenversicherung) der größte Auftraggeber. Zu einem gewissen Teil finanzieren die Einnahmen aus den Sozialversicherungsbeiträgen der Beschäftigten im Produktionsbereich die Ausgaben der Sozialversicherung, dabei ist jedoch zu beachten, dass der größere Teil der Einnahmen der Sozialversicherungen auf die Rentenversicherung entfällt. Die Privaten Haushalte erzielen aus Nettolöhnen

und Betriebsüberschüssen Einnahmen, die weit höher sind als ihre Konsumausgaben für die Erzeugnisse des Produktionsbereichs. Die Ursache dafür ist die bereits erwähnte „Umwegfinanzierung“ über Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Sozialversicherung. Zu den Konsumausgaben der Privaten Haushalte zählen in diesem Produktionsbereich im Wesentlichen die Ausgaben der privat Krankenversicherten sowie die Eigenbeiträge der gesetzlich Versicherten.

Tabelle 5-4:

Einnahmen und Ausgaben der Sektoren aus dem Produktionsbereich Dienstleistungen der Privaten Haushalte 2007

| Einnahmen | Mio. € | Mio. € | Ausgaben |
|---|--------------|--------------|---|
| Dienstleistungen Privater Haushalte (hauswirtschaftliche Dienstleistungen) | | | |
| Vorleistungen für andere Wirtschaftsbereiche | – | – | Produktionsbereich für sich selbst (Element der Hauptdiagonalen) |
| Produktionsbereich für sich selbst (Element der Hauptdiagonalen) | – | – | Vorleistungen anderer Produktionsbereiche |
| Konsumausgaben privater Haushalte im Inland | 7.070 | 160 | Arbeitgeberbeiträge (1) |
| Konsumausgaben privater Organisationen ohne Erwerbszweck | – | 156 | Arbeitnehmerbeiträge (1) |
| Konsumausgaben des Staates | – | 6.754 | Nettolöhne vor Steuern (1) |
| | | – | Sonstige Produktionsabgaben abzüglich sonstige Subventionen |
| | | – | Abschreibungen |
| | | – | Nettobetriebsüberschuss |
| | | – | Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen |
| Zusammen | 7.070 | 7.070 | Zusammen |
| | | – | Saldo |
| Alle anderen Produktionsbereiche | | | |
| Vorleistungen für EuU-DL | – | – | Vorleistungen EuU-DL für andere Wirtschaftsbereiche |
| Zusammen | – | – | Zusammen |
| | | – | Saldo |
| Private Haushalte | | | |
| Nettolöhne vor Steuern (1) | 6.754 | 7.070 | Konsumausgaben privater Haushalte im Inland |
| Nettobetriebsüberschuss | – | – | Konsumausgaben privater Organisationen ohne Erwerbszweck |
| Zusammen | 6.754 | 7.070 | Zusammen |
| | | -316 | Saldo |
| Gebietskörperschaften | | | |
| Sonstige Produktionsabgaben abzüglich sonstige Subventionen | – | | |
| Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen | – | | |
| Zusammen | – | – | Zusammen |
| | | – | Saldo |
| Sozialversicherungen | | | |
| Arbeitgeberbeiträge (1) | 160 | – | Konsumausgaben des Staates |
| Arbeitnehmerbeiträge (1) | 156 | | |
| Zusammen | 316 | – | Zusammen |
| Saldo | -316 | | |
| Vermögensänderung | | | |
| Abschreibungen | – | – | |
| Zusammen | – | – | Zusammen |
| | – | – | Saldo |
| Summe der Salden | | | |
| Zusammen | -316 | -316 | Zusammen |

(1) Eigene Schätzung, berechnet nach Ergebnissen der Inlandsproduktberechnung für Wirtschaftsbereiche.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Input-Output-Tabelle 2007, eigene Zusammenstellung.

Der Produktionsbereich Dienstleistungen der Privaten Haushalte steht mit den anderen Produktionsbereichen und Sektoren nur wenig im Zusammenhang. Er verwendet keine Vorleistungen anderer Produktionsbereiche und gibt an sie keine Vorleistungsgüter ab. Einzig die Privaten Haushalte treten als Nachfrager auf, und (kleine) Beträge fließen an die Sozialversicherung.

Der oben dargestellte Zusammenhang zwischen der Produktion einzelner Produktionsbereiche, den dabei geschaffenen Einkommen sowie den Einnahmen und Ausgaben der Sektoren

ist beispielhaft und dient als Muster für die Darstellung der Ergebnisse der konkreten Berechnungen zu den Auswirkungen einer Expansion der sozialen Dienstleistungen. Sie werden im folgenden Kapitel 6 vorgestellt. Dabei werden die Ergebnisse des vorliegenden Kapitels als Darstellungsmuster verwendet. In Kapitel 6 werden die zugehörigen Daten nicht aus der Input-Output-Tabelle entnommen, sondern sind das Ergebnis der mikroökonomischen Analyse des Impulses der Expansion der sozialen Dienstleistungen von Kapitel 4.

6. Auswirkungen auf die Salden der Einnahmen und der Ausgaben der Sektoren

Im Folgenden werden die Folgen einer Ausweitung der Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen (Kapitel 3 und Kapitel 4) nach dem Muster der in Kapitel 5 dargestellten kreislaufmäßigen Zusammenhänge analysiert. Unmittelbare Folge der Ausweitung der Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen, wie sie in Kapitel 3 entfaltet worden sind, sind höhere Ausgaben bei den nachfragenden Sektoren. Im Zuge der sich anschlie-

ßenden Verteilungs- und Umverteilungsprozesse (Kapitel 4) stehen dem teilweise erhöhte Einnahmen gegenüber. Die Ausgangssituation mit erhöhten Ausgaben in der Gliederung nach Sektoren ist in Übersicht 6-1 dargestellt. Das Gegenstück zu den erhöhten Ausgaben der nachfragenden Sektoren sind die Einnahmen der drei Produktionsbereiche⁴⁵.

Übersicht 6 - 1:

Ausgaben und Einnahmen der Sektoren nach dem ersten Impuls

| Private Haushalte | Mrd. € | Sozialversicherungen | Mrd. € |
|---------------------------------------|-------------|--------------------------------------|--------------|
| Ausgaben | 7,99 | Ausgaben | 8,30 |
| Ausgaben für den privaten Konsum | 7,99 | Pflegekassen | 8,30 |
| für Pflege | 6,10 | | |
| Elternbeiträge für unter Dreijährige | 0,93 | | |
| für hauswirtschaftl. Dienstleistungen | 0,95 | | |
| Gebietskörperschaften | Mrd. € | Die drei Produktionsbereiche | Mrd. € |
| Ausgaben | 5,55 | Einnahmen | 21,84 |
| Sozialhilfe bei Pflege | 3,05 | für Pflege | 17,45 |
| Zuschüsse für unter Dreijährige | 2,50 | für Betreuung von unter Dreijährigen | 3,44 |
| | | für Haushaltshilfe | 0,95 |

Quelle: Eigene Berechnungen.

45 Die betreffenden drei Produktionsbereiche „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“, „Bildung und Erziehung“ sowie „Häusliche Dienste“ sind hier der Einfachheit halber „Die drei Produktionsbereiche“ genannt worden. Das dient auch dazu, sie von den „anderen“ Produktionsbereichen (das sind alle übrigen) zu unterscheiden.

Die erhöhte Nachfrage hat höhere Lohnzahlungen der Produktionsbereiche zur Folge, zieht aber auch erhöhte andere Ausgaben nach sich, die bei den Produktionsbereichen erforderlich sind, wie insbesondere Sachkosten und Ausgaben für den Gebäudeunterhalt. Andererseits entstehen für die drei genannten Gruppen von Kostenträgern auch zusätzliche Einnahmen. Das wichtigste Element sind die Bruttolöhne und -gehälter, die Einnahmen der Privaten Haushalte sind. Von den erhöhten Bruttolöhnen werden Veränderungen bei Transferzahlungen ausgelöst. Sie sind in Kapitel 4 dargestellt worden. Die veränderten Transferzahlungen führen unter anderem zu höheren Einnahmen der Sozialversicherungen und der Gebietskörperschaften. Damit werden die höheren Ausgaben für das erhöhte Leistungsniveau teilweise „gegenfinanziert“. Die Darstellung der Ergebnisse folgt dem Muster, das in Kapitel 5 auf der Grundlage von Daten aus der Input-Output-Tabelle 2007 des Statistischen Bundesamtes entwickelt worden ist⁴⁶.

Entsprechend dem Muster werden die durch die Realisierung der Nachfrageimpulse angestoßenen Veränderungen der Einnahmen und der Ausgaben der drei Gruppen von Wirtschaftseinheiten (Sektoren im Sprachgebrauch der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen)

- private Haushalte,
- Sozialversicherungen und
- Gebietskörperschaften

einander gegenübergestellt und bilanziert. Die korrespondierenden Einnahmen und Ausgaben der Produktionsbereiche sind in zwei Panels zusammengefasst, von denen das eine die drei Produktionsbereiche umfasst, bei denen Veränderungen der Nachfrage unterstellt worden sind

(Pflege als Teil des „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens“, Betreuung der unter Dreijährigen als Teil von „Bildung und Erziehung“ sowie „Häusliche Dienste“). Das andere Panel umfasst alle anderen Produktionsbereiche.

Das linke Panel von Übersicht 6-2 entspricht Tabelle 4-2 mit dem Unterschied, dass es zusätzlich die erhöhten Ausgaben enthält, die von den Privaten Haushalten getragen werden, um das erhöhte Leistungsniveau zu finanzieren. Das mittlere und das rechte Panel von Übersicht 6-1 stellen die Einnahmen und die Ausgaben einerseits der verschiedenen Sozialversicherungszweige und andererseits der Gebietskörperschaften⁴⁷ zusammen, die aus den Transferzahlungen und dem Finanzierungsanteil für das erhöhte Leistungsniveau resultieren.

Die Salden der Privaten Haushalte, der Sozialversicherung und der Gebietskörperschaften sind negativ. Das bedeutet, dass die hier betrachteten Einnahmen zunächst nicht ausreichen, um das erhöhte Leistungsniveau vollständig zu finanzieren. Die verbleibende Lücke wird durch den in Kapitel 4.5 dargestellten indirekten Effekt geschlossen, der durch das erhöhte Leistungsniveau der Volkswirtschaft angestoßen wird. Er umfasst indirekte Effekte, die durch die Käufe von Vorleistungsgütern entstehen, die für die Produktion der untersuchten Güter verwendet werden und dabei untergehen. Für den indirekten Effekt sind im Rahmen des vorliegenden Forschungsvorhabens keine detaillierten Verteilungs- und Umverteilungswirkungen berechnet worden, wie für den direkten Effekt. In Übersicht 6-2 ist diese offene Seite durch die Leerstelle bei den Ausgaben der übrigen Produktionsbereiche gekennzeichnet.

46 Abschreibungen, indirekte Steuern und Betriebsüberschüsse können hier anders als in Kapitel 5 mangels Kenntnis der genauen Kostenstruktur der untersuchten Produktionsbereiche nicht gesondert dargestellt werden.

47 Bund, Länder und Gemeinden.

Übersicht 6-2:

Einnahmen, Ausgaben und Salden nach Sektoren

| Private Haushalte | Mrd. € | Sozialversicherungen | Mrd. € | Gebietskörperschaften | Mrd. € |
|--------------------------------------|--------------|--------------------------------------|---------------|--|---------------|
| Einnahmen | 11,40 | Einnahmen | 5,07 | Einnahmen | 3,85 |
| Bruttolohnsumme | 13,52 | Rentenversicherung | 2,79 | Einkommensteuer | 3,69 |
| Transfereinnahmen | -2,12 | Krankenversicherung | 1,65 | Solidaritätszuschlag | 0,16 |
| ALG I | -1,03 | Arbeitslosenversicherung | 0,39 | | |
| ALG II | -0,82 | Pflegeversicherung | 0,24 | | |
| Sozialhilfe | -0,11 | | | | |
| Kinderzuschlag | 0,07 | | | | |
| Wohngeld | -0,23 | | | | |
| Ausgaben | 14,37 | Ausgaben | 7,27 | Ausgaben | 4,46 |
| Ausgaben für den privaten Konsum | 7,99 | Pflegekassen | 8,30 | Sozialhilfe bei Pflege | 3,05 |
| für Pflege | 6,10 | ALG I | -1,03 | Zuschüsse für unter Dreijährige | 2,50 |
| Elternbeiträge für unter Dreijährige | 0,93 | | | ALG II | -0,82 |
| für hauswirtschaftl. DL | 0,95 | | | Sozialhilfe | -0,11 |
| Transferausgaben | 6,38 | | | Kinderzuschlag | 0,07 |
| Rentenversicherung | 1,39 | | | Wohngeld | -0,23 |
| Krankenversicherung | 0,83 | | | | |
| Arbeitslosenversicherung | 0,20 | | | | |
| Pflegeversicherung | 0,12 | | | | |
| Einkommensteuer | 3,69 | | | | |
| Solidaritätszuschlag | 0,16 | | | | |
| Saldo | -2,96 | Saldo | -2,20 | Saldo | -0,62 |
| | | Die drei Produktionsbereiche | Mrd. € | Alle anderen Produktionsbereiche | Mrd. € |
| | | Einnahmen | 21,84 | Einnahmen | 5,78 |
| | | für Pflege | 17,45 | Pflege | 5,69 |
| | | für Betreuung von unter Dreijährigen | 3,44 | Betreuung unter Dreijährige | 0,09 |
| | | für Haushaltshilfe | 0,95 | Hauswirtsch. DL | 0,00 |
| | | | | | |
| | | | | | |
| | | | | | |
| | | Ausgaben | 21,84 | Ausgaben (wird nicht weiter verfolgt) | |
| | | Arbeitnehmerentgelte | 16,06 | | |
| | | Arbeitgeberbeiträge | 2,53 | | |
| | | Bruttolohnsumme | 13,52 | | |
| | | für alle anderen Kosten | 5,78 | | |
| | | Pflege | 5,69 | | |
| | | Betreuung unter Dreijährige | 0,09 | | |
| | | Hauswirtsch. DL | 0,00 | | |
| | | | | | |
| | | | | | |
| | | | | | |
| | | Saldo | 0,00 | Saldo | 5,78 |

Quelle: Eigene Berechnungen.

Alle Eintragungen in Übersicht 6-2 sind aus den Ergebnissen von Tabelle 3-12 abgeleitet. Um dies zu verdeutlichen, werden in Übersicht 6-3 zeilenweise die einzelnen „Buchungssätze“ no-

tiert, auf der linken Seite die Ausgaben und auf der rechten Seite die entsprechenden Einnahmen. Der jeweilige Sektor, der die Ausgabe leistet bzw. die Einnahme empfängt, ist angegeben.

Übersicht 6-3:

Buchungssätze zur Ableitung von Übersicht 6-2 aus Tabelle 3-12

| Ausgabe | | | Einnahme | | |
|---------|--------------------------------------|--------|----------|--------------------------------------|--------|
| Sektor | Text | Betrag | Sektor | Text | Betrag |
| DPB | Arbeitgeberbeiträge | 2,53 | SV | Arbeitgeberbeiträge | 2,53 |
| DPB | Bruttolohnsumme | 13,52 | PHH | Bruttolohnsumme | 13,52 |
| DPB | Pflege | 5,69 | ÜPB | Pflege | 5,69 |
| DPB | Betreuung unter Dreijährige | 0,09 | ÜPB | Betreuung unter Dreijährige | 0,09 |
| DPB | Hauswirtsch. DL | 0,00 | ÜPB | Hauswirtsch. DL | 0,00 |
| PHH | für Pflege | 6,10 | DPB | für Pflege | 6,10 |
| PHH | Elternbeiträge für unter Dreijährige | 0,93 | DPB | Elternbeiträge für unter Dreijährige | 0,93 |
| PHH | für hauswirtschaftl. DL | 0,95 | DPB | für hauswirtschaftl. DL | 0,95 |
| PHH | Rentenversicherung | 1,39 | SV | Rentenversicherung | 1,39 |
| PHH | Krankenversicherung | 0,83 | SV | Krankenversicherung | 0,83 |
| PHH | Arbeitslosenversicherung | 0,20 | SV | Arbeitslosenversicherung | 0,20 |
| PHH | Pflegeversicherung | 0,12 | SV | Pflegeversicherung | 0,12 |
| PHH | Einkommensteuer | 3,69 | GK | Einkommensteuer | 3,69 |
| PHH | Solidaritätszuschlag | 0,16 | GK | Solidaritätszuschlag | 0,16 |
| SV | Pflegekassen | 8,30 | DPB | Pflegekassen | 8,30 |
| SV | ALG I | -1,03 | PHH | ALG I | -1,03 |
| GK | Sozialhilfe bei Pflege | 3,05 | DPB | Sozialhilfe bei Pflege | 3,05 |
| GK | Zuschüsse für unter Dreijährige | 2,50 | DPB | Zuschüsse für unter Dreijährige | 2,50 |
| GK | ALG II | -0,82 | PHH | ALG II | -0,82 |
| GK | Sozialhilfe | -0,11 | PHH | Sozialhilfe | -0,11 |
| GK | Kinderzuschlag | 0,07 | PHH | Kinderzuschlag | 0,07 |
| GK | Wohngeld | -0,23 | PHH | Wohngeld | -0,23 |

DPB Die drei Produktionsbereiche
ÜPB Übrige Produktionsbereiche
PHH Private Haushalte
SV Sozialversicherungen
GK Gebietskörperschaften

Quelle: Eigene Berechnungen.

Eine andere Art der Darstellung der Ergebnisse von Übersicht 6-2 ist die einer Matrixform. Statt wie in Übersicht 6-2 für jede Transaktion zwei Eintragungen (Ausgabe, Einnahme) vorzusehen, wird in der Matrixdarstellung für jede Transak-

tion nur eine Eintragung vorgenommen. Übersicht 6-4 zeigt das Ergebnis. In Übersicht 6-4 sind jeweils alle Transaktionen, die von einem Sektor in einen anderen fließen, zu einem Betrag zusammengefasst.

Übersicht 6-4:

Die Ergebnisse von Übersicht 6-2 in Matrixdarstellung

| An Von | Die drei Produktionsbereiche | Alle anderen Produktionsbereiche | Private Haushalte | Sozialversicherungen | Gebietskörperschaften | Summe Ausgaben |
|----------------------------------|------------------------------|----------------------------------|-------------------|----------------------|-----------------------|----------------|
| Die drei Produktionsbereiche | 0,00 | 5,78 | 13,52 | 2,53 | 0,00 | 21,84 |
| Alle anderen Produktionsbereiche | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Private Haushalte | 7,99 | 0,00 | 0,00 | 2,53 | 3,85 | 14,37 |
| Sozialversicherungen | 8,30 | 0,00 | -1,03 | 0,00 | 0,00 | 7,27 |
| Gebietskörperschaften | 5,55 | 0,00 | -1,09 | 0,00 | 0,00 | 4,46 |
| Summe Einnahmen | 21,84 | 5,78 | 11,40 | 5,07 | 3,85 | 47,94 |
| Saldo: Einnahmen minus Ausgaben | 0,00 | 5,78 | -2,96 | -2,20 | -0,62 | 0,00 |

Quelle: Eigene Berechnungen.

Ausgehend von Übersicht 6-2 werden im folgenden Schritt (Übersicht 6-5) die Wirkungen der indirekten Effekte hilfsweise überschlägig in die Kreislaufzusammenhänge integriert. Es wird unterstellt, dass alle indirekten Effekte sich in Arbeitnehmerentgelte überführen lassen. Dabei handelt es sich um ein gedankliches Konstrukt, das dem Konzept der „vertically integrated sectors“ ähnelt, in dem die gesamte Beschäftigung unter Einbeziehung der Vorleistungsverflechtung auf die Produktionsbereiche aufgeteilt wird.⁴⁸

Die Darstellung in Übersicht 6-5 beruht – anders als Übersicht 6-2 – nicht auf den Ergebnissen eines mikroökonomischen Modells, sondern stellt für den indirekten Effekt das Ergebnis einer vereinfachten Schätzung dar, mit der die Wirkungen der zusätzlichen, durch den indirekten Effekt ausgelösten Beschäftigung in Übersicht 6-2 integriert werden.

48 Mary Gregory und Giovanni Russo: The Employment Impact of Differences in Demand and Production Structures. DEMPATEM Working Paper No. 10, February 2004. „The key concept utilized is the employment generated economy-wide in supplying each product or service of final demand, including all stages in the suppl chain – the concept of the “vertically integrated Sector.“ Ebenda, S. II.

Übersicht 6-5:

Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssalden nach Sektoren mit Integration des indirekten Impulses

| Private Haushalte | Mrd. € | Sozialversicherungen | Mrd. € | Gebietskörperschaften | Mrd. € |
|--------------------------------------|--------------|--------------------------|--------------|---------------------------------|-------------|
| Einnahmen | 15,51 | Einnahmen | 6,89 | Einnahmen | 5,23 |
| Bruttolohnsumme | 18,39 | Rentenversicherung | 3,79 | Einkommensteuer | 5,02 |
| Transfereinnahmen | -2,89 | Krankenversicherung | 2,25 | Solidaritätszuschlag | 0,22 |
| ALG I | -1,40 | Arbeitslosenversicherung | 0,53 | | |
| ALG II | -1,11 | Pflegeversicherung | 0,32 | | |
| Sozialhilfe | -0,15 | | | | |
| Kinderzuschlag | 0,10 | | | | |
| Wohngeld | -0,32 | | | | |
| Ausgaben | 16,66 | Ausgaben | 6,90 | Ausgaben | 4,07 |
| Ausgaben für den privaten Konsum | 7,99 | Pflegekassen | 8,30 | Sozialhilfe bei Pflege | 3,05 |
| für Pflege | 6,10 | ALG I | -1,40 | Zuschüsse für unter Dreijährige | 2,50 |
| Elternbeiträge für unter Dreijährige | 0,93 | | | ALG II | -1,11 |
| für hauswirtschaftl. DL | 0,95 | | | Sozialhilfe | -0,15 |
| Transferausgaben | 8,68 | | | Kinderzuschlag | 0,10 |
| Rentenversicherung | 1,89 | | | Wohngeld | -0,32 |
| Krankenversicherung | 1,12 | | | | |
| Arbeitslosenversicherung | 0,27 | | | | |
| Pflegeversicherung | 0,16 | | | | |
| Einkommensteuer | 5,02 | | | | |
| Solidaritätszuschlag | 0,22 | | | | |
| Saldo | -1,16 | Saldo | -0,01 | Saldo | 1,16 |

| Die drei Produktionsbereiche | Mrd. € |
|--------------------------------------|--------------|
| Einnahmen | 21,84 |
| für Pflege | 17,45 |
| für Betreuung von unter Dreijährigen | 3,44 |
| für Haushaltshilfe | 0,95 |
| | |
| | |
| | |
| | |
| Ausgaben | 21,84 |
| Arbeitnehmerentgelte | 16,06 |
| Arbeitgeberbeiträge | 2,53 |
| Bruttolohnsumme | 13,52 |
| für alle anderen Kosten | 5,78 |
| Pflege | 5,69 |
| Betreuung unter Dreijährige | 0,09 |
| Hauswirtsch. DL | 0,00 |
| | |
| | |
| | |
| Saldo | 0,00 |

| Alle anderen Produktionsbereiche | Mrd. € |
|----------------------------------|-------------|
| Einnahmen | 5,78 |
| Pflege | 5,69 |
| Betreuung unter Dreijährige | 0,09 |
| Hauswirtsch. DL | 0,00 |
| | |
| | |
| | |
| | |
| Ausgaben | 5,78 |
| Arbeitnehmerentgelte | 5,78 |
| Arbeitgeberbeiträge | 0,91 |
| Bruttolohnsumme | 4,87 |
| | |
| | |
| | |
| | |
| Saldo | 0,00 |

Quelle: Eigene Berechnungen.

Die Summe der Salden aller Sektoren wird durch diese Operation null, es bleibt kein „offener“ Rest. Im Ergebnis erzielen die Gebietskörperschaften einen leicht positiven Saldo der Einnahmen über die Ausgaben, während bei den

Privaten Haushalten ein leicht negativer Saldo verbleibt. Es werden keine weiteren Annahmen getroffen, die die Höhe und das Vorzeichen der Salden betreffen.

Übersicht 6-6:

Die Ergebnisse von Übersicht 6-5 in Matrixdarstellung

| An Von | Private Haushalte | Die drei Produktionsbereiche | Alle anderen Produktionsbereiche | Sozialversicherungen | Gebietskörperschaften | Summe Ausgaben |
|----------------------------------|-------------------|------------------------------|----------------------------------|----------------------|-----------------------|----------------|
| Private Haushalte | 0,00 | 7,99 | | 2,53 | 3,85 | 14,37 |
| Die drei Produktionsbereiche | 13,52 | 0,00 | 5,78 | 2,53 | 0,00 | 21,84 |
| Alle anderen Produktionsbereiche | 2,96 | 0,00 | 0,00 | 2,20 | 0,62 | 5,78 |
| Sozialversicherungen | -1,03 | 8,30 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 7,27 |
| Gebietskörperschaften | -1,09 | 5,55 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 4,46 |
| Summe Einnahmen | 14,36 | 21,84 | 5,78 | 7,27 | 4,47 | 53,72 |
| Saldo: Einnahmen minus Ausgaben | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |

Quelle: Eigene Berechnungen.

7. Auswirkungen auf die Sparquote und den Konsum der Privaten Haushalte

Die in Kapitel 3 beschriebenen zusätzlichen Ausgaben für bestimmte soziale Konsumgüter, die in Kapitel 4 dargestellten Verschiebungen im Niveau und in der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen sowie die in Kapitel 6 beschriebenen Verschiebungen zwischen den Salden der Sektoren haben Auswirkungen auf die durchschnittliche, gesamtwirtschaftliche Sparquote der Privaten Haushalte und auf die Zusammensetzung des privaten Konsums. Die Auswirkungen werden in dem folgenden Abschnitt behandelt.

Ausgangspunkt sind jeweils die Höhe der verfügbaren Mittel der Privaten Haushalte und die Zusammensetzung der Ausgaben, wie sie als Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchstichprobe 2008 festgestellt worden sind. Tabelle 7-1 zeigt die entsprechenden Ergebnisse. Es handelt sich – abweichend von den Darstellungskonventionen der EVS – nicht um Euro pro Haushalt und Monat, sondern um die jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Größen.⁴⁹

Tabelle 7-1:

Gesamtwirtschaftliche Einkommen der Privaten Haushalte, private Konsumausgaben nach Arten und Ersparnis

| | Ausgaben lt. EVS | |
|--|------------------|-------|
| | Mio. € | % |
| Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen | 1.402.180 | 100,0 |
| Private Konsumausgaben | 1.060.640 | 75,6 |
| Nahrungsmittel, Getränke u. Tabakwaren | 151.800 | 10,8 |
| Bekleidung und Schuhe | 49.940 | 3,6 |
| Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung | 345.900 | 24,7 |
| Innenausstattungen, Haushaltsgeräte und -gegenstände | 53.130 | 3,8 |
| Gesundheitspflege | 44.400 | 3,2 |
| Verkehr | 154.550 | 11,0 |
| Nachrichtenübermittlung | 30.790 | 2,2 |
| Freizeit, Unterhaltung und Kultur | 120.700 | 8,6 |
| Bildungswesen | 9.740 | 0,7 |
| Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen | 53.190 | 3,8 |
| Andere Waren und Dienstleistungen | 46.510 | 3,3 |
| Übrige Ausgaben (1) | 193.010 | 13,8 |
| Ersparnis (2) | 148.540 | 10,6 |

(1) Sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Versicherungsbeiträge, sonstige Übertragungen und Ausgaben, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

(2) Ersparnis = Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen - Private Konsumausgaben - Übrige Ausgaben.

Quelle: EVS 2008; eigene Berechnungen.

⁴⁹ Ausgaben pro Haushalt und Monat, multipliziert mit der Zahl der Haushalte und der Zahl der Monate pro Jahr.

7.1 Auswirkungen der zusätzlichen Ausgaben für soziale Dienstleistungen

Der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsimpuls, dessen Folgen und Weiterungen Gegenstand der vorliegenden Studie sind, setzt ein, indem unter anderem die Privaten Haushalte ihre Ausgaben für bestimmte soziale Dienstleistungen erhöhen. Wenn sie gleichzeitig das Konsumniveau aller anderen Güter und Dienstleistungen aufrecht erhalten wollen, dann können sie das nur tun, indem sie (temporär) ihre Ersparnis vermindern. Das Ergebnis dieses Schrittes zeigt Tabelle 7-2.

Die auf die Privaten Haushalte entfallenden zusätzlichen Nachfragen nach sozialen Dienstleistungen erhöhen in den entsprechenden Ausgabenkategorien den privaten Konsum, es vermindert sich das Sparen um den Betrag, der zusätzlich für den Erwerb sozialer Dienstleistungen aufgewendet wird. Die durchschnittliche Sparquote vermindert sich um 0,6 Prozent-Punkte. Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen der Privaten Haushalte ändern sich bei diesem Analyseschritt noch nicht; die Auswirkungen des Impulses auf sie werden erst in Kapitel 7.2 einbezogen.

Tabelle 7 - 2:

Gesamtwirtschaftliches Einkommen der Privaten Haushalte, private Konsumausgaben nach Arten und Ersparnis unter Einbeziehung der zusätzlichen Ausgaben für soziale Dienstleistungen

| | Ausgaben lt. EVS | | Mit erhöhten Ausgaben für soziale Dienstleistungen | | |
|--|------------------|-------|--|-----------|-------|
| | Mio. € | % | Mio. € | Mio. € | % |
| Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen | 1.402.180 | 100,0 | | 1.402.180 | 100,0 |
| Private Konsumausgaben | 1.060.640 | 75,6 | | 1.068.637 | 76,2 |
| Nahrungsmittel, Getränke u. Tabakwaren | 151.800 | 10,8 | | 151.800 | 10,8 |
| Bekleidung und Schuhe | 49.940 | 3,6 | | 49.940 | 3,6 |
| Wohnen, Energie u. Wohnungsinstandhalt. | 345.900 | 24,7 | | 345.900 | 24,7 |
| Innenausstattungen, Haushaltsgeräte und -gegenstände | 53.130 | 3,8 | 953 | 54.083 | 3,9 |
| Gesundheitspflege | 44.400 | 3,2 | | 44.400 | 3,2 |
| Verkehr | 154.550 | 11,0 | | 154.550 | 11,0 |
| Nachrichtenübermittlung | 30.790 | 2,2 | | 30.790 | 2,2 |
| Freizeit, Unterhaltung und Kultur | 120.700 | 8,6 | | 120.700 | 8,6 |
| Bildungswesen | 9.740 | 0,7 | 934 | 10.674 | 0,8 |
| Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen | 53.190 | 3,8 | | 53.190 | 3,8 |
| Andere Waren und Dienstleistungen | 46.510 | 3,3 | 6.100 | 52.610 | 3,8 |
| Übrige Ausgaben (1) | 193.010 | 13,8 | | 193.010 | 13,8 |
| Ersparnis (2) | 148.540 | 10,6 | | 140.533 | 10,0 |

(1) Sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Versicherungsbeiträge, sonstige Übertragungen und Ausgaben, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

(2) Ersparnis = Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen - Private Konsumausgaben - Übrige Ausgaben.

Quelle: Eigene Berechnungen.

7.2 Auswirkungen der Erhöhung und Veränderung der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen

In Kapitel 4 ist dargestellt worden, dass die erhöhten Lohneinkommen, die aufgrund der erweiterten Beschäftigung bei den Haushalten entstehen, unter Berücksichtigung der Beiträge zu den Sozialversicherungen und zur Steuer sowie des Haushaltskontextes zu einer Verschiebung der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen führen. Im Wesentlichen liegt dem der Umstand zu Grunde, dass im Zuge der generierten zusätzlichen Beschäftigung „Einverdienerhaushalte“ zu „Zweiverdienerhaushalten“ werden. Auch die Verschiebung der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen hat Auswirkungen auf die Höhe und die Zusammensetzung des privaten Konsums. Deren Auswirkungen werden in dem vorliegenden Kapitel untersucht.

Zur Untersuchung der Verteilungswirkung der zusätzlichen Beschäftigung ist in Kapitel 4 ein aufwändiges Modell verwendet worden, mit dem die zusätzliche Beschäftigung bestimmten Individuen zugeordnet wurde. Zur Vervollständigung der Verteilungswirkung des gesamten Prozesses wäre es erforderlich, auch die zusätzlichen Konsumausgaben einzelnen, davon betroffenen Haushalten zuzuordnen. Dafür fehlen jedoch in den Daten teilweise die Anhaltspunkte für eine Zuordnung.

Der Transfer der Ergebnisse zum Niveau und zur Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen entsprechend Kapitel 4 auf die Sparquote und die Konsumstruktur findet daher hilfsweise auf der Ebene einer nach Größenklassen geschichteten Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen statt. Dabei handelt es sich um eine Verteilung, wie sie für die Darstellung der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchstichprobe 2008 verwendet wird. Sie hat den folgenden Aufbau (Tabelle 7-3):

Tabelle 7-3:

Ergebnisse der EVS 2008 nach Haushaltsnettoeinkommen

| Einkommens- größenklassen | Haushalte | | monatliches Haushaltsnettoeinkommen pro Haushalt | Jährliches Haushaltsnettoeinkommen | |
|------------------------------|---------------|--------------|--|---------------------------------------|--------------|
| | 1.000 | % | | Mrd. € | % |
| € pro Monat | | | € | | |
| unter 900 | 3.437 | 8,7 | 680 | 28,05 | 2,0 |
| 900 - 1.300 | 4.513 | 11,5 | 1.105 | 59,84 | 4,3 |
| 1.300 - 1.500 | 2.273 | 5,8 | 1.399 | 38,16 | 2,8 |
| 1.500 - 2.000 | 5.807 | 14,7 | 1.747 | 121,74 | 8,8 |
| 2.000 - 2.600 | 5.666 | 14,4 | 2.285 | 155,36 | 11,3 |
| 2.600 - 3.600 | 6.806 | 17,3 | 3.069 | 250,65 | 18,2 |
| 3.600 - 5.000 | 5.744 | 14,6 | 4.217 | 290,67 | 21,1 |
| 5.000 - 18.000 | 5.163 | 13,1 | 7.000 | 433,69 | 31,5 |
| Zusammen | 39.409 | 100,0 | 2.914 | 1.378,16 | 100,0 |

Quelle: EVS 2008; eigene Berechnungen.

Diese Verteilung existiert bzw. wird in vier Varianten erzeugt, und zwar den folgenden:

- (1) als Ergebnis des SOEP 2008 (nicht dargestellt);
- (2) als Ergebnis des SOEP 2008, einschließlich der zusätzlichen Beschäftigung; Tabelle 4-3 zeigt den Unterschied, der durch die zusätzliche Beschäftigung zustande kommt;
- (3) als Ergebnis der EVS 2008 (Tabelle 7-3);
- (4) als Ergebnis der EVS 2008, einschließlich der zusätzlichen Beschäftigung, wie sie mittels des SOEP ermittelt worden ist (nicht dargestellt).

Der Übergang von Variante 3 zu Variante 4 wird erzeugt, indem die prozentuale Veränderung der Zahl der Haushalte aus dem Vergleich der Variante 1 und 2 auf die Variante 3 übertragen wird.

Die in Kapitel 4 herausgearbeitete Veränderung der Verteilung der Nettoeinkommen der Privaten Haushalte hat insofern Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Konsums der Privaten Haushalte, als die Konsumstrukturen „ärmerer“ Haushalte sich von denen „reicherer“ Haushalte unterscheiden, jeweils gemessen am Haushaltsnettoeinkommen.

Tabelle 7 - 4:

Zusammensetzung der Konsumausgaben der Privaten Haushalte nach Größenklassen des Haushaltsnettoeinkommens; Unterschied gegenüber der durchschnittlichen Konsumstruktur in %-Punkten

| | Haushalte insgesamt | Davon nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... € | | | | | | | |
|--|---------------------|--|-------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|----------------|
| | | unter 900 | 900 - 1.300 | 1.300 - 1.500 | 1.500 - 2.000 | 2.000 - 2.600 | 2.600 - 3.600 | 3.600 - 5.000 | 5.000 - 18.000 |
| Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen | 100,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Private Konsumausgaben | 75,6 | 45,7 | 23,8 | 17,9 | 13,9 | 10,9 | 3,9 | -3,0 | -15,9 |
| Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren | 10,8 | 11,7 | 6,5 | 4,5 | 3,3 | 2,1 | 1,0 | -0,8 | -3,8 |
| Bekleidung und Schuhe | 3,6 | 0,8 | 0,3 | 0,4 | 0,4 | 0,2 | 0,1 | 0,0 | -0,4 |
| Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung | 24,7 | 30,8 | 16,2 | 11,7 | 7,8 | 4,7 | 1,2 | -2,1 | -8,4 |
| Innenausstattungen, Haushaltsgeräte und -gegenstände | 3,8 | 0,1 | 0,0 | 0,0 | -0,1 | 0,4 | 0,1 | -0,2 | -0,1 |
| Gesundheitspflege | 3,2 | 0,3 | -0,1 | -0,2 | -0,2 | -0,1 | -0,2 | -0,2 | 0,4 |
| Verkehr | 11,0 | -3,5 | -1,9 | -2,2 | 0,0 | 1,4 | 0,9 | 0,9 | -1,0 |
| Nachrichtenübermittlung | 2,2 | 3,3 | 2,0 | 1,5 | 1,0 | 0,5 | 0,1 | -0,4 | -0,9 |
| Freizeit, Unterhaltung und Kultur | 8,6 | 1,0 | 0,6 | 1,3 | 1,0 | 1,1 | 0,6 | -0,2 | -1,2 |
| Bildungswesen | 0,7 | 0,3 | -0,1 | -0,1 | -0,2 | 0,0 | 0,0 | 0,1 | 0,0 |
| Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen | 3,8 | -0,2 | -0,4 | -0,1 | 0,1 | 0,2 | 0,1 | 0,0 | -0,1 |
| Andere Waren u. Dienstleistungen | 3,3 | 1,2 | 0,8 | 1,1 | 0,6 | 0,3 | 0,1 | -0,1 | -0,5 |
| Übrige Ausgaben (1) | 13,8 | -12,8 | -9,0 | -6,8 | -5,1 | -2,2 | -0,9 | 1,4 | 4,5 |
| Ersparnis (2) | 10,6 | -32,9 | -14,8 | -11,2 | -8,7 | -8,6 | -3,1 | 1,6 | 11,4 |

(1) Sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Versicherungsbeiträge, sonstige Übertragungen und Ausgaben, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

(2) Ersparnis = Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen - Private Konsumausgaben - Übrige Ausgaben.

Quelle: EVS 2008; eigene Berechnungen.

In welchem Ausmaß sich die Sparquoten und Konsumstrukturen unterschiedlich wohlhabender Haushalte voneinander unterscheiden, zeigt Tabelle 7-4. In ihr ist in der ersten Spalte die prozentuale Zusammensetzung der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen nach Gütergruppen dargestellt. In den folgenden Spalten sind die Unterschiede in Prozent-Punkten dargestellt, die sich ergeben, wenn die Konsumstruktur der jeweiligen Einkommensklasse mit dem Durchschnitt verglichen wird. Typischerweise ist die Sparquote „ärmerer“ Haushalte deutlich niedriger (oder faktisch sogar negativ) als im Durchschnitt oder bei den wohlhabenden Haushalten. Unterschiede in den Konsumstrukturen zeigen sich beispielsweise am Anteil für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Sie sind bei Haushalten mit niedrigem Haushaltsnettoeinkommen höher als im Durchschnitt und vermindern sich mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen. Gegenläufig sind die Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur, die mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen anteilig zunehmen. Deutliche Strukturunterschiede finden sich auch bei den Ausgaben für das Wohnen mit überdurchschnittlich hohen Anteilen bei Haushalten mit geringerem Einkommen.

Tabelle 7-5 zeigt die Ergebnisse. Die Darstellung zeigt den absoluten Unterschied, der für sich genommen eintritt, indem wie beschrieben die Veränderungen in Niveau und Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen gemäß Tabelle 4-3 auf die Verhältnisse der EVS übertragen werden.

Als Niveaugröße für die Veränderung des Haushaltsnettoeinkommens dient das Ergebnis aus dem Panel für die Privaten Haushalte gemäß Übersicht 6-5. Gemäß Übersicht 6-5 hat sich das Nettoeinkommen der Privaten Haushalte um 6,83 Milliarden Euro erhöht (Einnahmen + 15,51 Milliarden Euro abzüglich Transferausgaben 8,68 Milliarden Euro).

Entsprechend der Verringerung der Zahl der Haushalte in den niedrigeren Einkommensklassen verringern sich auch deren ausgabenfähige Einkommen und Einnahmen und die privaten Konsumausgaben. Die Ersparnis in dieser Einkommenskategorie wird größer, weil es weniger Haushalte mit negativer Ersparnis gibt. Gesamtwirtschaftlich, als Summe über die Einkommenskategorien, erhöhen sich die ausgabenfähigen Einnahmen, die privaten Konsumausgaben und das Sparen, indem die steigende Zahl der Haushalte in den oberen Einkommenskategorien die Auswirkungen der sinkenden Zahl von Haushalten in den unteren Einkommenskategorien mehr als überkompensiert.

Tabelle 7-5:

Veränderung des Sparens und der Konsumausgaben aufgrund der Veränderungen im Niveau und in der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen

| | Haushalte insgesamt | Davon nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... € | | | | | | | |
|--|---------------------|--|-------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|----------------|
| | | unter 900 | 900 - 1.300 | 1.300 - 1.500 | 1.500 - 2.000 | 2.000 - 2.600 | 2.600 - 3.600 | 3.600 - 5.000 | 5.000 - 18.000 |
| | | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € |
| Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen | 6.946 | -408 | -414 | -109 | -571 | -439 | -2.430 | 5.878 | 5.440 |
| Private Konsumausgaben | 3.686 | -495 | -412 | -102 | -511 | -380 | -1.934 | 4.267 | 3.252 |
| Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren | 369 | -92 | -72 | -17 | -81 | -57 | -287 | 590 | 384 |
| Bekleidung und Schuhe | 218 | -18 | -16 | -4 | -22 | -17 | -89 | 210 | 174 |
| Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung | 832 | -226 | -169 | -40 | -186 | -129 | -628 | 1.326 | 884 |
| Innenausstattungen, Haushaltsgeräte und -gegenstände | 244 | -16 | -16 | -4 | -21 | -19 | -94 | 211 | 203 |
| Gesundheitspflege | 233 | -14 | -13 | -3 | -17 | -13 | -72 | 174 | 192 |
| Verkehr | 760 | -31 | -38 | -10 | -63 | -55 | -291 | 698 | 548 |
| Nachrichtenübermittlung | 50 | -22 | -17 | -4 | -18 | -12 | -55 | 108 | 71 |
| Freizeit, Unterhaltung u. Kultur | 493 | -39 | -38 | -11 | -55 | -42 | -224 | 497 | 405 |
| Bildungswesen | 55 | -4 | -3 | -1 | -3 | -3 | -16 | 44 | 40 |
| Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen | 252 | -15 | -14 | -4 | -22 | -18 | -96 | 222 | 199 |
| Andere Waren u. Dienstleistungen | 179 | -18 | -17 | -5 | -22 | -16 | -83 | 188 | 152 |
| Übrige Ausgaben (1) | 1.441 | -4 | -20 | -8 | -49 | -51 | -313 | 894 | 991 |
| Ersparnis (2) | 1.819 | 91 | 17 | 1 | -11 | -9 | -183 | 716 | 1.196 |

(1) Sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Versicherungsbeiträge, sonstige Übertragungen und Ausgaben, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

(2) Ersparnis = Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen - Private Konsumausgaben - Übrige Ausgaben.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Neben dem Haushaltsnettoeinkommen bestimmen grundsätzlich weitere Merkmale des Haushalts und der ihm zugehörigen Personen die Zusammensetzung der Käufe für den Konsum, wie beispielsweise die Zahl der Personen im Haushalt, das Alter der Personen oder ihr Geschlecht. Diese Merkmale sind in den hier vorgestellten Berechnungen nicht berücksichtigt. Es wird nur die Veränderung der Zahl der Haushalte in den einzelnen Einkommensgrößenklassen berücksichtigt, wie sie sich bei der Untersuchung der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen infolge der

erhöhten Zahl der Beschäftigten im SOEP ergeben hat (Kapitel 4).

7.3 Integration der beiden Wirkungen

Die Privaten Haushalte erzielen mit der als Impuls eingeführten zusätzlichen Beschäftigung zusätzliche Bruttoeinkommen und nach Berücksichtigung der Steuern und Sozialabgaben auch zusätzliche Nettoeinkommen. Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf das Niveau und die Zu-

sammensetzung der privaten Konsumausgaben sind oben in Kapitel 7.2 dargestellt worden. Durch die Verschiebung der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen erhöhen sich die Ersparnis und die (durchschnittliche) Sparquote. Dem stehen zusätzliche, zunächst durch Verminderung der Ersparnis finanzierte Ausgaben in den drei untersuchten Bereichen gegenüber, die von den Privaten Haushalten zu tragen sind bzw. annahmegemäß getragen werden. Diese Wirkung ist oben in Tabelle 7-2 dargestellt worden. Die Wirkung auf die Sparquote der Privaten Haushalte bei integrierter Betrachtung der beiden Wirkungen ist unbestimmt.

In der Summe über die Haushalte stellt sich die Situation in dem Panel für die Privaten Haus-

halte gemäß Übersicht 6-5 so dar, dass von der zusätzlichen Bruttolohnsumme von 21,81 Milliarden Euro nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge 8,60 Milliarden Euro „ausgabefähiges“ Einkommen verbleiben. Dem stehen zusätzliche Ausgaben für Pflege, die Betreuung der unter Dreijährigen und hauswirtschaftliche Dienstleistungen in Höhe von zusammen ebenfalls 8,60 Milliarden Euro gegenüber. Mit anderen Worten reichen die zusätzlichen Nettoeinkommen der Privaten Haushalte nach Berücksichtigung aller Transfers und nach Ausgleich der Finanzierungssalden aus, um die zusätzlichen sozialen Konsumausgaben erwerben zu können. Alle anderen Arten der privaten Konsumausgaben und die Ersparnis bleiben annähernd gleich.

Tabelle 7 - 6:

Veränderung der Einnahmen und der Ausgaben der Privaten Haushalte unter verschiedenen Annahmen

| | Durch höheres Nettoeinkommen und veränderte Verteilung der Nettoeinkommen induzierte Veränderung | Erforderliche Veränderung zur Finanzierung der zusätzlichen Leistungen | Mögliche Lösung | Ist EVS 2008 | Niveau einschließlich induzierter Veränderung |
|--|--|--|-----------------|--------------|---|
| | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € |
| Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen | 6.946 | | 6.946 | 1.402.180 | 1.409.126 |
| Private Konsumausgaben | 3.686 | 7.824 | 8.015 | 1.060.640 | 1.068.655 |
| Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren | 369 | | 22 | 151.800 | 151.822 |
| Bekleidung und Schuhe | 218 | | 13 | 49.940 | 49.953 |
| Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung | 832 | | 50 | 345.900 | 345.950 |
| Innenausstattungen, Haushaltsgeräte und -gegenstände | 244 | 925 | 925 | 53.130 | 54.055 |
| Gesundheitspflege | 233 | | 14 | 44.400 | 44.414 |
| Verkehr | 760 | | 45 | 154.550 | 154.595 |
| Nachrichtenübermittlung | 50 | | 3 | 30.790 | 30.793 |
| Freizeit, Unterhaltung u. Kultur | 493 | | 29 | 120.700 | 120.729 |
| Bildungswesen | 55 | 883 | 883 | 9.740 | 10.623 |
| Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen | 252 | | 15 | 53.190 | 53.205 |
| Andere Waren u. Dienstleistungen | 179 | 6.016 | 6.016 | 46.510 | 52.526 |
| Übrige Ausgaben (1) | 1.441 | | 86 | 193.010 | 193.096 |
| Ersparnis (2) | 1.819 | | -1.155 | 148.540 | 147.385 |
| Sparquote in % | | | | 10,59 | 10,46 |

(1) Sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Versicherungsbeiträge, sonstige Übertragungen und Ausgaben, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

(2) Ersparnis = Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen - Private Konsumausgaben - Übrige Ausgaben.

Quelle: Eigene Berechnungen.

In Tabelle 7-6 ist eine mögliche Lösung ausgearbeitet, in der die verschiedenen Einflüsse integriert sind. In Spalte 1 sind wie in Tabelle 7-5 die Veränderungen eingetragen, die sich ergeben, wenn die Auswirkungen eines erhöhten Nettoeinkommens und einer veränderten Verteilung der Nettoeinkommen auf Einkommensklassen berücksichtigt sind. In Spalte 2 sind die „Vorgaben“ eingetragen, die sich aus den Annahmen und Berechnungen zu den erweiterten Käufen privater Konsumgüter gemäß Kapitel 3 ergeben. Es handelt sich um Nettogrößen, bei denen bereits berücksichtigt ist, dass der in Spalte 1 abgebildete Effekt für sich genommen bereits erhöhte Ausgaben in den betreffenden Gütergruppen bewirkt. Beispielsweise sind die erhöhten Ausgaben für Pflege der Warengruppe „Andere Waren und Dienstleistungen“ zuzuordnen, und dort der Untergruppe „sonstige Dienstleistungen“. Deren Ausgaben steigen infolge des erhöhten Nettoeinkommens und der veränderten Verteilung der Nettoeinkommen um 84 Millionen Euro, so dass

für die Vorgabe der erhöhten Ausgaben für Pflege gemäß Tabelle 5-3 in Höhe von 6.100 Millionen Euro noch 6.016 Millionen Euro verbleiben.

Die Ersparnis vermindert sich um den Saldo zwischen Ausgaben und Einnahmen, der in Übersicht 6-3 nachgewiesen worden ist. Im Ergebnis wird die Sparquote im Nachkommastellenbereich leicht reduziert. Mit anderen Worten wird die anfänglich zur Auslösung des Impulses erforderliche Reduktion der Ersparnis durch die Verschiebung in der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen nahezu kompensiert, alle hier betrachteten gesamtwirtschaftlichen Größen bis auf die Sparquote befinden sich auf einem höheren Niveau als zuvor. Die höhere Nachfrage nach Pflegeleistungen, nach Bildungs- und Erziehungsleistungen sowie nach hauswirtschaftlichen Dienstleistungen absorbiert die mögliche Ausdehnung der anderen Konsumausgaben, die sich ansonsten ergeben würden, wenn das Haushaltsnettoeinkommen sich in dem hier modellierten Umfang erhöht.

8. Auswirkungen höherer Einkommen auf das Wachstum

In den bisherigen Berechnungen zu den Auswirkungen einer Expansion der sozialen Dienstleistungen wurde davon ausgegangen, dass die Einkommen der Beschäftigten nicht steigen. Zwar wurde untersucht, wie sich der Bedarf und die Produktion der Dienstleistungen bis zum Jahr 2030 verändern werden, es wurde jedoch mit den „heutigen“ Einkommen pro Beschäftigten gerechnet. Dabei handelt es sich um eine Vereinfachung der Darstellung der ohnehin komplexen Materie, die verschiedenen Einflüsse auf ihrem Weg von der Entstehungsseite über die Einkommensverteilung zur Verwendungsseite des Sozialproduktes zu verfolgen. Wenn es – wie zu erwarten – in dem Darstellungszeitraum zu einer Erhöhung der Löhne der Beschäftigten kommt, ändert das an den Ergebnissen nichts, solange die Einkommensveränderung (pro Beschäftigten) in den untersuchten Wirtschaftsbereichen sich proportional zur gesamtwirtschaftlichen Einkommensveränderung vollzieht.

Anders ist es dagegen, wenn angenommen wird, dass sich die Löhne der Beschäftigten in den untersuchten Wirtschafts- oder Produktionsbereichen überproportional entwickeln werden. Bei dieser Konstellation kommt es auf die Art und Weise der Lohnerhöhung an. Was die gesamtwirtschaftliche Summe der Löhne (bzw. des Arbeitnehmerentgelts) angeht, so ist in den vorherigen Kapiteln eine überproportionale Entwicklung angelegt, die ihren Grund in der mengenmäßigen Ausweitung der Beschäftigung hat. Diese Entwicklung ist hier nicht gemeint, sondern die Entwicklung des Entgelts pro Beschäftigten. Wenn es sich alleine durch Tarifierhöhungen verändert, wird das nach den Konventionen der Volkswirt-

schaftlichen Gesamtrechnungen mit dem Teil, der über eine Erhöhung von 0,5 Prozentpunkten pro Jahr hinausgeht, als Preiserhöhung angesehen, es findet keine „reale“ Steigerung des Lohnes statt. Anders ist es dagegen, wenn das durchschnittliche Entgelt sich aufgrund von Veränderungen in der Zusammensetzung der Beschäftigung ändert. Um dies zu verdeutlichen, wird im Folgenden das Verfahren der Preisbereinigung in der VGR in den hier relevanten Wirtschaftsbereichen etwas ausführlicher dargestellt.

Wirtschaftswachstum wird üblicherweise anhand der Veränderung von preisbereinigten, „realen“ Werten gemessen. Dabei ist zwischen drei Komponenten zu unterscheiden, die die nicht preisbereinigte, „nominale“ Veränderung beeinflussen können:

- dem reinen Preiseffekt;
- dem reinen Mengeneffekt;
- dem Qualitätseffekt.

Die reale Entwicklung wird aus der nominalen rechnerisch abgeleitet, indem nur der reine Preiseffekt herausgerechnet wird, der Mengen- und der Qualitätseffekt bilden zusammen die reale Entwicklung. Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden für diese Berechnungen äußerst differenzierte Informationen und verschiedenste Methoden verwendet.⁵⁰ Maßgeblich für die einzusetzende Methode der Preisbereinigung⁵¹ ist unter anderem, in welchem Sektor die wirtschaftliche Aktivität (die Produktion) stattfindet. In dem hier vorliegenden Zusammenhang ist relevant, dass soziale Dienstleistungen ganz überwiegend nicht von Unternehmen, sondern vom Staat und von Organisationen ohne Erwerbszweck erbracht werden. Für die Preisbe-

50 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Methoden der Preis- und Volumenmessung. Fachserie 18, Reihe S. 24, Juni 2003.

51 Auch Deflationierung genannt, die Indexreihen, die die reine Preisentwicklung messen, heißen dementsprechend „Deflatoren“.

reinigung von deren Produktion und Wertschöpfung wird die so genannte Input-Methode angewendet.⁵² Sie besteht darin, dass für die einzelnen Komponenten der Wertschöpfung getrennte Deflatoren ermittelt werden, und zwar für

- das Arbeitsentgelt;
- die Vorleistungen;
- den Saldo aus sonstigen Produktionsabgaben und sonstigen Subventionen;
- die Abschreibungen.

Für eine Beurteilung der Auswirkungen von Lohnerhöhungen ist insbesondere die Vorgehensweise bei der Deflationierung des Arbeitnehmerentgelts von Bedeutung. Sie wird wie folgt beschrieben: „Für das Arbeitnehmerentgelt werden – jeweils gesondert für die vier Teilspektoren des Staates (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung) getrennte Preisreihen für die Beschäftigtengruppen Beamtinnen und Beamte, Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter im öffentlichen Dienst gebildet. Als Preiseffekte werden Änderungen der jeweiligen Tarife für die genannten Beschäftigtengruppen und Änderungen der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen, Änderung der Beitragssätze) berücksichtigt. Mit den differenzierten Preisreihen für die einzelnen Beschäftigtengruppen werden die Ausgaben in jeweiligen Preisen für die einzelnen Beschäftigtengruppen deflationiert.“⁵³

Da der Spielraum für (verteilungsneutrale) Tarifloohnerhöhungen sich generell aus der Preisentwicklung und der Produktivitätsentwicklung ergibt, beinhaltet eine Tariflohnentwicklung im öffentlichen Dienst grundsätzlich einen Anteil, der auf Produktivitätssteigerungen beruht. Insofern wäre die Preisentwicklung überzeichnet, wenn sie durch die Tarifentwicklung gemessen würde. Um diesem Zusammenhang Rechnung zu tragen, wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bei der Deflationierung der

Wertschöpfung im Sektor Staat die (zusammengefasste) Tarifentwicklung um eine unterstellte Produktivitätsveränderung von konstant 0,5 Prozentpunkten pro Jahr reduziert. Die reduzierte Preisentwicklung ergibt, angelegt auf die nominale Entwicklung, die reale Entwicklung.

Das bedeutet im Umkehrschluss, dass alle Veränderungen der nominalen Ausgaben für das Arbeitnehmerentgelt, die nicht auf die (reduzierten) Tarifänderungen oder Änderungen in den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung zurückgehen, zur „realen“ Entwicklung zählen. Dazu gehört neben der „mengenmäßigen“ Ausweitung der Beschäftigung (mehr Beschäftigte oder mehr Arbeitsstunden) insbesondere eine „qualitative Aufwertung“ der Beschäftigung, etwa indem bestimmte Aufgaben von höher qualifizierten (und deshalb höher bezahlten) Beschäftigten wahrgenommen werden.

Im Ergebnis würde eine Verbesserung der Bezahlung der Beschäftigten in den untersuchten Bereichen, die alleine auf eine Erhöhung der Tariflöhne zurückzuführen wäre, sofern sie die unterstellte Produktivitätsentwicklung überschreitet, als reine Preisveränderung gemessen werden. Dagegen wäre eine strukturelle Verbesserung der Qualität der Beschäftigung durch höher qualifizierte (und höher bezahlte) Beschäftigte als realer Wachstumsbeitrag zu verbuchen. Ein realer Wachstumsbeitrag einer Expansion der sozialen Dienstleistungen, der über eine reine Mengenausweitung hinaus durch eine Erhöhung der Löhne der Beschäftigten angestrebt wird, kann also nur realisiert werden, wenn dem eine qualitative Aufwertung der Beschäftigung zugrunde liegt. Wenn darüber hinaus argumentiert werden soll, dass eine Tarifloohnerhöhung auch über die rechnerisch vorgesehene pauschale Erhöhung um 0,5 Prozentpunkte hinaus eine Erhöhung der realen Produktivität bewirken kann, müssten zusätzliche Argumente angeführt werden.

⁵² Ebenda, Abschnitte 2.2.10 und 2.2.15.

⁵³ Ebenda, S. 30.

Anhang: Das mikroökonomische Simulationsmodell der Prognos AG

Das Mikrosimulationsmodell der Prognos ist ein statisches Steuer- und Transfermodell zur empirischen Analyse der Auswirkungen von Steuern, Sozialabgaben und Sozialtransfers auf die Einkommen privater Haushalte in Deutschland sowie deren Aufkommenswirkungen für die öffentliche Hand.

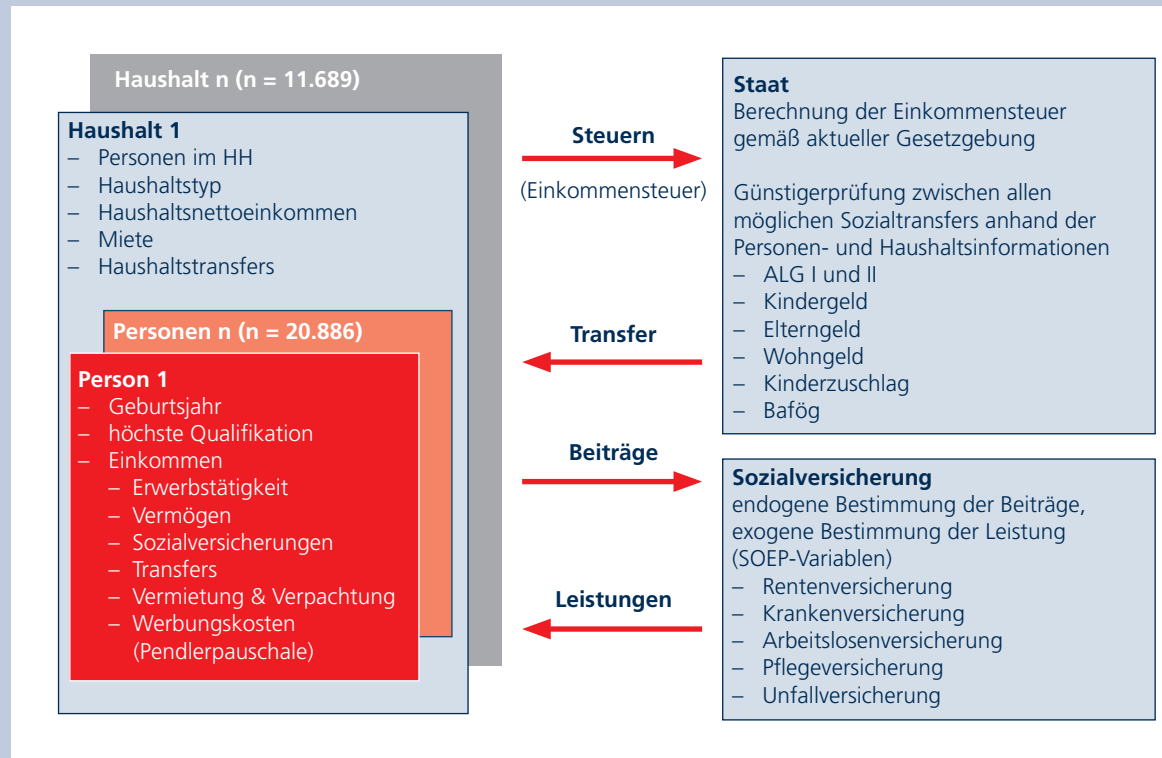
Zur Analyse der Wirkung einzelner Maßnahmen auf der Einkommensteuer- oder Transferseite ist das verwendete Modell in diesen Bereichen besonders detailgetreu. So werden, soweit in den Daten des SOEP vorhanden, zunächst die sieben Einkunftsarten gemäß dem EStG abgebildet.⁵⁴ Zur Berechnung des zu versteuernden Einkommens werden hiervon Werbungskosten, der Altersentlastungsbeitrag, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen, Kinderfreibeträge sowie der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende abgezogen. Darüber hinaus werden das Ehegattensplitting für verheiratete Paare und der Progressionsvorbehalt zur Ermittlung der Einkommensteuerschuld berücksichtigt. Auf das zu versteuernde Einkommen wird schließlich der Einkommensteuertarif angewendet und der Solidaritätszuschlag berechnet. Neben der Einkommensteuerschuld werden auch die Sozialversiche-

rungsbeiträge und Transferleistungen im Modell abgebildet. Dies ermöglicht es, die Wirkungen einer Maßnahme sowohl auf der Ausgaben- als auch der Einnahmeseite einer Person oder eines Haushalts zu beurteilen.

Mit dem zur Verfügung stehenden Modell können erstens detailliert die Auswirkungen steuer- oder transferrechtlicher Bestimmungen nachvollzogen werden. Neben den Auswirkungen einzelner Maßnahmen im Steuer- oder Transferrecht hinsichtlich des Wirkungsumfanges und des betroffenen Personenkreises (Vorher-Nachher-Analysen) ermöglicht das Modell fundierte Evaluationen sämtlicher bestehender Sozialtransfers sowie steuerrechtlicher Regelungen hinsichtlich ihrer Kosten und Nutzen (Ist-Analysen). Drittens erlaubt das Mikrosimulationsmodell Optimierungsrechnungen. Dazu werden für bestimmte Zielgruppen Zielgrößen definiert, für die das Modell unter diversen Nebenbedingungen (zum Beispiel möglichst niedrigen fiskalischen Kosten) eine optimale Ausgestaltung der erforderlichen Maßnahmen berechnen kann. Folgende Abbildung stellt die Struktur und die Funktionsweise des Mikrosimulationsmodells der Prognos schematisch dar.

54 Dazu zählen: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbstständiger Arbeit, nichtselbstständiger Arbeit, Vermietung und Verpachtung, Kapitalvermögen sowie sonstige Einkünfte.

Abbildung:

Struktur und Funktionsweise des Prognos-Mikrosimulationsmodells

Quelle: Eigene Darstellung.

Als Datengrundlage für das Mikrosimulationsmodell wird das Sozio-Oekonomische Panel (SOEP) herangezogen, da es

- die für die Berechnungen erforderlichen Personen- und Haushaltsmerkmale enthält;
 - eine ausreichende Fallzahl aufweist;
 - repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ist.
- Im Jahr 2007 wurden für das SOEP rund 21.100 erwachsene Personen aus fast 11.700 Haushalten befragt. Mit dieser Stichprobengröße ist das

SOEP repräsentativ für die gesamte Bevölkerung Deutschlands. Die Befragungsschwerpunkte sind Haushaltszusammensetzung, Erwerbs- und Familienbiografie, Erwerbsbeteiligung und berufliche Mobilität, Einkommensverläufe sowie Gesundheit und Lebenszufriedenheit. Mit diesem Themenspektrum können mit Hilfe des SOEP politische und gesellschaftliche Veränderungen analysiert werden.⁵⁵

55 Vgl. Haisken-DeNew und Frick 2005: Desktop Companion to the German Socio-Economic Panel (SOEP), Berlin.

Die Autoren

Kai Gramke

Dr. Reinhard Schüssler

Markus Matuschke

alle: Prognos AG

Henric Petri-Str. 9, CH – 4010 Basel

Telefon +41 61 32 73-310

Telefax +41 61 32 73-300

info@prognos.com

Internet: www.prognos.com

Prognos berät europaweit Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik.

Auf Basis neutraler Analysen und fundierter Prognosen werden praxisnahe

Entscheidungsgrundlagen und Zukunftsstrategien für Unternehmen,

öffentliche Auftraggeber und internationale Organisationen entwickelt.



Neuere Veröffentlichungen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wirtschaftspolitik

Soziales Wachstum – Leitbild einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik

WISO Diskurs

Wirtschaftspolitik

Wachstum durch Ausbau sozialer Dienstleistungen

WISO direkt

Nachhaltige Strukturpolitik

Wege zum Abbau umweltschädlicher Subventionen

WISO Diskurs

Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik

Staatsgläubigerpanik ist keine Eurokrise!

WISO direkt

Steuerpolitik

Progressive Sozialversicherungsbeiträge – Entlastung der Beschäftigten oder Verfestigung des Niedriglohnssektors?

WISO Diskurs

Arbeitskreis Mittelstand

Zukunft sichern: Nachhaltiges Wirtschaften als Herausforderung für den Mittelstand

WISO direkt

Gesprächskreis Verbraucherpolitik

Zehn Jahre „Riester-Rente“ – Bestandsaufnahme und Effizienzanalyse

WISO Diskurs

Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik

Reform des Personenbeförderungsgesetzes – Perspektiven für ein nachhaltiges und integriertes Nahverkehrsangebot

WISO Diskurs

Arbeitskreis Stadtentwicklung, Bau und Wohnen

Das Programm Soziale Stadt – Kluge Städtebauförderung für die Zukunft der Städte

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

Differenzierte Altersgrenzen in der Rentenversicherung aufgrund beruflicher Belastungen? – Vorüberlegungen für ein empirisches Konzept

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

Riester-Rente: Verbreitung, Mobilisierungseffekte und Renditen

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

Soziale Gesundheitswirtschaft: mehr Gesundheit, gute Arbeit und qualitatives Wachstum

WISO direkt

Gesprächskreis Sozialpolitik

Soziale Gesundheitswirtschaft – Impulse für mehr Wohlstand

WISO Diskurs

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

Die Zukunft der Grundsicherung – Individualisieren, konzentrieren, intensivieren

WISO Diskurs

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

**Arbeit und Qualifizierung in der Sozialen Gesundheitswirtschaft
Von heimlichen Helden und blinden Flecken**

WISO Diskurs

Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik

Perspektiven der Unternehmensmitbestimmung in Deutschland – ungerechtfertigter Stillstand auf der politischen Baustelle?

WISO Diskurs

Arbeitskreis Dienstleistungen

Dienstleistungen in der Zukunftsverantwortung – Ein Plädoyer für eine (neue) Dienstleistungspolitik

WISO Diskurs

Gesprächskreis Migration und Integration

Migrationsfamilien als Partner von Erziehung und Bildung

WISO Diskurs

Frauen- und Geschlechterforschung

**Erfolgreiche Geschlechterpolitik
Ansprüche – Entwicklungen – Ergebnisse**

WISO Diskurs

Volltexte dieser Veröffentlichungen finden Sie bei uns im Internet unter

www.fes.de/wiso